

# sozialistische perspektive

Zeitung der Gruppe für revolutionär-marxistische ArbeiterInnenpolitik

Nummer 14 / Oktober 2007 / € 1,80



Mexiko 2007

Eine Analyse

Venezuela

„Sozialismus“ des 21. Jahrhunderts - eine Sackgasse

Widerstand gegen rassistische Unterdrückung in den USA

Geschichte der „Schwarzen“bewegung

Betrieb

Nein zur Zerschlagung von Wienstrom

Stellungnahme eines Personalvertreters

Umwelt

Thesen zu Klimawandel und Kapitalismus

Bio-Diesel: Wirklich die Lösung?

[www.arbeiterinnenpolitik.net](http://www.arbeiterinnenpolitik.net)

## **Liebe LeserInnen!** **Liebe GenossInnen!**

In den letzten Ausgaben unseres Magazines haben wir uns immer wieder mit dem süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca und den Klassenkämpfen dort beschäftigt (siehe: [www.arbeiterinnenpolitik.net](http://www.arbeiterinnenpolitik.net)) Für kurze Zeit war Oaxaca der weltweite Höhepunkt des Medieninteresses der Linken, egal ob von Seiten der KommunistInnen, NGOs oder der AnarchistInnen. Gegen die Mode der bürgerlichen Medien, die leider viel zu oft auch von den Linken angewandt wird, wollen wir nachdem die reißerische Phase von Steine werfende DemonstrantInnen und den Bildern brennender Autobusse vorbei ist, Oaxaca nicht vergessen, sondern uns in mehreren Artikeln ausführlicher mit Ursachen und Konsequenzen der Aufstände beschäftigen, um Schlussfolgerungen und Lehren für die Zukunft Oaxacas zu gewinnen; aber auch um ein mögliches Spiegelbild unseres eigenen Klassenkampfes in Österreich zu erhalten.

Im Aufbaukonzept der GRA ist festgehalten, dass wir nicht bloß Propaganda betreiben wollen, sondern auch schwerpunktmäßig und unseren Kräften angemessen versuchen, Praxis und Theorie zu verbinden. Um unsere früheren Schlussfolgerungen und Konzepte mit der mexikanischen Realität zu überprüfen, ist lebt einer unserer GenossInnen jetzt in Mexiko. Er soll dort Erfahrungen im Klassenkampf sammeln und diese weiterzugeben. In unserem Artikel zu Mexiko könnt Ihr seine erste Bestandsaufnahme nachlesen. Noch mehr linkes Medieninteresse als Oaxaca erlangte in letzter Zeit nur Venezuela, ein Trend, dem sich auch die GRA nicht verschlossen hat. Daher befassen wir uns in dieser Ausgabe eingehend mit der aktuellen Situation im Venezuela Chavez' vor den Präsidentenwahlen.

Rassismus ist ein Thema, mit dem wir in Österreich gerade jetzt wieder gehäuft konfrontiert sind. Eine traurige lange Tradition hat der Rassismus in den USA, wobei dort auch der Kampf dagegen ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Lest mehr darüber in unserem Artikel zur Geschichte der amerikanischen „Schwarzen“bewegung!

Viele Linke stehen ökologischen Themen eher reserviert gegenüber, was durch den Mangel an profunden, marxistischen Analysen auch verständlich ist. Mit unserem Thesepapier zu „Kapitalismus und Klimawandel“ haben wir vor, das zu ändern.

In unserem fünften Beitrag drucken wir einen Aufruf eines kämpferischen Personalvertreters bei WIENSTROM ab.

Diese umfangreiche und vielschichtige Ausgabe der SoPe liefert viel Diskussionsstoff. Über Rückmeldungen von Euch freuen wir uns.

## **Kontakt**

### **Postadresse**

GRA  
Stiftgasse 8  
A-1070 Wien

### **Internet**

[www.arbeiterinnenpolitik.net](http://www.arbeiterinnenpolitik.net)

### **E-Mail**

[gra@arbeiterinnenpolitik.net](mailto:gra@arbeiterinnenpolitik.net)

### **ISSN**

1818-5037

---

### **Impressum**

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion:  
Gruppe für revolutionär-marxistische  
ArbeiterInnenpolitik (GRA), c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

## Venezuela

# „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – eine Sackgasse

Venezuela ist ein Land mit einem hohen Klassenkampfniveau und mit vielen interessanten Entwicklungen. Besonders für Länder mit relativem Klassenfrieden, wie Österreich, ergibt sich dabei die Möglichkeit, Erfahrungen in klassenkämpferischen Situationen zu sammeln. Wir wollen dabei versuchen, unsere eigene Programmatik an den konkreten Kampf anzuwenden und Antworten zu finden, aber auch die revolutionären Kräfte in diesem Prozess so gut wie möglich zu unterstützen.

Die GRA hat sich schon seit langem mit den Entwicklungen in Venezuela auseinandergesetzt. Wir haben sowohl die Geschichte Venezuelas als auch die politischen Bewegungen und die Klassenkämpfe in längeren Artikeln beschrieben.<sup>1</sup> Im Folgenden wollen wir die letzten Entwicklungen kritisch beleuchten und in der linken Diskussion Position beziehen.

### **Klassenkämpfe**

Die venezolanische Wirtschaft wächst, die Profite fließen, das ist auch für einfache ArbeiterInnen klar ersichtlich. Trotz aller pompösen Ankündigungen wird die Erfüllung ihrer wesentlichsten Forderungen immer wieder aufgeschoben. Das führt notwendigerweise zu Spannungen.

Seit Mitte des letzten Jahres gibt es größere Kämpfe von ArbeiterInnen sowohl in der Privatindustrie als auch in öffentlichen Unternehmen. Die Ziele sind dabei sehr weit gestreut, wie besseres Arbeitsrecht, Anerkennung der Gewerkschaften, Kampf gegen Betriebs-schließungen und gegen Vereinbarungen der Regierung mit GewerkschaftsbürokratInnen oder UnternehmerInnen. In der staatlichen Zuckerfabrik CVA-Azúcar kämpften sie gegen Massenentlassungen. Die ArbeiterInnen des großen Stahlwerks SIDOR forderten die

Wiederverstaatlichung des Betriebs und Lohngarantien für 9000 ausgegliederte KollegInnen.

Der hervorstechendste Kampf der letzten Zeit war jedoch jener von Sanitarios Maracay im Bundesstaat Aragua. Schon im März und April 2006 begann der Kampf um Fragen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes. Die ArbeiterInnen setzten die korrupte Gewerkschaftsführung ab und wählten eine kämpferische Gewerkschaftsführung, die Teil der kurz zuvor gegründeten UNT<sup>2</sup> war. Die ArbeiterInnen besetzten dann den Betrieb, mussten aber nach 42 Tagen aufgeben. Als der Eigentümer die Rechte der ArbeiterInnen wieder angriff, besetzten sie am 14. November 2006 erneuert den Betrieb und führten die Produktion von Badezimmerkeramik in Selbstverwaltung weiter. Aus der Erfahrung mit ähnlichen Konflikten zogen sie richtigerweise den Schluss, dass sie keine Genossenschaft bilden wollten, wie einst bei Invepal und Inveval, weil sie nicht zu TeileigentümerInnen des Betriebes werden wollten. Denn dies führte dort dazu, dass die alte Belegschaft, die als Teileigentümerin Interesse an möglichst hohen Profiten des Unternehmens hatte, sich gegenüber den Neuen wie UnternehmerInnen aufführte und damit die Einheit der ArbeiterInnen spaltete. Sie lösten auch nicht die Gewerkschaft auf wie in den beiden erwähnten Betrieben,

sondern wählten ein Fabrikkomitee als Teil der UNT. Die zentrale Forderung der 800 ArbeiterInnen war die Übernahme des Betriebes durch den Staat unter ArbeiterInnenkontrolle ohne irgendeine Kompensationszahlung an den früheren Besitzer.

Am 22. Mai trat ein großer Teil der IndustriearbeiterInnen des Bundesstaates Aragua in den Streik, ging auf die Straße und blockierte alle zentralen Punkte des Staates. Dieser Streik wurde angeführt von den ArbeiterInnen von Sanitarios Maracay und der C-CURA, der klassenkämpferischen Tendenz innerhalb der jungen Gewerkschaft UNT. Dieser Streik erfolgte als Solidaritätsaktion mit den ArbeiterInnen von Sanitarios, die damals bereits mehr als sechs Monate das Werk unter ArbeiterInnenselbstverwaltung weitergeführt hatten und massiver Repression durch die Nationalgarde ausgesetzt waren. Viele ArbeiterInnen sagten, ihr Ziel sei, dass der Gouverneur, die Polizei, die Bosse, die Nationalgarde und andere staatliche Institutionen sie respektieren sollten. Und die ArbeiterInnen verschafften sich tatsächlich Respekt! Verteidigungsminister Raúl Baduel musste sich schließlich zu einem Treffen mit den ArbeiterInnen herablassen und mit ihnen ihre Forderungen diskutieren.

Die Regierung weigerte sich jedoch bis zuletzt, den Betrieb unter ArbeiterInnenkontrolle zu verstaatlichen und unternahm alles, um die Kampfkraft zu schwächen. Der Betrieb litt zunehmend an den Problemen der meisten selbstverwalteten Betriebe inmitten des Kapitalismus: Finanzierungsprobleme, Probleme bei der Beschaffung der Rohstoffe und nicht zuletzt Absatzprobleme. Die Löhne mussten auf Hungerlöhne reduziert werden, zuletzt dürften nur mehr 400 von anfangs 800 ArbeiterInnen beschäftigt gewesen sein. Am 10. August 2007 putschten einige Angestellte und übernahmen die Kontrolle des Betriebes mit dem Ziel, sie an den Eigentümer zurückzugeben. Mit Unterstützung des Arbeitsministeriums entließen sie das Fabrikkomitee.

Die staatliche Repression nahm im Verlauf des Arbeitskampfes ein enormes Ausmaß an. Als etwa eine Delegation von ArbeiterInnen von Sanitarios Maracay nach Caracas fuhr, um dort an einer Demonstration teilzunehmen, wurde sie von der regionalen Polizei und

der Nationalgarde beschossen, angehalten und festgenommen.

Einige weitere Beispiele liefert folgender Bericht: „Im Juni 2006 löste die Polizei eine Straßenblockade von protestierenden ArbeiterInnen unter Einsatz von Tränengas, Gummigeschossen und Schlagstöcken auf; zwölf ArbeiterInnen wurden verhaftet, der chávistische Staatsanwalt forderte 4-8 Jahre Haft (!) wegen, Blockade einer öffentlichen Straße“. Im Juli 2006 wurde eine Gewerkschaftsdemonstration in Caracas vom chávistischen Innenministerium verboten (und trotzdem nahmen über 6.000 Menschen daran teil). Im Sommer 2006 wurden fünf ArbeiterInnen des Stahlwerks SIDOR, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen protestiert hatten, von der Nationalgarde unter dem Vorwurf der ‚übertriebenen Aneignung von Fabrikmaschinen‘ inhaftiert. Und im April 2007 überfielen Polizei und Nationalgarde in einem Gewaltexzess mit Macheten, Tränengas, Schlägen und Gummigeschossen eine Gruppe von ArbeiterInnen der bis vor kurzem besetzten Fabrik Sanitarios Maracay; es gab rund ein Dutzend Verletzte und 19 Verhaftungen.“<sup>3</sup>

Der Kampf der ArbeiterInnen von Sanitarios Maracay steht nicht isoliert da, sondern war der herausragendste und der wohl am höchsten zugespitzte Kampf der letzten Zeit. Insgesamt trat eine neue Schicht von kämpferischen ArbeiterInnen mit weiterreichenden Forderungen auf den Plan. Am 8. Februar beispielsweise marschierten 6.000 ArbeiterInnen durch die Straßen von Caracas und forderten die „Nationalisierung der strategischen Industrien ohne Kompensation und unter ArbeiterInnenkontrolle“.

In diesen Kämpfen stoßen die ArbeiterInnen immer wieder mit den staatlichen Organen zusammen. Dennoch vertraut die Mehrheit der ArbeiterInnen weiterhin Chávez und seiner Regierung. Den Slogan von Chávez „fábrica cerrada, fábrica ocupada“ (Fabrik geschlossen – Fabrik besetzt) fassten viele ArbeiterInnen als Aufforderung auf, stillgelegte Fabriken zu besetzen. Ja auch Linke, wie der österreichische Funke, behaupteten, dass Chávez damit einen Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel anstrebte. Chávez hingegen spielte einige Zeit mit diesem

Spruch und startete dann eine Offensive gegen jene ArbeiterInnen, die versuchten, diese Worte in die Praxis umzusetzen.

### **Repression gegen bürgerliche Massenmedien**

Die venezolanischen GroßunternehmerInnen, die sogenannte Oligarchie, besitzen alle wesentlichen Massenmedien und hetzen darin ganz offen gegen alles, was auch nur den Anschein von Fortschrittlichkeit besitzt. Sie waren es, die offen zum Sturz von Chávez aufgerufen hatten.

Marcos Hernández, Präsident der venezolanischen Organisation „Periodistas Por La Verdad“ (Journalisten für die Wahrheit) stellte im Januar 2003 fest: „Fast 80% der Fernsehstationen gehören privaten Unternehmen. Die beiden Sender Venevisión und RCTV vereinen 85% der Werbeeinnahmen und kontrollieren zwei Drittel der Sendungen. 80% der Sendeinhalte des Landes werden von den Studios und Produktionsfirmen der beiden Sender produziert.“<sup>4</sup>

Vergangenen Dezember kündigte Chávez an, die Sendelizenz für Radio Caracas TV (RCTV) nicht mehr zu verlängern. Am 27. Mai musste der Sender schließen, könnte aber, wenn er wollte, weiterhin auf einem privaten Kanal senden. Zehntausende gingen für, tausende gegen diese Entscheidung auf die Straßen. Natürlich sah man im europäischen Fernsehen nur jene, die dagegen protestierten.

Auch in Europa schieden sich die Geister. Human Rights Watch, Reporter ohne Grenzen und viele andere Liberale verurteilten dies als Angriff auf die Pressefreiheit. „Linke“ wie Tony Benn, einstige linksreformistische Galionsfigur innerhalb der britischen LP, oder die internationale Solidaritätskampagne Hände weg von Venezuela, in der die internationale Strömung, der der österreichische Funke angehört, mitarbeitet, erklärten die Schließung als „legitim“. Letztere veröffentlichten folgende Erklärung: „Wir begrüßen das Auslaufen und die Nichtverlängerung der Sendelizenz für den Privatsender RCTV als legitime und demokratische Entscheidung der venezolanischen Regierung. (...) Eine Beschneidung der Meinungsfreiheit in Venezuela durch die Regierung findet nicht statt. Vielmehr braucht

Venezuela dringend eine Demokratisierung der Medien und Zugang zu den Medien für die ganze Bevölkerung.“<sup>5</sup>

Die bürgerliche „Pressefreiheit“ bedeutet in erster Linie, dass die Besitzenden, vor allem die Großkonzerne, ihre Meinung nach ihrem Gutdünken in die Gehirne der Massen pressen können. Eine revolutionäre Gegenpropaganda hingegen findet nur sehr schwer Mittel und Wege, ihre Positionen den ausgebeuteten Massen zu vermitteln. Sollte es ihr dennoch gelingen, läuft sie immer wieder Gefahr, trotz dieser angeblichen Pressefreiheit unterdrückt zu werden, vor allem dann, wenn sie Masseneinfluss bekommt.

Für die ausgebeuteten Massen bedeutet eine wirkliche Pressefreiheit, dass sie gleichen Zugang zu den Medien besitzen. Dies ist aber im Kapitalismus nicht zu verwirklichen, denn da müssten die Eigentumsverhältnisse grundlegend geändert werden. Solange wir nicht in der Lage sind, die Gesellschaft grundlegend zu verändern und damit den freien Zugang der breiten Massen zu den Massenmedien zu verwirklichen, verteidigen wir jedoch bürgerlichdemokratische Rechte gegen alle Beschränkungsversuche, und deshalb auch die Pressefreiheit. Heißt das, dass diese reaktionären, proimperialistischen putschistischen Milliardäre weiterhin die Massenmedien betreiben sollen? Nein, natürlich nicht, denn wir haben kein Interesse, dass diese reaktionären Kräfte eine Möglichkeit haben, die Massen zu beeinflussen. Aber wir haben auch kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Medienpolitik. Die Überführung des Senders in die Verfügung des bürgerlichen Staates ist eine bonapartistische Maßnahme zur Stärkung dieses bürgerlichen Staates, und das lehnen wir, wie die ArbeiterInnen von Aragua, ab. Im Kampf für ihre Interessen muss sich die ArbeiterInnenklasse aber auf ihre eigenen Mittel und Methoden des Klassenkampfes verlassen, nicht auf den bürgerlichen Staat, so radikale Phrasen auch sein Präsident verwenden mag.

Bei dem hohen Klassenkampfniveau besteht heute in Venezuela die Möglichkeit, über die bürgerlichdemokratischen Forderungen hinauszugehen. Das haben auch die Streikenden von Aragua erkannt. Sie unterstützten nicht die Medienpolitik von Chávez, sondern demonstrierten für die „Enteignung

des RCTV und aller putschistischen Medien unter ArbeiterInnenkontrolle!“ Das können wir nur voll unterstützen.

Die „RevolutionärInnen“ von Funke bezeichnen die Schließung als *legitim*, „vergessen“ dabei aber das Interesse der kämpfenden Massen nach Zugang zu den Medien. Dies ist für sie bezeichnend: Sie sprechen zwar davon, dass heute in Venezuela eine Revolution stattfindet, stellen aber von sich aus keine Forderung, um das bürgerliche Informationsmonopol zu durchbrechen.

Diese UnterstützerInnen von Chávez verschweigen zudem, dass es in letzter Zeit sehr wohl eine Reihe von restriktiven Gesetzen gab, die die Meinungsfreiheit betreffen. Und die drohenden Strafen sind nicht gering: bis zu zwanzig Monate Gefängnis für die Beleidigung eines Regierungsbeamten, bis vierzig Monate für die Beleidigung des Präsidenten. Typischerweise werden viele dieser Einschränkungen scheinbar gegen die reaktionäre Oligarchie formuliert. Doch Worte sind die schwächsten Taten. In der Praxis können wir in Venezuela tagtäglich sehen, wie einerseits die einstigen PutschistInnen mit Samthandschuhen behandelt werden. Die anderen privaten TV-Sender, wie Venevision und Televen, die ebenso wie RCTV den Putsch gegen Chávez offen unterstützt haben, blieben bis heute voll auf Sendung. Andererseits gehen die Staatsorgane mit äußerster Gewalt gegen ArbeiterInnen vor, die ihre Interessen vertreten. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Einschränkungen der bürgerlichdemokratischen Freiheiten letztlich gegen „links“ eingesetzt werden.

### **Verfassungsänderungen von Chávez ...**

Schon vor längerer Zeit kündigte Chávez an, dass er die Verfassung von 1999 ändern wolle. Dann tat er es. Am 21.8. fand nun die 1. Lesung der von Chávez vorgelegten Änderungen statt. Nach geltendem Recht hätte nun das Parlament zwei Jahre Zeit, darüber einen Beschluss zu fällen. Doch es gibt großen Druck von „oben“, sie noch im Dezember abzustimmen. Im Folgenden wollen wir einige Textstellen der 33 Änderungen im Originalton wiedergeben, weil es nicht uninteressant ist, mit welcher „radikaler“ Wortwahl sie dargestellt werden. Dabei fällt auf, dass

Chávez verbale Anleihen bei einer fiktiven Räteverfassung genommen hat. Wir wollen den inhaltlichen Unterschied zwischen dieser und einer marxistischen Position aufzeigen, vielleicht gelingt es dann, der einen oder anderen UnterstützerIn von Chávez die Augen zu öffnen. Kursiv sind jene eingefügten Textstellen, die Chávez dem Parlament als Abänderung der Verfassung vorschlägt, der Rest der Zitate ist die geltende Verfassung.<sup>6</sup>

### **... bei den Eigentumsformen**

Artikel 113. *„Die Monopole sind verboten....Allgemein werden keine Aktivitäten, Abkommen, Praktiken, Verhaltensweisen und Versäumnisse der Privatpersonen erlaubt, die die Methoden und Systeme der gesellschaftlichen und kollektiven Produktion verletzen, mit denen das gesellschaftliche und kollektive Eigentum beeinträchtigt wird oder der gerechte und gleichberechtigte Wettbewerb der Waren und Dienstleistungen verhindert oder erschwert wird...“*

Artikel 115. *„Die verschiedenen Eigentumsformen werden anerkannt und garantiert. Das öffentliche Eigentum ist jenes, das den Einrichtungen des Staates gehört; das gesellschaftliche Eigentum ist jenes, das dem Volk in seiner Gesamtheit und den zukünftigen Generationen gehört (...) das kollektive Eigentum ist jenes, das gesellschaftlichen Gruppen oder Personen zu ihrem gemeinsamen Nutzen, Gebrauch und Gewinn gehört und gesellschaftlichen oder privaten Ursprungs sein kann; das gemischte Eigentum ist jenes, das zwischen dem öffentlichen Sektor, dem gesellschaftlichen Sektor, dem kollektiven Sektor und dem privaten Sektor in verschiedenen Kombinationen gebildet wird,... und das Privateigentum, das jenes ist, das natürlichen oder juristischen Personen gehört und das (...) durch legitim erworbene Gebrauchsgüter und Produktionsmittel“* erworben wurde.

Es gibt also fünf Eigentumsformen, die nebeneinander bestehen sollen und staatlich geschützt sind. Wichtig für die politische Bewertung ist, dass das Privateigentum „anerkannt und garantiert“ wird. Denn das ist ja die Aufgabe jeder bürgerlichen Verfassung und jedes bürgerlichen Staates.

Hieß es in der bisherigen Verfassung im Artikel 307: Der Großgrundbesitz verstößt gegen das gesellschaftliche Interesse, schlägt Chávez nun vor: „Der Großgrundbesitz ist verboten, da er gegen das gesellschaftliche Interesse verstößt. Die Republik bestimmt durch Gesetz die Form, in der der Großgrundbesitz in Eigentum des Staates oder der zur Verwaltung und zur Produktivmachung der Ländereien fähigen Einheiten oder öffentlichen, kooperativen, gemeinschaftlichen Unternehmen und sozialen Organisationen überführt wird.“

Entlarvend ist, dass nicht die landlosen Bauern – etwa über die Bauernräte – über die weitere Verfügung von Grund und Boden bestimmen sollen, sondern der bürgerliche Staat. Dennoch, einiges klingt beim ersten Lesen gar nicht so übel. Wenn wir aber bedenken, wie wohlwollend die Monopole und der Großgrundbesitz bisher behandelt wurden, obwohl sich die „bolivarische Revolution“ vor allem gegen die Oligarchie wenden sollte, sind wir sicher, dass die Monopole und der Großgrundbesitz auch weiterhin weitestgehend ungeschoren bleiben werden und sich diese Formulierung als heiße Luft herausstellen wird. Seit 1999 heißt es: „Der Großgrundbesitz verstößt gegen das gesellschaftliche Interesse“. Aber bis auf einige wenige Enteignungen – gegen fette Entschädigungszahlungen – hat sich in den vergangenen acht Jahren kaum etwas geändert. Landlose Bauern, die un bebauten Boden besetzen, werden weiterhin schwerstens misshandelt. Die Verfassung erwies sich als zahnlos – und daran wird sich wenig ändern. Das heißt allerdings nicht, dass es nicht zu graduellen Veränderungen kommen kann, denn das Ziel von Chávez ist, das kapitalistische System in Venezuela, inklusive Wirtschaft, zu modernisieren. Dazu wäre eine Beschneidung der Vorrechte der Oligarchie notwendig.

### ... bei der „Volksbeteiligung“

Artikel 70. „Mittel für die Beteiligung und für eine aktive Rolle des Volkes in der direkten Ausübung seiner Souveränität und für den Aufbau des Sozialismus sind: Wahlen für öffentliche Ämter, Volksabstimmung, Volksbefragung, Widerruf von Mandaten, gesetzgebende, verfassungsändernde und ver-

fassungsgebende Initiativen, öffentliche Bezirksratssitzungen und die Versammlung der Bürger und Bürgerinnen, die verbindliche Entscheidungen treffen, die Räte der Volksmacht (Kommunale Räte, Arbeiterräte, Studierendenräte, Bauernräte und andere), die demokratische Führung jedes Unternehmens in direktem oder indirektem gesellschaftlichen Eigentum durch die Arbeiterinnen und Arbeiter, die kommunale Selbstbestimmung.“

Die Räte (Sowjets), eine „Erfindung“ der russischen Revolution von 1905, sind hier in das Korsett einer bürgerlichen Verfassung eingezwängt, werden institutionalisiert. Ihr Handlungsspielraum ist auf die Umsetzung der Verfassung eingeengt, und somit müssen sie bürgerliche Eigentumsformen anerkennen und sogar garantieren. Diese „Räte“ haben mit den Räten einer proletarischen Revolution nur den Namen gemeinsam.

### ... bei der Öffentlicher Gewalt

Artikel 136. „Die öffentliche Gewalt verteilt sich territorial in folgender Weise: die Volksmacht, die bezirkliche Gewalt, die Staatsgewalt und die nationale Gewalt(...) Das Volk ist Eigentümer der Souveränität und übt sie direkt durch die Volksmacht aus. Diese entsteht nicht aus Wahlen oder Abstimmungen, sondern aus der Bedingung der organisierten Menschengruppen als Basis der Bevölkerung.“

Die Volksmacht drückt sich durch die Konstituierung der Gemeinden, der Kommunen und die Selbstregierung der Städte durch die Kommunalen Räte, die Arbeiterräte, die Bauernräte, die Studierendenräte und andere vom Gesetz vorgesehene Einrichtungen aus.“

Artikel 156. „Die Nationale Öffentliche Gewalt ist zuständig für: (...) Pkt. 35. Die Förderung, Organisation und Registrierung der Räte der Volksmacht sowie die technische und finanzielle Unterstützung für die Entwicklung sozioökonomischer Projekte der gesellschaftlichen Wirtschaft entsprechend der steuerlichen und Haushalts-Möglichkeiten.“

Artikel 158. „Der Staat fördert als nationale Politik die protagonistische Beteiligung des Volkes, überträgt ihm Macht und schafft die besten Bedingungen

gen für den Aufbau einer Sozialistischen Demokratie.“

Artikel 328. „Die Bolivarischen Streitkräfte sind eine essentiell patriotische und antiimperialistische Körperschaft des Volkes, die vom Staat aufgestellt wird, um in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieser Verfassung und der Gesetze die Unabhängigkeit und Souveränität der Nation zu gewährleisten. (...) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dienen sie immer dem venezolanischen Volk in Verteidigung seiner geheiligten Interessen und niemals irgendeiner Oligarchie oder ausländischen imperialen Macht.“

Wieder erscheinen die „ArbeiterInnenräte“, wieder sind sie vollständig in die bürgerliche Verfassung eingebettet. Als Vergleich fällt uns Österreich nach dem ersten Weltkrieg ein. Damals gab es ArbeiterInnen- und Soldatenräte, die für kurze Zeit die KapitalistInnen bedrohten. Sehr schnell gelang es jedoch der Sozialdemokratie, die Räte unter ihre Kontrolle zu bringen und damit die revolutionäre Gefahr zu entschärfen. In der Sozialgesetzgebung des Jahres 1920 wurden dann Betriebsräte eingeführt, die ähnlich den Räten in Venezuela im Rahmen der bürgerlichen Verfassung ihre Funktion ausüben mussten. Dazu wurden sie genauen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen. Damit wurde der revolutionären Bewegung der Zahn gezogen. In Venezuela entstanden während des UnternehmerInnenstreiks Betriebskomitees, später in etlichen Betrieben Fabrikkomitees, die die ArbeiterInnenkontrolle und in einigen Fällen die ArbeiterInnenselbstverwaltung einführten. All diese Formen der Selbstorganisation der kämpfenden Ausgebeuteten sind Vorstufen von Räten. Schwupps werden sie nun institutionalisiert. Damit sollen sie – wie einst die Räte in Österreich - handlungsunfähig gemacht werden.

### ... beim Arbeitsrecht

Artikel 90. „Damit die Arbeiter und Arbeiterinnen über genügend Zeit zur umfassenden Entwicklung ihrer Person verfügen, überschreitet die Arbeitszeit am Tag täglich sechs Stunden und wöchentlich 36 Stunden nicht und die nächtliche Arbeit überschreitet sechs Stunden täglich und 34 Stunden wöchentlich nicht.“ Bisher stand in der

Verfassung: „Die Arbeitszeit darf täglich acht Stunden und 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Soweit gesetzlich zulässig darf nächtliche Arbeitszeit sieben Stunden täglich und 35 Stunden in der Woche nicht überschreiten. Kein Arbeitgeber darf die Arbeitnehmer zwingen, Überstunden zu leisten.“

Auf dem Papier ist diese Arbeitszeitverkürzung eine fortschrittliche Maßnahme. Venezuela hat noch immer eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Diese Maßnahme könnte ein Schritt in Richtung Aufteilung der Arbeit auf alle Hände sein, wäre sie nicht Teil einer bürgerlichen Verfassung. Sollte diese Abänderung angenommen werden, werden die ArbeiterInnen kämpfen müssen, dass sie auch verwirklicht wird. Sie müssten dann dafür eintreten, dass dies bei vollem Lohn durchgeführt wird. Heute gibt es schon Befürchtungen, dass diese Arbeitszeitverkürzung zu einer Lohnkürzung führen könnte. Dies wurde vom Arbeitsminister José Ramón Riviero dementiert: „Die Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet keine Senkung der Basiseinkommen“.7 Diese Formulierung lässt allerdings offen, wie sich diese Regelung auf die aktuellen Istlöhne auswirken wird.

### ... bei der Amtszeit des Präsidenten

Artikel 230. „Die Amtszeit des Präsidenten oder der Präsidentin beträgt sieben Jahre. Der Präsident oder die Präsidentin der Republik kann unmittelbar für eine neue Amtszeit wiedergewählt werden.“

Dies ist für Chávez ein zentraler Punkt. Es geht ihm darum, sich die Präsidentschaft mittels Wahlen – möglichst lebenslang - zu sichern. Bisher dauerte eine Funktionsperiode sechs Jahre und es war nur eine einmalige sofortige Wiederwahl möglich. Bei Annahme seiner Änderungsvorschläge könnte er nun unbegrenzt oft antreten...

### ...und ihre innere Logik.

Ein Grundgedanke bei diesen Abänderungen ist, dass die Veränderung der Gesellschaft - durch die sogenannte Bolivarische Revolution - innerhalb einer Verfassung stattfinden soll, die das Privateigentum und damit die kapitalistische Ausbeutung der ArbeiterInnen garantiert. Das heißt, diese Verfassung garantiert, so lange sie in Kraft ist, dass es weiterhin Klassen, Klassenunterdrückung, Ausbeutung usw. geben wird.

Ein zweiter Grundgedanke ist, dass sich das System schrittweise hin zum Sozialismus verändert kann, durch Verfassungsänderungen, Wahlen und dergleichen. MarxistInnen gehen jedoch davon aus, dass es einen friedlichen Übergang zum Sozialismus nicht gibt und dass eine grundlegende qualitative Veränderung der Gesellschaft nur sprunghaft, mittels einer Revolution vor sich gehen kann. Alle bisherigen Versuche, einen „Dritten Weg“ zu gehen, wie einst die österreichische Sozialdemokratie unter Otto Bauer, scheiterten kläglich. Diese historisch belegte Erkenntnis wird hier negiert.

Ein weiterer Gedanke dieser Verfassungsänderung ist, dass der Staatsapparat nicht zerschlagen werden muss, sondern dass er mit Reformen zur Volksmacht werden könne. Auch dies widerspricht dem Marxismus, der davon ausgeht, dass der bürgerliche Staat nicht reformiert werden kann, sondern zerschlagen werden muss. Trotz aller Floskeln wie Räte, Volksmacht etc. bleibt dies eine bürgerliche Verfassung, die die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise garantieren soll.

In der notwendigen sozialistischen Revolution muss die ArbeiterInnenklasse die führende Rolle haben. Denn sie ist die einzige besitzlose Klasse und von daher befähigt, den sich auf Privateigentum gründenden Kapitalismus zu überwinden. Die führende Rolle der ArbeiterInnenklasse leugnet Chávez ebenfalls.

Für einen bürgerlichen Politiker geht Chávez bestimmt sehr weit und nimmt Anleihen bei einem fiktiven Räteystem, das es aber in dieser Form nicht geben kann. Die ArbeiterInnen dürfen sich durch die „linke“ Rhetorik von Chávez nicht täuschen lassen. Gehen sie seinen Weg, werden sie nie die kapitalistische Ausbeutung – und damit ihr Elend – überwinden können.

Für einen bürgerlichen Politiker geht Chávez bestimmt sehr weit und nimmt Anleihen bei einem fiktiven Räteystem, das es aber in dieser Form nicht geben kann. Die ArbeiterInnen dürfen sich durch die „linke“ Rhetorik von Chávez nicht täuschen lassen. Gehen sie seinen Weg, werden sie nie die kapitalistische Ausbeutung – und damit ihr Elend – überwinden können.

### Die PSUV

Chávez kündigte bereits vor längerer Zeit an, dass er eine eigene Partei aufbauen wolle. Langsamer als von Chávez

– und seinen AnhängerInnen – erwartet, nimmt nun diese Gründung der PSUV<sup>8</sup> konkrete Formen an. Im Chávez-freundlichen *Venezuela Aktuell* sieht die Berichterstattung folgendermaßen aus (Venezuela Aktuell 23.7.2007):

„Venezuelas Präsident Hugo Chávez hat seine wöchentliche Fernsehsendung „Aló, Presidente“ dazu genutzt, um noch einmal seine sozialistische (!!!) und revolutionäre (!!!) Haltung zu betonen und sagte: ‚Ich respektiere zutiefst die Thesen von Karl Marx und seinen großen Beitrag für die Menschheit durch die Entdeckung des Sozialismus.‘ Dann fügte er jedoch hinzu: ‚Ich bin Sozialist, Bolivariano, Revolutionär. Ich respektiere den marxistischen Weg, aber ich bin kein Marxist.‘ Der Marxismus sei eine „deterministische Vorstellung“ des Sozialismus. (...)

Die Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) werde deshalb seiner Meinung nach auch nicht die Banner des Marxismus-Leninismus ergreifen, denn das sei ein Dogma der Vergangenheit. Damit griff er den Diskussionen in den Basisgruppen der künftigen Partei vor, deren Gründungsfeier im September beginnen soll. Die Basisstrukturen, die sogenannten „Bataillone“, diskutieren derzeit Programm, Prinzipien und Statuten der neuen Organisation. Chávez betonte: Wer nicht damit einverstanden sei, dass die neue Partei nicht marxistisch-leninistisch ist, ‚hat die völlige Freiheit, und wenn er nicht hier sein will, soll er in die Kommunistische Partei gehen.‘ Der venezolanische Sozialismus müsse christlich und bolivarianisch, nicht jedoch marxistisch-leninistisch sein.

Chávez bezweifelte außerdem, dass der Arbeiterklasse heute noch eine entscheidende Rolle bei der Veränderung der Gesellschaft zukomme. Chávez ging aber nicht darauf ein, welche Klasse oder Gesellschaftsschicht denn nun anstelle der Arbeiterklasse vor der Aufgabe der Überwindung des Kapitalismus und des Aufbaus des Sozialismus stehe.

Zwar rief Chávez die Parteien, die sich bislang der PSUV nicht anschließen wollten - Kommunistische Partei, Podemos und PPT - dazu auf, ihren Entschluss zu überdenken, betonte aber zugleich, es sei das Recht dieser Parteien, ihre Organisationen aufrecht zu erhalten, wenn sie dies wollen.“ (Venezuela Aktuell 26.8.2007)

„Im Poliedro von Caracas fand am Samstag die erste Nationalversammlung der Sozialistischen Bataillone, der Basisstrukturen der neuen Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) statt. Dabei erkannte Präsident Chávez an, dass „nur“ 1,5 Millionen Menschen sich an den Sitzungen der Basisgruppen beteiligt haben, also nur jeder Vierte von denen, die sich in den vergangenen Monaten als Aspiranten auf eine Mitgliedschaft in der neuen Partei eingetragen hatten. Jedes der rund 18.000 Bataillone vereinte ursprünglich 300 Aspiranten, im Durchschnitt nahmen aber nur 84 Menschen an den Sitzungen dieser Gruppen teil. Chávez beglückwünschte die Aktivisten, die kontinuierlich an den Sitzungen der Bataillone teilgenommen hatten, und nannte diese Vollmitglieder, deren Zahl um weitere drei oder vier Millionen Menschen wachsen könne, die sich nicht vollständig an den Aktivitäten der neuen Organisation beteiligten.“

In seiner Ansprache im Poliedro sagte Chávez, ihn habe die Antwort des venezolanischen Volkes überrascht, als sich fast sechs Millionen Menschen als Aspiranten auf eine Mitgliedschaft in der PSUV eintrugen, er selbst habe mit zwei Millionen gerechnet. Er halte es aber für nachvollziehbar, dass viele der Revolution verpflichtete Menschen Gründe dafür haben, sich nicht voll in die Aktivitäten der PSUV einzubringen. Der Gründungskongress der neuen Partei könne im Oktober beginnen, sagte Chávez. Im Verlaufe des Septembers sollten die Sozialistischen Bataillone ihre Vertreter wählen, die sie dann beim Parteitag vertreten sollen. Ursprünglich waren August und September als Daten für den Gründungsparteitag genannt worden, aber die Schwierigkeiten bei der Bildung der Basisorganisationen sowie jetzt die Diskussionen um die Verfassungsreform haben bislang die Ausarbeitung von Statut, Prinzipien und Programm der PSUV verhindert. Die Online-Ausgabe der Wochenzeitung der venezolanischen Kommunisten, *Tribuna Popular*, geht deshalb davon aus, dass die endgültige Bildung der PSUV sich noch bis in das kommende Jahr hinziehen wird.

Venezuelas Präsident Hugo Chávez hat den Gouverneur des Bundesstaates Miranda, Diosdado Cabello, zum Leiter

der Provisorischen Disziplinarkommission der Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) ernannt. Obwohl das Statut der neuen Partei noch nicht diskutiert und verabschiedet wurde, wurde bereits eine Kontrollkommission gebildet, deren Aufgabe es sein soll, das Verhalten der Mitglieder zu beobachten.

Chávez rief alle Mitglieder zu gutem Verhalten und zur Bereitschaft zur innerparteilichen Diskussion auf. Das sei vor allem in dieser frühen Periode der Entstehung der PSUV notwendig. Er berichtete, dass sich die Führung der PSUV bereits mit falschem Verhalten von führenden Mitgliedern der neuen Partei befassen musste.“

Mitte August sagte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV), Oscar Figuera, die PCV sei „Teil der bolivarianischen Revolution (...), die vom unumstrittenen Anführer des Prozesses, Hugo Chávez Frias, geleitet wird.“ Die PCV wird der PSUV nicht beitreten, obwohl „eine wichtige Gruppe von Kadern und Aktivisten sich zurückgezogen hat und zur PSUV übergetreten ist.“<sup>9</sup> Er erläuterte, dass Chávez mit Recht darauf hingewiesen habe, dass diese Partei nicht marxistisch-leninistisch sein werde. „Sie kann es gar nicht sein, denn in der PSUV gibt es Sektoren der Bourgeoisie, pro-kapitalistische Sektoren wie die Unternehmen, es gibt reformistische Sektoren, es gibt sozialdemokratische Sektoren, es gibt Sektoren der Arbeiterinnen und Arbeiter und es gibt auch Revolutionäre, es ist eine Mehr-Klassen-Partei und deshalb kann sie nicht marxistisch-leninistisch sein.“<sup>10</sup> Die 11. Nationalkonferenz der PCV Anfang September werde das weitere Vorgehen beschließen.

In der PSUV werden nationalistische UnternehmerInnen, höchste Offiziere der Streitmächte und bürgerliche PolitikerInnen mit ArbeiterInnen und BäuerInnen zusammensitzen.

Chávez' „socialismo con empresarios“ (Sozialismus mit UnternehmerInnen) ist eine Klassenkollaboration. Das entspricht voll der Position, dass für Chávez die ArbeiterInnenklasse nicht das revolutionäre Subjekt ist. Folgerichtig wird von allem Anfang an versucht, sie in eine untergeordnete Rolle zu drängen. Chávez stützt sich auf den nichtmono-

polistischen „nationalistischen“ Flügel der Bourgeoisie, der auf staatliche Hilfe angewiesen ist, gleichzeitig behält er engen Kontakt mit der nationalen und internationalen Monopolbourgeoisie. Kein Zufall, dass er selbstständige, kämpferische Gewerkschaften ablehnt und, wo er kann, auch bekämpft. Weil diese würden die UnternehmerInnen ständig vergrämen.

Wenn Figuera die PSUV als „Mehrklassenpartei“ bezeichnet, hat er von der formalen Beschreibung her recht. Doch diese Bezeichnung greift politisch zu kurz, denn diese Partei ist vom politischen Charakter her eine bürgerliche Partei. Dies spricht die PCV bewusst nicht aus, um auch weiterhin ihre prinzipienlose Politik gegenüber Chávez durchführen zu können.

Die Gründung der PSUV war kein Projekt einer Massenbewegung oder der ArbeiterInnenavantgarde, sondern ein von der Spitze (Chávez) initiiertes und kontrolliertes Manöver. Chávez hat von allem Anfang an versucht, alle wichtigen Posten mit seinen VertreterInnen zu besetzen. Das sind zum Teil Figuren, die von der „bolivarianischen“ Bewegung schon zuvor als BürokratInnen, VeräterInnen etc. gebrandmarkt worden waren und zum Teil wieder zurückgezogen werden mussten. Bevor es noch die Partei, ihr Programm und Statut gibt, gibt es aber schon eine Disziplinarkommission. Nach welchen „demokratischen“ Gesichtspunkten könnte diese Kommission – bei bestem Willen – entscheiden? Sie hat keine demokratische Grundlage! Für uns nicht verwunderlich ist der politische Wille des Caudillo Chávez und seiner Lakaien entscheidend.

Insgesamt ist es ein Projekt, wo die ArbeiterInnen von allem Anfang an kaum demokratische Rechte besitzen. Ein Entrismus à la Trotzki der 30er Jahre, das heißt der Eintritt einer revolutionären Partei in eine reformistische, die von der revolutionären Gärung angesteckt wurde, sich nach links entwickelt und mehr oder weniger zentristische Strömungen beherbergt, ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Erstens ist die PSUV keine bürgerliche ArbeiterInnenpartei, die sich in organischer Form – etwa über die Gewerkschaften – auf die ArbeiterInnen stützt, sondern eine bürgerliche, die in ihren Reihen zwar ArbeiterInnen hat (wie etwa die ÖVP),

die aber von allem Anfang nichts zu sagen haben. Zweitens steht sie unter vollständiger Kontrolle einer bürgerlichen Clique um Chávez. Unter diesen konkreten Bedingungen ist es für uns undenkbar, als eigenständige Kraft (Fraktion), mit eigener Fahne und eigenem Programm, also „aufrecht“, in die PSUV einzutreten, wie es Trotzki in den Dreißigerjahren vorgeschlagen hatte. Unseren Informationen nach dürfte es heute schon ein Fraktionsverbot geben. Die Minderheit der PRS<sup>11</sup> und GewerkschafterInnen um Stalin Pérez Borges wurde zuerst gar nicht in die Vorbereitungssitzung eingeladen, dann nicht als gewerkschaftliche Gruppierung, sondern nur als Einzelpersonen in die Partei hineingelassen.

Der Präsident wird zwar nicht müde, sich auf Marx, Trotzki und Rosa Luxemburg zu beziehen, sagt aber gleichzeitig von sich, dass er zwar ein Revolutionär, aber kein Marxist sei. Für uns ist er ein Semibonaparte. Wir stützen wir uns dabei auf eine Beschreibung, die Leo Trotzki in den Dreißigerjahren vom Regime des mexikanischen Präsidenten Cardenas gab.<sup>12</sup> Er geht davon aus, dass die Bourgeoisie in einem abhängigen kapitalistischen Land relativ schwach ist, da sie in der Entwicklung vom imperialistischen Herrn immer wieder gestört werde. Im Gegensatz dazu ist die ArbeiterInnenklasse politisch relativ stark. Wollen nun Teile der nationalen Bourgeoisie mehr eigene Rechte – auch in der Ausbeutung ihrer eigenen ArbeiterInnen – und mehr nationale Selbstständigkeit gegenüber dem Imperialismus durchsetzen, können sie unter gewissen Bedingungen versuchen, für eine gewisse Zeit die ausgebeuteten Massen mit wirtschaftlichen und politischen Zugeständnissen an sich zu binden und dann – gestützt auf die Bewegung der ArbeiterInnen und der Armen – nun gestärkt ihre Interessen gegen dem Imperialismus zu vertreten. In Lateinamerika nahmen solche Regimes immer wieder eine antiimperialistische und auch antikapitalistische Rhetorik auf, ohne aber wirklich mit dem Imperialismus – und damit mit dem Kapitalismus – zu brechen. Diese Rolle erfüllt zur Zeit Chávez. Er gibt den ausgebeuteten Massen materielle und politische Anreize und lässt ihnen – unter seiner Kontrolle – einen gewissen Bewegungsspielraum, solange sie nicht

weiter gehen, als er möchte. Dazu gehören auch demokratische Freiheiten, die jedoch oft nur auf dem Papier, nicht in Realität gewährt werden. Werden die Interessen der UnternehmerInnen ernsthaft gefährdet, werden die gewährten „Freiheiten“ mit brutaler Repression eingeschränkt.

Doch es zeichnen sich bereits Tendenzen ab, diese relativ demokratische, bürgerliche Herrschaftsform in eine wirklichen bonapartistischen Diktatur umzuwandeln, die große Teile der demokratischen Freiheit einschränkt oder vollkommen abschafft: Präsident auf Lebenszeit, Gründung einer eigenen Partei, die seine Herrschaft absichern soll, gleichzeitig möglicherweise Auflösung aller anderen (oder nur der linken?) Parteien. Nichtanerkennung der Gewerkschaften, vor allem der UNT, als eigenständige Kraft, usw. Das wird mit den Änderungen der Verfassung vorbereitet, die es Chávez ermöglichen sollen, unbegrenzte Zeit an der Spitze des bürgerlichen Staates zu bleiben. Sein Ziel könnte sein, den Semibonaparte in einen – möglichst bei Machtantritt gewählten - Bonaparte zu verwandeln. Das könnte sich allerdings als Illusion herausstellen, denn der jetzige Zustand ist eher eine labile, sich relativ schnell entwickelnde Klassenkampfsituation. Das selbstbewusstere Auftreten von Teilen der ArbeiterInnen einerseits, der Unwille der Oligarchie andererseits, könnten mittelfristig zu einer Polarisierung führen, die es der Bourgeoisie, gestützt auf das Militär, für notwendig erscheinen lassen könnte, eine offene Diktatur – mit oder ohne Chávez - zu errichten. Diese Perspektive macht es notwendig, dass die klassenbewusstesten Teile der ArbeiterInnenbewegung heute schon für die vollständige Klassenunabhängigkeit von den besitzenden Klassen und auch von Chávez - als ihren schillerndsten Vertreter – eintreten.

### **Taktik gegenüber der PSUV**

Natürlich verteidigen wir Venezuela gegen imperialistische Angriffe, verteidigen die sozialen Fortschritte, die es unter Chávez gab und treten gegen einen Sturz von rechts, durch die sogenannte Oligarchie ein. Wir sind dafür, dass die ArbeiterInnen wirklich ihre Revolution beginnen und Chávez mit revolutionären Mitteln - von links - stürzen. Um

dieses Ziel nicht zu gefährden, dürfen RevolutionärInnen zu keinem Zeitpunkt Illusionen in ihn schüren oder ihn gar politisch verteidigen.

Eine Minderheit der PRS, die auch eine führende Rolle innerhalb der UNT hatte, trat in die PSUV ein. Dieser Schritt ist nur die konsequente Fortsetzung der Anbieterungspolitik, die die Mehrheit von PRS und UNT bei den Präsidentschaftswahlen einnahmen, als die UNT darauf verzichtete, einen eigenständigen ArbeiterInnenkandidaten oder eine Kandidatin für die Wahl zu nominieren, sondern zur massiven Wahlunterstützung für Chávez aufrief. Dieser Schritt ist „verständlich“, weil die breiten Massen noch immer, trotz ihrer bisherigen Erfahrungen, große Illusionen in Chávez haben und eine Eigenkandidatur notwendigerweise zu einer vorübergehenden Isolierung von den politisch rückständigeren Schichten geführt hätte. Dennoch war die Wahlunterstützung ein großer Fehler. Er verwirrte und schwächte die fortschrittlichsten ArbeiterInnen.

Mit dieser Wahlunterstützung wurde das in Worten angestrebte Ziel, die Klassenunabhängigkeit der ArbeiterInnen zu vertreten, in der politischen Praxis zu Nichten gemacht. Die Minderheit in PRS und UNT unter Stalin Pérez Borges, den einige von seinen Auftritten in Wien kennen werden, ging dann einen Schritt weiter und trat in die PSUV ein.

Trotzki sagte einmal, dass RevolutionärInnen bei der Masse der ArbeiterInnenklasse sein müssen. Und wenn diese in faschistischen Gewerkschaften organisiert sind, werden wir unter Umständen auch eintreten. Hier ging es aber um Massenarbeit in den Gewerkschaften, die eine Einheitsfront sind, in der unterschiedliche Parteien zusammenarbeiten. Bezüglich Parteien war für ihn, und Lenin, klar, dass es eine derartige Vermischung nicht geben darf.

Aus dem Gesagten ist wohl klar, dass revolutionäre Gruppen oder Organisationen nicht in die PSUV eintreten sollen. Auf jeden Fall muss eine selbstständige revolutionäre Organisation außerhalb der PSUV aufrechterhalten bleiben.

## Diskussion für eine unabhängige ArbeiterInnenpartei

Die Gründung der PSUV hat die Diskussion angeregt, wie sich die ArbeiterInnen organisieren sollen. In einem Artikel der Fraktion Trotskista<sup>13</sup> lesen wir: „Kürzlich (27/28.7.07) haben sich mehr als 600 GewerkschaftsführerInnen und Arbeiter-BasisaktivistInnen beim ersten regionalen Kongress der UNT des Staates Aragua getroffen, deren ArbeiterInnen gerade den ersten regionalen Streik der ArbeiterInnen im ganzen Staat durchgeführt hatten, um aktiv den Kampf der ArbeiterInnen von Santarios Maracay zu unterstützen. Auf diesem Kongress stimmten die ArbeiterInnen neben ihren (anderen) wichtigen politischen Herausforderungen für die Notwendigkeit, ein politisches Instrument der ArbeiterInnen zu gründen. ‚Wir respektieren die politische Meinungsfreiheit der Mitglieder von UNETE-Aragua (mit UNETE ist offensichtlich die UNT gemeint), wir rufen die FührerInnen der Gewerkschaften und die ArbeiterInnen im Allgemeinen dazu auf, sich zu überlegen, zu der unaufschiebbaren Notwendigkeit der Schaffung eines geeigneten Werkzeugs beizutragen, das in seinem Programm die unmittelbaren Nöte der ArbeiterInnen mit ihren strategischen und historischen Notwendigkeiten verschmilzt. Eine Partei der ArbeiterInnen, wo die besten gewerkschaftlichen und sozialen FührerInnen Erfahrungen machen können, um den täglichen politischen Kampf gegen die Ausbeutung der immensen Mehrheit der Besitzlosen durch wenige führen zu können; die sich im Kampf und bei Wahlen den reformistischen und kapitalistischen Parteien entgegenstellt. Dies wäre ein machtvoll Instrument, das die Notwendigkeiten aufzeigt, die die ArbeiterInnen haben, um die politische Macht in einem Staat zu ergreifen, der weiterhin im Dienste der bürgerlichen Klasse (steht), um tatsächlich

die neue Gesellschaft, den Sozialismus, zu errichten.‘ (Balance, actualidad y desafios. Primer Congreso Regional, 27 und 28. Juli 2007, eigene Übersetzung) Das ist ein Ereignis von großer politischer Bedeutung und ein großer Schritt vorwärts. Orlando Chirino, der wesentlichste Führer der C-CURA<sup>14</sup>, sagte kürzlich: „Wir ArbeiterInnen müssen eine einzige Schlussfolgerung ziehen: Unser Platz ist nicht in der PSUV, wir müssen uns unseren eigenen Raum schaffen, unsere eigene ArbeiterInnenpartei. Eine Partei, die die gewerkschaftliche Autonomie verteidigt, die die ArbeiterInnen für die Verteidigung ihrer Rechte mobilisiert, die tatsächlich mit den UnternehmerInnen und den multinationalen Konzernen bricht, die für die Enteignung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel, des Grundbesitzes der GroßgrundbesitzerInnen, der großen Handelshäuser und der Banken kämpft ... Wir wollen keine Partei, die nur von der Kritik an der Regierung lebt, wir wollen eine Partei, die für die Machtergreifung und die Regierung der ArbeiterInnen kämpft.“<sup>15</sup>

Auch wir glauben, dass diese Resolution der Gewerkschaftsversammlung der kämpferischen Region große Bedeutung hat, in die richtige Richtung geht und zeigt, dass die ArbeiterInnen – zumindest dieser Region - die notwendigen Schlüsse gezogen haben. Chirinos Worte können wir nur unterstützen, es wird sich allerdings erst zeigen, ob er tatsächlich seine Möglichkeiten ausnützt, um diese Worte in die Tat umzusetzen.

Notwendig wäre, aus den Gewerkschaften heraus eine breite Bewegung für die Gründung einer, von den besitzenden Klassen unabhängigen, ArbeiterInnenpartei zu initiieren. Diese Partei müsste dann ein klares antikapitalistisches, letztlich ein sozialistisches Programm annehmen. Damit müsste es möglich sein, den gewerkschaftlichen

mit dem politischen Kampf zu verbinden und alle Sektoren der Ausgebeuteten in einer gemeinsamen Kampffront zu organisieren. So eine Partei wäre das wesentlichste Mittel, um den Massen in der tagtäglichen Praxis zu zeigen, welche Rolle Chávez wirklich spielt, und sie von kleinbürgerlicher und bürgerlicher nationalistischer Ideologie zu befreien.

14.9.2007

## Endnoten

1. Wir haben uns mit Venezuela ziemlich eingehend befasst.  
SoPe 5: „Bolivarianische“ oder permanente Revolution (eine historische Darstellung)  
SoPe 6/7: Venezuela: Gibt es einen „Dritten Weg“?  
SoPe 8: Die venezolanische Revolution und die ihr drohenden Gefahren (Offener Brief an Funke)  
SoPe 9: Unsere Haltung zu den clasistas und der PRS  
SoPe 10: Thesen zu Venezuela  
Flugschrift: Venezuela: Vor den Präsidentschaftswahlen
2. Die UNT ist eine Gewerkschaft, die nach dem UnternehmerInnenstreik Ende 2002 am 5.4.2003 gegründet wurde mit dem erklärten Ziel der Klassenunabhängigkeit.
3. [http://www.sozialismus.net/ue\\_texte/venezuela-repression.html](http://www.sozialismus.net/ue_texte/venezuela-repression.html)
4. Hände weg von Venezuela, 30.5.2007
5. Hände weg von Venezuela, 31.5.2007
6. Alle folgenden Zitate zur Verfassung aus [www.venezuela-aktuell.de](http://www.venezuela-aktuell.de), 23.7.2007
7. [www.venezuela-aktuell.de](http://www.venezuela-aktuell.de), 24.8.2007
8. Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas
9. [www.venezuela-aktuell.de](http://www.venezuela-aktuell.de), 13.8.2007
10. [www.venezuela-aktuell.de](http://www.venezuela-aktuell.de), 13.8.2007
11. Partido Revolucion y Socialismo. Eine Kritik an der PRS schrieben wir in SoPe 9.
12. in SoPe 5 haben wir Trotskis Position zu Cardenas ausführlich beschrieben
13. Die FT ist eine internationale Tendenz, die sich vom Morenismus abspaltete. Ihre Hauptgruppe ist die argentinische PTS.
14. Die C-CURA ist eine klassenkämpferische Tendenz innerhalb der UNT
15. [www.ft-ci.org/impimir.php3?id\\_article=930](http://www.ft-ci.org/impimir.php3?id_article=930) 3.8.2007

# Widerstand gegen rassistische Unterdrückung in den USA

## Geschichte der „Schwarzen“-bewegung

Am 9. Dezember jährt sich der Tag der Verhaftung Mumia Abu-Jamals das 26-te Mal. Er wurde beschuldigt, den Polizisten Daniel Faulkner ermordet zu haben. Im Sommer 1982 folgte in einem grotesken Schnellverfahren die Verurteilung zum Tode. Seither sitzt er in der Todeszelle. Kaum ein US-amerikanischer Strafrechtsprozess in jüngerer Zeit hat aufgrund seines rassistischen Charakters so viel internationales Aufsehen erregt wie dieser. Das Verfahren war von Beginn an eine Farce:

- Mehrere Zeugen wurden durch die Polizei Philadelphias genötigt, falsch auszusagen und Mumia Abu-Jamal als Täter zu identifizieren (und würden dies heute vor Gericht bestätigen)
- Zwei Monate später wurde von der Polizei auf einmal ein mündliches Geständnis hervorgezaubert, das der schwer verletzte im Krankenhaus abgegeben haben soll - was der behandelnde Arzt aber bestreitet.
- Entscheidende Beweise zur Entlastung sind verschwunden.
- Das Verfahren wurde von Albert Sabo angeleitet. Er war derjenige Richter, der zum damaligen Zeitpunkt die meisten Todesurteile in den USA (90% davon AfroamerikanerInnen) zu verantworten hatte. So konnte er sich des Beinamens „The Hanging Judge“ (etwa: der aufgehängende Richter) rühmen. Eine Gerichtsprotokollantin hat während des

Prozesses Richter Sabo auf dem Flur sagen hören: „Ich werde ihnen (der Staatsanwaltschaft) helfen, den Nigger zu grillen“.

- Mumia Abu-Jamal wurde vom Großteil seines Prozesses ausgeschlossen.

Die Liste an Ungereimtheiten, Vertuschungen, Verfahrensfehlern ließe sich noch lange fortsetzen. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wurde allerdings bis heute von allen Gerichtsinstanzen abgelehnt. Interessant erscheint in den Ausführungen der Staatsanwaltschaft, dass revolutionäre Zitate des Ex-Black-Panther Mumia Abu-Jamals angeführt werden, um ihn im Licht eines skrupellosen Gewalttäters dastehen zu lassen. Tatsächlich zeigt dies vielmehr, worum es dem Apparat in dieser Inszenierung wirklich ging: die Ausschaltung eines oppositionellen afroamerikanischen Journalisten und Schriftstellers in einem Schauprozess.

Der berüchtigt-rassistische Polizeiapparat von Philadelphias Oberbürgermeister Frank Rizzo in den 70er Jahren war die Zielscheibe der journalistischen Tätigkeit Abu-Jamals. Als Radiojournalist machte er Polizeiübergrieffe in den Black Communities publik und dokumentierte deren äußerste Brutalität. Er wurde populär. Man nannte ihn in Philadelphia „Voice of the Voiceless“ (Stimme der Stimmlosen). Doch der politische Druck nahm zu. Es wurde

ihm immer schwieriger, bezahlte Jobs als Journalist zu bekommen. Schließlich zog man ihn aus dem Verkehr.

Die Kämpfe in Philadelphia zwischen der schwarzen Bevölkerung und der Staatsgewalt kamen 1977/78 zu einem ersten Höhepunkt und spitzten sich neuerlich 1985 zu, als die Polizei dazu überging, das Haus der „Schwarzen“-Organisation<sup>1</sup> MOVE zu bombardieren (sic)

Diese Ereignisse in Philadelphia sind Ausdruck eines allgemeineren Prozesses der Wiedererstarkung „schwarzen“ Selbstbewusstseins seit den 50er Jahren. Dieser Artikel will einen Abriss der Geschichte der Unterdrückung „Schwarzer“ und deren Widerstand liefern.

### **Sklaverei – von der Kolonialzeit bis zum Sezessionskrieg**

Der aufkommende Rassismus im Zeitalter des frühen Kapitalismus kam mit der Wiedereinführung der – seit der Antike überwunden geglaubten – Sklaverei. In den nordamerikanischen Kolonien des britischen Empires entstand im

---

1. Wir setzen die Begriffe „weiß“ und „schwarz“ in diesem Artikel unter Anführungszeichen, um zu signalisieren, dass sie aus rassistischen Gründen problematisch sind. Aus Gründen der sprachlichen Praxis haben wir sie - so gekennzeichnet - dennoch verwendet.

Süden die Plantagenwirtschaft als zentrale Wirtschaftsform. In erster Linie wurde Baumwolle für die Textilindustrie des britischen Mutterlands produziert. Die ausgebeutete Arbeitskraft stammte zu Beginn von „weißen“ EuropäerInnen, die sich als „SklavInnen auf Zeit“ mit der Aussicht auf Land verdingten – oder aber um die Kosten der Überfahrt im Nachhinein abzustottern. Diese zeitlich befristete (vertragliche) Leibeigenschaft dauerte mehrere Jahre. Doch auch schon zu Beginn der anglo-amerikanischen Kolonialgeschichte wurden SklavInnen aus Afrika importiert. Diese waren vorerst aber in der Minderheit. Im ausgehenden 17. Jahrhundert verringerte sich der Zustrom europäischer ZuwandererInnen einerseits aufgrund von einer günstigen Lohnentwicklung für ArbeiterInnen in England, andererseits wegen der zunehmend geringeren Aussicht auf eigenes Land in Amerika, weil dieses knapper wurde. Als Folge stieg die Zahl der auf den Plantagen eingesetzten „schwarzen“ SklavInnen dramatisch an. Bis zur Abschaffung des SklavInnenhandels wird die Zahl aus der afrikanischen Heimat verschleppter Menschen auf geschätzte über 100 Millionen ansteigen, wobei man davon ausgeht, dass deutlich mehr als die Hälfte bereits während der Überführung elendiglich kreperte.

Im Morgenrot der neuen Zeit des erstarkenden Bürgertums mit all den revolutionären Ideen der Aufklärung, die mit dem mystisch-religiösen Mief des mittelalterlichen Feudalismus aufräumten, erscheint es geradezu paradox, dass hier wohl die entwürdigendste Form der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft – die Sklaverei – ihre Renaissance feierte. Dieser Widerspruch ist ein gutes Beispiel, dass eben nicht schöngeistige Ideen den Lauf der Dinge bestimmen, sondern die knallharte Realität der herrschenden Produktionsweise bzw. deren Erfordernisse. Im Falle der Plantokratie der „weißen“ GroßgrundbesitzerInnen war dies eine im wesentlichen nicht-kapitalistische Produktionsweise, die jedoch für den kapitalistischen Markt des kolonialen Mutterlandes produzierte und somit mit dessen Kapitalismus direkt verbunden war. Die immer größer werdende Nachfrage der sich rasch entwickelnden britischen Industriegesellschaft hätte seitens

der Plantagenwirtschaft Nordamerikas ohne SklavInnen nicht bedient werden können.

Um das ideologische Dilemma zu lösen, befeiligte man sich neuer Methoden. Es wurde notwendig, mit geeigneten Theorien zu erklären, warum man einem Teil der Bevölkerung die elementarsten bürgerlichen Rechte verwehrte. Die Geburtsstunde des modernen Rassismus hat geschlagen. Dabei hat dieser wenig zu tun mit Vorurteilen über - oder dumpfen Ängsten vor - fremden, dunkelhäutigen, oder etwa „heidnischen“ Menschen früherer Zeiten. Diese menschlichen Befindlichkeiten gab es wohl immer und spielten eine untergeordnete Rolle. Am Rassismus ist neu, dass er ein ideologisches Konstrukt darstellt, das systematisch von der herrschenden KapitalistInnenklasse eingesetzt wird, um diejenigen Produktionsbedingungen durchzusetzen, die sie benötigt. Wissenschaftlich ist jedoch selbst nach Erkenntnis der Vereinten Nationen der Begriff „Rasse“ nicht haltbar. In unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Kapitalismus und unterschiedlichen Regionen wurde dieses Instrument des Klassenkampfes von Seiten der KapitalistInnen immer wieder adaptiert - hin zu heutigen subtileren Formen des Rassismus.

Der Widerstand der „schwarzen“ SklavInnen war bis zur Zeit der Unabhängigkeitsbewegung im wesentlichen individueller Art. Doch zeigt die Fülle der Berichte über drakonische Strafmaßnahmen und die harte Gesetzgebung, dass die Ausbeutung der SklavInnen nicht ohne aktiven und passiven Widerstand vonstatten ging.

Durch die Kampferfahrung vieler „Schwarzer“ im Unabhängigkeitskrieg und die Ideen der Aufklärung beeinflusst, formierten sich nun „schwarze“ Organisationen. Auch die erfolgreiche Erhebung der SklavInnen und Errichtung eines unabhängigen Staates in Jamaika liefert starke Impulse für das Selbstbewusstsein der versklavten Menschen anderer Länder. Die Ziele sind sehr unterschiedlich. Anhang fanden die Ideen der so genannten „Repatriierung“, die sich die „Rückführung“ der afroamerikanischen Bevölkerung nach Afrika zur Aufgabe machte. Auch etliche „Weiße“ unterstützten diese Anstrengungen – teils aus liberaler Gesinnung, teils aus Sorge um die „rassische Rein-

heit“ der USA. Da die allermeisten SklavInnen bereits in Amerika geboren waren (der Transatlantikhandel wurde 1807 abgeschafft), mussten Projekte dieser Art im Großen und Ganzen scheitern. Auch Organisationen mit dem Ziel der Schaffung „schwarzen“ Lebensraumes in Nordamerika wurden gegründet. Im allgemeinen gab es in dieser Periode ein zaghaftes Erwachen eines „schwarzen“ Nationalismus. Die meisten Organisationen und Zusammenschlüsse waren jedoch sozial-kultureller Natur.

### **Sezessionskrieg, Reconstruction, Restauration**

Im amerikanischen Bürgerkrieg, der durch die Lostrennung und den Zusammenschluss der Bundesstaaten des Südens zu den „Konföderierten Staaten von Amerika“ ausgelöst wurde, wurden die enormen ökonomischen Widersprüche zwischen dem Norden und dem Süden militärisch gelöst. Die Industrie des Nordens hat sich mächtig entwickelt und rangiert hinter der Großbritanniens an weltweit zweiter Stelle. Allein der Bundesstaat Massachusetts hatte einen größeren industriellen Output als die gesamte Konföderation des Südens. Die Richtung der weiteren Entwicklung der Nation wurde durch diesen Krieg entschieden. Der Gedanke der Abschaffung der Sklaverei stand dabei weder im Vordergrund noch war er in der „weißen“ Masse sonderlich populär. In seiner ultimativen Form wurde er erst im Zuge der Eskalation zum Krieg gefordert. Obgleich, von Nutzen war der stattfindende Zustrom „freier Schwarzer“ in die Industriestädte des Nordens als Aufstockung der „industriellen Reservarmee“, wie Marx das Heer von Arbeitslosen bezeichnete, für das Kapital der Nordstaaten ohne Zweifel. Das wesentliche Ergebnis des Kriegs war jedoch die politische Unterwerfung der Plantokratie unter der Herrschaft des Kapitals des Nordens.

Die ersten Jahre nach dem Krieg werden als „Reconstruction“ bezeichnet. Unter der Knute der militärischen Besetzung des Südens durch Unionsarmeen wurden die daraufhin beschlossenen Zusatzartikel zur Verfassung, die die Gleichstellung der „Schwarzen“ bringen sollten, auch im Süden umgesetzt. Es war so etwas wie ein frischer Wind

zu spüren, wengleich sich an der ökonomischen Situation und der sozialen Stellung der „Schwarzen“ kaum etwas änderte.

Nach dem Abzug der Unionstruppen aus dem Süden ging der wieder eingesetzte Verwaltungsapparat auch schon flugs daran, die eben erst durchgesetzten legislativen Verbesserungen durch eine ganze Latte an Zusatzgesetzen auszuhebeln. Auch in den Bundesstaaten des Nordens setzt eine ähnliche Entwicklung ein. In weiterer Folge wurden Gesetze beschlossen, die künftig eine strikte Trennung von „Schwarzen“ und „Weißen“ in allen Bereichen des Lebens herbeiführen sollten. Sie wurden unter dem Begriff „Jim Crow Gesetze“ subsumiert. „Jim Crow“ war zur damaligen Zeit ein Synonym für die Apartheid in den USA. Sie ist eine fiktive schwarze Figur, die oft zur allgemeinen Belustigung von schwarz bemalten „Weißen“ gemimt wurde und aus rassistisch-„weißer“ Sicht das Ideal eines „Schwarzen“ war - tanzend, immer glücklich, unterwürfig, aber auch wild und primitiv. Die „Jim Crow Gesetze“ wurden 1896 durch einen Entscheid des obersten Gerichtshofs quasi bis zur Bürgerrechtsbewegung in den 50er und 60er Jahren des nächsten Jahrhunderts zementiert.

### **Marcus Garvey**

Das Ausmaß der rassistischen Feindseligkeiten und Übergriffe nahm nun eine neue Qualität an. Ungezählte Lynchmorde wurden in den kommenden Jahrzehnten verübt. Das Image des latenten „schwarzen“ männlichen Vergewaltigers wurde aufgebaut, ebenso wie das der willigen „schwarzen“ Hure. Zusammen mit einer rassistischen Justiz führte dies zu Willkürurteilen. Der Höhepunkt der Apartheid in den USA war das Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg. In diesem Klima wuchs eine neue „schwarze“ Massenbewegung empor.

Marcus Garvey war der Sohn proletarischer Eltern aus Jamaika. Er war der Gründer der „schwarzen“ Organisation „Universal Negro Improvement Association“ (UNIA) 1914 in Jamaika. 1916 tat er dies auch in New York und verlegte den Sitz der Organisation dorthin. Seine Bewegung schlug ein wie eine Bombe: Sie hatte zu Beginn der 20er Jahre ein Mitgliedschaft im Millio-

nenbereich, allein in New York über 300.000. Anscheinend schien sie zu verkörpern, wonach die „Schwarzen“ sich sehnten. Dabei spielte weniger der politische Inhalt seines Konzepts eine Rolle als vielmehr sein selbstbewusstes bis militantes Auftreten. Seine Perspektive einer Repatriierung der AfroamerikanerInnen und einer starken, selbständigen, kapitalistischen Entwicklung Afrikas unter maßgeblicher Mithilfe afroamerikanischer Eliten war mehr eine Idee, um die sich kampfeswillige „Schwarze“ sammeln sollten, als ein reales Ziel. Doch durchgängig in seiner Argumentation findet sich ein kleinbürgerlicher Klassenstandpunkt. Das Aufrichten eines selbstbewussten „schwarzen“ Nationalismus war das vorrangige Ziel, auf das er abzielte: Die schlechte soziale Stellung der AfroamerikanerInnen liege daran, dass noch niemand die Kraft, die in Ihnen schlummere, geweckt habe - der allseits bekannte Mythos des „amerikanischen Traums“ in „schwarz“-nationalistischer Ausprägung. Er lehnte die Perspektive einer Integration ab. Einer Zusammenarbeit mit linken Kräften schob er ab 1921 einen Riegel vor. Sein übersteigerter Nationalismus trieb dann auch Blüten in der Form, dass er mit dem Ku-Klux-Klan zusammenarbeitete, weil er in ihm ein „weißes“ Pendant zu seiner Organisation zu erkennen glaubte. Mit der Organisation entstand auch ein beachtliches Firmenimperium, das stark davon profitierte, dass die Mitglieder der UNIA und viele andere „Schwarze“ versuchten, wann immer möglich „schwarzes“ Kapital zu fördern.

Nachdem man Marcus Garvey aus nichtigen Gründen zwei Jahre inhaftierte und danach nach Jamaika auswies, brach seine Bewegung nach 1925 zusammen. Durch seinen Massenanhang und seinen Einfluss auf die „schwarzen“ Massen über die Zeit des Bestands der UNIA hinaus war er auch wichtiges Thema in den Diskussionen der Vierten Internationale.

### **Gewerkschaften, Zweite, Dritte und Vierte Internationale**

Die Gewerkschaften waren damals praktisch den „weißen“ ArbeiterInnen vorbehalten. Die wichtigste Gewerkschaft in den USA war die AFL. Diese war sehr elitär und organisierte die

ArbeiterInnen nicht nach dem Industriegruppenprinzip, das versucht alle ArbeiterInnen einer Branche in einer Gewerkschaft zusammenzufassen, sondern nach Berufsgruppen (unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Industrie). Da die meisten „Schwarzen“ ungelernete ArbeiterInnen waren, waren sie von einer Organisierung über die AFL (American Federation of Labor) ausgeschlossen. Die einzige Ausnahme bis zur Gründung der CIO (Congress of Industrial Organisations) in den 30er Jahren, die dann auch aktiv auf die „schwarzen“ ArbeiterInnen zuging, blieb die anarcho-syndikalistische IWW (Industrial Workers of the World).

Eine ähnliche Nichtbeachtung des Problems der rassistischen Spaltung der ArbeiterInnenklasse erfuhr diese durch die sozialdemokratische Zweite Internationale. Zwar schwor man im Prinzip dem Rassismus ab, doch zeigte er sich in der Praxis, indem die zivilisatorische Funktion des Imperialismus betont und der Nationalismus unterdrückter Völker auf die selbe Stufe wie der Rassismus und Nationalismus imperialistischer Länder gestellt wird. Diese enge Verbundenheit der führenden Köpfe der Zweiten Internationale mit der jeweils eigenen Bourgeoisie führte letztlich auch zu deren Scheitern mit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs.

Die Dritte (also die kommunistische) Internationale machte den entscheidenden theoretischen Schritt, qualitativ zwischen Nationalismus unterdrückter Völker und dem des Imperialismus zu unterscheiden. Die bürgerliche Forderung nach nationaler Selbstbestimmung wurde ausnahmslos unterstützt.

Die Frage des „schwarzen“ Nationalismus in den USA diskutierte dann vor allem die Vierte Internationale an Hand praktischer Agitation. Wichtig war hier der Beitrag Trotzki's, dass das Entscheidende für KommunistInnen in der Frage der Definition eines Volkes die subjektive Wahrnehmung ist, nicht das Erfüllen irgendwelcher objektiver Kriterien. Sein Zugang war, dass die „Schwarzen“ in den USA bedingungslos zu unterstützen seien, wenn sie eine nationale eigenständige Entwicklung wünschen, egal ob sie formal der Definition einer eigenen Nation genügen. Offensiv sollte eine eigenständige nationale Entwick-

lung aber nicht propagiert werden, weil ein letztendliches Ziel einer kommunistischen Internationale ja gerade in der Überwindung des Nationalismus liege.

### **Die Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er**

Überproportional viele Afroamerikaner kämpften im Zweiten Weltkrieg Seite an der Seite „weißer“ Soldaten und wurden dabei erstmals einigermaßen gleichberechtigt behandelt. Zurückgekommen in die USA wurde ihnen das noch immer herrschende Apartheitsregime schließlich unerträglich - und es entstand eine breite Bewegung gegen die rassistische Unterdrückung. Herausragende Figur in der Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er war der Baptistenpastor Martin Luther King. Als damals noch Unbekannter stellte er sich 1955 an die Spitze des „Montgomery Bus Boycott“, der nach der Weigerung der „Schwarzen“ Rosa Parks ihren Bus-sitzplatz einem „Weißen“ zu überlassen und ihrer Verhaftung, zu einem Massenprotest anwuchs. Nach 381 Tagen wurde dieser Kampf gewonnen und die Trennung von „Schwarzen“ und „Weißen“ in Bussen per Gerichtsbeschluss aufgehoben. Von Anfang an machte King klar, dass für ihn nur gewaltfreier Widerstand in Frage kam. Seine gewaltfreie und pazifistische Grundgesinnung wurzelte in seinem christlichen Weltbild und wurde von ihm bis zu seinem Tod hochgehalten. Dies war eine der Hauptschwächen des Flügels der Bürgerrechtsbewegung um King – vor allem der „Southern Christian Leadership Conference“ (SCLC).

Als sich in den 60ern immer mehr „Schwarze“ radikalisierten, bleiben die Forderungen der moderaten Kräfte immer mehr hinter diesen zurück. Die Orientierung auf rein legalistische Ziele beseitigt weder den Rassismus noch dessen Ursachen. So gingen diese Ziele vielen „Schwarzen“ bald nicht weit genug. King selbst machte diesbezüglich selbst ebenfalls eine Entwicklung durch und bezog sich zunejmend auf die „schwarze“ ArbeiterInnenklasse und deren soziale Probleme. Freilich war sein Zugang ein christlich-moralistischer, der die sozialen Bedingungen als ungerecht empfindet. Dennoch wurde auch seine Rhetorik zusehends radikaler und brandmarkte den Kapitalismus

als falsches System. Nach anfänglichem Zögern aus Furcht, liberale PartnerInnen zu verprellen, bezog er ab 1965 klar Stellung gegen den Vietnamkrieg. Die berühmte „I have a dream“-Rede, in der er von der Vision von freien und gerechten Vereinigten Staaten spricht, hielt er 1963 auf einer Demonstration von 250.000 Menschen.

Ein Verdienst der gewaltlosen, pazifistischen Bürgerrechtsbewegung war sicherlich, dass sie große „schwarze“ Massen mobilisierte und in die Bewegung zog. Als kleinbürgerliche Bewegung formulierte sie die Forderungen einer mittlerweile entstandenen „schwarzen“ Mittelschicht. Eine weitergehende Perspektive für die „schwarzen“ ArbeiterInnen fehlte ihr. Sie markierte den Beginn einer Periode eines verstärkten Kampfs der „Schwarzen“ in den USA. Neben der SCLC, der SNCC (siehe unten) sind die „National Association for the Advancement of Colored People“ (NAACP), die bis zu Beginn der Bewegung die größte „Schwarzen“-Organisation war, und der „Congress of Racial Equality“ (CORE) als Teile der Bewegung zu nennen.

Martin Luther King wurde 1968 ermordet. Man meint, dass der FBI das Attentat organisierte. Nach seinem Tod erlahmte die Bewegung ab 1970.

### **Black Power**

1960 wurde das „Student Nonviolent Coordinating Committee“ (SNCC) gegründet. Es ist Teil der Bürgerrechtsbewegung, das jedoch schon einen kämpferischeren Ton anschlägt und die Anbiederung an „weiße“ Liberale vor allem der Demokratischen Partei immer schärfer kritisieren. Als 1965 Stokely Carmichael den Vorsitz übernimmt, setzt eine weitere Radikalisierung der Organisation ein. Mit der Politik der Anlehnung an „weiße“ Liberale wurde nun endgültig gebrochen. Der Slogan „Black Power“ seiner 1967 verfassten Schrift demonstriert die Ausrichtung auf einen selbständigen schwarzen Nationalismus. „Weiße“ Mitglieder wurden aus der Organisation hinausgeworfen. Dem Prinzip der Gewaltlosigkeit wurde nach der Ermordung Kings abgeschworen. 1969 ändert die Organisation dann unter Carmichaels Nachfolger ihren Namen in „Student National Coordinating Committee“.

Was für die „schwarzen“ Massen militant und kämpferisch erschien, wurde von einer privilegierten „schwarzen“ Mittelschicht bis hin zu einer kleinen „schwarzen“ Bourgeoisie als der Kampf um bessere Möglichkeiten für „schwarzes“ Business interpretiert. Dieses Konzept der „schwarzen“ All-klassenfront gegen die „Weißen“ war eine Sackgasse und 1970 löste sie sich auf. Carmichael war bereits 1968 nach Guinea ausgewandert.

### **Malcolm X**

Dem Charisma Malcolm X' war es zu verdanken, dass er Ende der 50er Jahre als eine Symbolfigur des revolutionären schwarzen Nationalismus galt. Er eröffnete seiner Organisation, der „Nation of Islam“, die oft auch als „Black Muslims“ bezeichnet wird, Zugang zu neuen Schichten Jugendlicher und Studierenden. Diese Organisation wurde 1930 von Elijah Muhammed gegründet und ist nationalistisch separatistisch ausgerichtet. Malcolm trat ihr 1952 bei. Vor ihrem moslemischen Hintergrund hat ihre rigorose Abschottung von den Kämpfen der Bürgerrechtsbewegung etwas von einer religiösen Sekte. Auch betrachtete die Nation of Islam alle „Weißen“ als böseartig und erklärte sie somit ohne Klassendifferenzierung pauschal zum Gegner. Die Weigerung Muhammeds, mit Nicht-Moslems zusammenzuarbeiten, war eine gravierende Differenz zu Malcolm, der der Ansicht war, in der Bewegung intervenieren zu müssen, um sie zu revolutionieren. Doch der Hauptknackpunkt zwischen den beiden Aktivisten, der dann 1964 zum Bruch führte, war die Frage nach einem sozialen Programm, das nicht unmittelbar etwas mit dem Fernziel einer Nation mit eigenem Territorium zu tun hat. In dieser Phase der Loslösung geriet Malcolm immer stärker unter sozialistischen Einfluss. Den Widerspruch zwischen dem Anspruch, „Schwarze“ organisieren zu wollen, und dem, die ArbeiterInnenklasse als Ganzes zusammenzuführen, löste er in einem Zwei-Phasen-konzept auf, in dem er für die erste Phase die Notwendigkeit eines rein „schwarzen“ Zusammenschlusses sah, um diesen dann in einer weiteren auf die gesamte ArbeiterInnenklasse auszudehnen. Wenn es auch grundsätzlich richtig ist, dass vom Rassis-

mus Betroffene sich zusammenschließen sollen, um gemeinsam gegen ihn anzukämpfen, würde die Umsetzung von Malcolms Konzeption bei ihrer Ausschließlichkeit die Möglichkeit stark beeinträchtigen, dass relevante Klassenkämpfe entstehen.

1964 gründet Malcolm eine neue Organisation mit dem Namen „Organisation of Afro-American Unity“ (OAAU). Malcolms Rhetorik nahm im letzten Jahr vor seiner Ermordung 1965 verstärkt antikapitalistische Züge an. Seine Ideen zu Bildungsmaßnahmen erinnern oft an utopisch-sozialistische Modelle. Insgesamt blieb er aber im Wesentlichen auf dem Niveau reformistischer Forderungen stehen.

### **Black Panther Party**

Die Partei wurde im Oktober 1966 von Huey P. Newton und Bobby Seale unter dem Namen „Black Panther Party for Self-Defense“ gegründet. Sie war die fortschrittlichste „schwarze“ Organisation von Relevanz in jener Zeit und verstand sich selbst als marxistisch-leninistisch. Wie der offizielle Name bereits verrät, war der bewaffnete Schutz der eigenen Organisation ebenso von Beginn an eine zentrale Aufgabe wie jener von „schwarzen“ Vierteln. Das bei der Gründung entstandene Programm umfasste folgende zehn Punkte:

- Freiheit und Selbstbestimmung,
- Beschäftigung,
- ein Ende der Ausbeutung,
- menschenwürdige Wohnungen,
- ein reformiertes Bildungssystem,
- die Freistellung vom Militärdienst,
- ein Ende der willkürlichen Polizeigewalt,
- die Freilassung aller schwarzen Gefangenen wegen Benachteiligung während der Verhandlungen,
- faire Gerichtsprozesse vor schwarzen Geschworenen und durch schwarze Ankläger sowie
- einen Volksentscheid unter der schwarzen Bevölkerung über deren nationales Schicksal

Nach einem Jahr besaß die Partei bereits über 700 Mitglieder und wuchs weiter. 1968 benannte sie sich in „Black Panther Party“ um. Die von ihr herausgegebene Zeitschrift „The Black Panthers, Black Community News Service“ hatte 1969 eine Auflage von 125.000 Stück. Zu Beginn der 70er Jahre war

die Partei auf mehrere tausend Mitglieder mit hundert Ortsgruppen angewachsen. Populär wurde sie durch ihr militantes Auftreten und ihren bewaffneten Widerstand. Sie richtete außerdem große soziale Hilfsprojekte für die „schwarzen“ Massen ein und versorgte Ende der 60er Jahre beispielsweise 30.000 Kinder mit Frühstück, installierte medizinische Einrichtungen und sorgte auch für „schwarze“ Bildung. Mit der alsbald einsetzenden und immer stärker werdenden Repression seitens des Staats wurden immer mehr Gelder für Gerichtskosten und Kaution verwendet, sodass diese Projekte mit der Zeit aufgegeben werden mussten.

Als subjektiv linksradikale Partei erkannten die Black Panthers den Klassenkampf an und lehnten ein Bündnis mit „schwarzen“ KapitalistInnen ab. Zur Zusammenarbeit mit „weißen“ linksradikalen Organisationen waren sie hingegen bereit. Dies zeichnet sie vor anderen „schwarzen“ nationalistischen oder separatistischen Organisationen aus. Vom Stalinismus beeinflusst, hingen die Panthers allerdings einem Etappenkonzept an, das in einer ersten Phase die Formierung der „schwarzen“ Ausbeuteten verlangt. In einer weiteren sollen dann die „weißen“ Klassenbrüder und -schwestern gewonnen werden. Doch durchaus auch vom schwarzen Nationalismus beeinflusst arbeiteten sie die Theorie der „Kolonie im Mutterland“ aus. Sie sehen die „Schwarzen“ als kolonisierte Nation im Mutterland USA.

Für Lenin, aber auch Trotzki war es wesentlich, dass die Einheit der ArbeiterInnenklasse anzustreben sei. Deshalb forderten sie in jedem Land, auch in Vielvölkerstaaten, eine einheitliche politische Organisation, und keine auch nur anfänglich getrennte. Allerdings ist den unterdrückten Minderheiten, und damit auch den national oder rassistisch Unterdrückten, die Möglichkeit zu geben, im Rahmen der Organisation getrennte Treffen zu organisieren, in denen sie ihre speziellen Probleme diskutieren und dann in die Gesamtpartei hineinbringen können. Diese ist dann verpflichtet, die aufgeworfenen Probleme aufzugreifen und einer Lösung zuzuführen.

Aus einer schwammigen Analyse heraus, die der späteren Postmoderne ähnelt, waren für die Black Panther

Party diejenigen städtischen „Schwarzen“, die größtenteils in der Produktion nicht eingegliedert, oft langzeitarbeitslos und deklassiert, dafür aber sehr radikal waren, das revolutionäre Subjekt. Das klassische Proletariat sei im Niedergehen und habe historisch durch eine Transformation des Kapitalismus ausgedient. Mit dieser Einstellung konnte sich die Partei nicht in der werktätigen ArbeiterInnenklasse verankern. Die soziale Zusammensetzung der Partei bestand dementsprechend hauptsächlich aus sozial Entwurzelten. Da sie so nicht in den Produktionsprozess hineinwirken konnten, blieb ihr Einfluss auf die kapitalistische Gesellschaft begrenzt.

In den Diskussionen der Partei spielte die damals sehr populäre Guerillastrategie eine immer größere Rolle, was wohl wiederum nicht zuletzt dem stalinistischen Einfluss geschuldet ist. Köpfe wie Guevara, Ho Chi Minh und andere Guerilleros jener Zeit standen bei den Panthers hoch im Kurs. So wundert es auch nicht, dass auch innerparteilich ein äußerst undemokratisches Regime mit Personenkult vor allem um Newton herrschte.

Von Beginn an war die Partei den üblichen Schikanen gegen „schwarze“ Organisationen ausgesetzt, doch durch ihren großen Erfolg wurde die Repression weiter erhöht. Bis 1970 wurden 40 Panther ermordet, 85 schwer verletzt. Allein in den Jahren 1968 und 1969 wurden 740 von ihnen verhaftet. Das FBI nahm die Partei schließlich in ein spezielles illegales Programm auf, das COINTELPRO (COunter INTElligence PROgram), das auf die Störung von unliebsamen politischen Organisationen innerhalb der USA abzielte. Agenten wurden eingeschleust, Briefe gefälscht, willkürliche Verhaftungen durchgeführt, usw. Die Aktionen des FBI hatten Erfolg; die innerparteilichen Spannungen nahmen zu. Schließlich führte dann in diesem gereizten Klima die Frage der weiteren Strategie zur Spaltung der Partei: Die Fraktion um Newton wollte trotz der heftigen Repression weiter legale Politik in den Stadtteilen machen, die Fraktion um Eldridge Cleaver in den bewaffneten Untergrund gehen. Politisch hatte sich außerdem Newton weiterentwickelt und die Theorie der Nation im Mutterland aufgegeben, Cleaver behielt sie bei. Für die Ausrichtung der politischen Ziele ist dies

keine unwesentliche Differenz. Die endgültige organisatorische Spaltung vollzog sich 1973. Die Gruppe um Cleaver verschwand in der Versenkung, die stark geschrumpfte Restpartei um Newton konnte sich noch bis in die 80er Jahre halten und löste sich dann auf.

Letztlich ist die Black Panther Party trotz vieler fortschrittlicher Ansätze an der falschen Ausrichtung, nicht eine Verwurzelung in der ArbeiterInnenklasse zu suchen, sondern im Lumpenproletariat der Städte die Speerspitze der Kämpfe zu sehen, gescheitert. Als logische Folge blieb dieser Kampf dann auch stets auf der Straße und nahm so halb-militärische Züge an, ohne in irgendeiner Form Einfluss auf die gesellschaftliche Produktion nehmen zu können. Dieser Kampf auf der militärischen Ebene gegen die Bourgeoisie mit ihrem Staat rein musste ob der hoffnungslos ungleichen Kräfteverhältnisse auf Dauer in der Niederlage enden.

### **Und heute? Aktuelle Proteste in Louisiana**

Am 20. September 2007 strömten über 10.000 Menschen in die Kleinstadt Jena in Louisiana, um gegen die rassistische Justiz des Staates zu demonstrieren. Vergangenen Spätsommer hatte es ein „schwarzer“ Jugendlicher an der örtlichen Schule gewagt, sich unter einen Baum zu setzen, der einem ungeschriebenen Gesetz zufolge nur für „weiße“ SchülerInnen „reserviert“ war. Am nächsten Tag fanden sich dann am Baum Galgenschlingen, ein Symbol der rassistischen Lynchjustiz in der US-amerikanischen Geschichte. An der Schule heizte sich daraufhin die Stimmung auf, bis dass im Dezember 2006

bei einer Prügelei ein „weißer“ Schüler verletzt wurde. Daraufhin wurden sechs „schwarze“ Schüler, die an dieser Prügelei beteiligt waren, wegen Mordversuchs angeklagt.

Auch wenn auf Druck der Proteste, die seither stattfanden, die Anklage deutlich abgemildert wurde, zeigt der Vorfall, dass die rassistische Unterdrückung in den USA bis heute aktuell ist und von „schwarzen“ AktivistInnen gemeinsam mit der ArbeiterInnenbewegung gelöst werden muss.

### **Quellen**

Workers Power (1995): Racism: what it is and how to fight it; in: Socialism and Black Liberation, Russell Press, Nottingham

Workers Power (1995): The legacy of black nationalism; in: Socialism and Black Liberation, Russell Press, Nottingham

Workers Power (1995): Martin Luther King – A dream deferred; in: Socialism and Black Liberation, Russell Press, Nottingham

Workers Power (1995): Malcolm X – By any means necessary; in: Socialism and Black Liberation, Russell Press, Nottingham

Workers Power (1995): Stokely Carmichael – From Civil Rights to Black Power; in: Socialism and Black Liberation, Russell Press, Nottingham

Workers Power (1995): Black Panthers – Seize the time!; in: Socialism and Black Liberation, Russell Press, Nottingham

Shokran, Kaneshka (2005): Schwarzer Nationalismus und die Position der 3. und 4. Internationale; in: Schwarze Befreiung und revolutionäre Bewegung in den USA und Südafrika, Marxismus Nr. 26, Wien

<http://www.mumia.de>

<http://www.freethejena6.org>

Die SPÖ-Stadtregierung will - im Zuge weiterer Liberalisierungsmaßnahmen - auch Wienstrom zerschlagen. Davon sind direkt tausende ArbeitskollegInnen betroffen.

## WIENSTROM darf nicht zerschlagen werden!

### **Liebe ArbeitskollegInnen!**

Im Herbst 2007 ist es so weit.

Diesmal geht es nicht nur um die Auflösung von Arbeitsplätzen. Hier geht es um das Herzstück der Wiener Elektrizitätswerke, um sein Stromnetz. Strom kann ohne Netz nicht fließen. Aber wenn es um die Bereicherung an der menschlichen Grundversorgung geht, dann werden sogar die physikalischen Gesetze außer Kraft gesetzt und der Strom vom Netz getrennt.

Als Vorbild für die Enteignung der E-Werke (Wienstrom) steht das britische Bahnnetz. Es wurde privatisiert, ausgegliedert und verkauft. Es brachte einer verschwindenden Minderheit ein unvorstellbares Vermögen. Heute ist das Netz vollkommen sanierungsbedürftig und seine Erhaltung kostet die SteuerzahlerInnen Milliarden Euro. Zieht man aus der Privatisierung eine Bilanz, dann ist sie eine finanzielle und menschliche Katastrophe. Auf der einen Seite wurden Wenige zu Millionären, auf der anderen Seite kamen hunderte Menschen am kaputt gesparten Bahnnetz um ihr Leben.

Während die SPÖ-Stadtregierung von sozialer Gerechtigkeit sprach, hat sie den WienerInnen ihre kommunale Grundversorgung genommen, indem sie diese in Privatgesellschaften umgewandelt hat. Wenn man nach den Gründen forscht, wofür das gut sein soll, dann kommt immer das gleiche Ergebnis heraus: Die Privatisierung dient einzig und alleine der Kapital- und Vermögensbildung in privater Hand, auf Kosten der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Einen anderen Grund gibt es nicht. Daraus lässt sich ableiten: Wer auch immer die Gesetze für die Bereicherung an der Grundversorgung schafft, der handelt vorsätzlich gegen die Interessen der Bevölkerung.

Am Beispiel der Privatisierung der Grundversorgung in Deutschland, Italien, England und USA sehen wir, dass für viele ArbeitnehmerInnen die Grund-

versorgung zu einem Luxusartikel geworden ist. Während die Privatgesellschaften an der Grundversorgung immer reicher werden, vermehrt sich die Zahl der Menschen, für die es immer schwieriger wird, sich die „privatisierte“ Grundversorgung leisten zu können.

Es ist für den Widerstand nicht zu spät. Nehmen wir die Magistratsabteilung 48 als Vorbild, die mit viel weniger Personal gegen ihre Zerschlagung ankämpfte. Sie haben mit ihrem Mut die weitere Privatisierung vorerst gestoppt. Stehen wir zu unseren Arbeitsplätzen und zu unserer Zukunft, stehen wir zur Sicherung der Grundversorgung der WienerInnen. Sorgen wir dafür, dass die Grundversorgung der Menschen nicht durch die Profitgier der Holding AG erdrückt wird. Dabei geht es nicht nur um die Zukunft der Grundversorgung, sondern auch um unsere Zukunft, unsere Einkommen, unsere Absicherung der Arbeitsplätze und Pensionen.

Die EU? Eine faule Ausrede. Die EU-Bürokratie kann dieser oder anderer Meinung sein, sie kann das mögen oder ablehnen, aber die Exekution führt die SPÖ durch. Ich hoffe, dass sich diesmal die GewerkschafterInnen der SPÖ, ohne wenn und aber, ohne billige Vorwände und Ausreden, vor ihre ArbeitskollegInnen stellen werden. Denn schließlich beschließt die SPÖ-Mehrheit im Gemeinderat/Landtag, und nicht die EU, die Zerschlagung der Wiener Elektrizitätswerke.

Es liegt an uns, die Einrichtungen, die der Grundversorgung der WienerInnen dienen, vor den privaten GeschäftemacherInnen zu schützen. Setzen wir daher gemeinsam ein Zeichen des Protests und wenn notwendig auch Kampfmaßnahmen gegen die Zerschlagung der Wiener Elektrizitätswerke.

Euer Personalvertreter *Gilbert Karasek*

Thesen der GRA zu

# Klimawandel und Kapitalismus

Klimawandel ist derzeit in aller Munde: Die bürgerliche Sensationspresse delectiert sich an Horrorszenarien und malt blutrünstige Bilder einer größtmöglichen Vielzahl an potentiellen Naturkatastrophen; andererseits geizen die Eliten der Bourgeoisie nicht mit entgegen gesetzter Beschwichtigung - Motto: „Alles halb so wild - wir haben die Sache schon im Griff“. Bestes Beispiel hierfür die Klimastrategie der österreichischen Bundesregierung, mit der sie das Kyoto-Ziel in den nächsten fünf Jahren noch erreichen will, wohl wissend, dass sie sich Jahr für Jahr mehr davon entfernt. Die Horror-AnhängerInnen wiederum fragen sich, was dereinst völkerrechtlich mit dem Südseestaat Tuvalu passieren soll, dessen Hoheitsgebiet schon in den nächsten zehn Jahren im Meer versinken könnte.

Bei nüchterner Betrachtung beweisen beide Extreme vor allem eines, nämlich den Fehler der ArbeiterInnenklasse, die Medien den Bürgerlichen und ihren Verdummungs- und Vertuschungskampagnen zu überlassen. Wenn man jedoch Studien etwas ernst zu nehmender bürgerlicher WissenschaftlerInnen berücksichtigt, so muss man doch feststellen, dass die Wahrheit etwas näher bei den PanikmacherInnen als bei den BeschwichtigerInnen liegt.

Als MarxistInnen haben wir den Vorteil, den dialektischen Charakter der Auswirkungen des ständig steigenden Treibhausgasausstoßes ganz gut zu verstehen: Nicht jede Tonne CO<sub>2</sub>, die in den Äther geblasen wird, bewirkt den gleichen Schaden (also etwa eine proportionale globale Temperaturerhöhung); nein, der Klimawandel ist von quali-

tativen Sprüngen geprägt. In diesem Zusammenhang sei das Beispiel Sibirien genannt, wo in den Permafrostböden abertausende Tonnen des aggressiven Treibhausgases Methan (CH<sub>4</sub>) gespeichert sind, die nicht in die Atmosphäre geraten, weil die Böden dort immer gefroren sind. Ist jedoch einmal ein bestimmtes Maß an CO<sub>2</sub> in der Luft, das eine Temperaturerhöhung um eine kritische Marke von ca. zwei Grad bewirkt, so tauen die Böden Sibiriens auf, was binnen weniger Jahre eine Verdoppelung des globalen Methanausstoßes zur Folge hätte. Dies wiederum würde die Temperaturen weltweit äußerst rasch in die Höhe schnellen lassen, was - wenn überhaupt - nur in tausenden von Jahren reversibel wäre.

Grund genug für uns als RevolutionärInnen, sich mit dem Thema Klimawandel auseinanderzusetzen, mag es dem einen oder der anderen auch schon beim Hals heraushängen.

## 1. Notwendigkeit für RevolutionärInnen, sich umweltpolitischen Fragen (insbesondere den Klimawandel betreffend) zu widmen

### „Unterschied zwischen „traditionellem“ Umweltschutz und der Klimaproblematik

„Traditioneller“ Umweltschutz hat in der Vergangenheit vielfach berechtigte Themen vertreten bzw. vertritt sie

immer noch: Man denke an die Anti-AKW-Bewegung, den in Mitteleuropa schon fast vergessenen Kampf gegen den sauren Regen und das von ihm verursachte Waldsterben oder beispielsweise an die Bestrebungen zum Sauberhalten des Grundwassers, der Flüsse und der Weltmeere.

Teilweise agieren die meist kleinbürgerlichen „UmweltschützerInnen“ in anderen Bereichen tendenziell fortschrittsfeindlich: Bei aller berechtigter Skepsis gegenüber Auswirkungen unkontrollierter Nutzung der Gentechnik ist deren pauschale Ablehnung durch Greenpeace & Co. eher einer primitiven „MaschinenstürmerInnenmentalität“ zuzurechnen. Ähnliches gilt für den Landschaftsschutz: Kostbare Naturräume sollen zweifellos erhalten bleiben, aber es ist durchaus denkbar, dass ein Wasserkraftwerk in einem Naturschutzgebiet der Umwelt unterm Strich mehr bringt, als ein paar gerettete Enten und fünf Kohlekraftwerke in unmittelbarer Nähe. Offen reaktionäres Gedankengut - und damit sind wir am unteren Ende der Öko-AktivistInnen-Skala angelangt - vertreten manche TierschützerInnen, die obskure Rassentheorien von Verhaltensforschern wie Eibl-Eibesfeldt auf Menschen umlegen.

Die Gemeinsamkeit aller dieser Thematiken (außer vielleicht der AKW-Frage) besteht darin, dass es dabei um die Zerstörung begrenzter Gebiete, Pflanzen- oder Tierespezies geht, deren Verlust tragisch für den Menschen sein mag, seine Lebensbedingungen durchaus verschlechtern, aber nicht substantiell gefährden kann. Als Beispiel sei nochmals der saure Regen genannt:

Schwefelsäure, Schwefeldioxid oder Stickoxide, die aus der Verbrennung (Autos, Industrieanlagen) fossiler Energieträger entstanden und die Luft gelangt sind - und die Versauerung der Niederschläge bewirkt haben, richteten ihre Schäden an der Vegetation (bedingt durch ihre chemische Beschaffenheit) in einem Umkreis von wenigen hundert Kilometern an. Das bedeutet, dass für das österreichische Waldsterben vorwiegend die österreichischen Fabriken verantwortlich waren.

Das ist beim Klimaschutz anders: Der jüngst veröffentlichte UNO-Klimabericht (der, wie man weiß, auf Grund zahlreicher Interventionen bürgerlicher StaatschefInnen eher am untersten Niveau des zu Erwartenden berichtet) geht davon aus, dass eine Temperaturerhöhung der Erde um ca. zwei Grad Celsius in bereits weniger als dreißig Jahren annähernd unumkehrbar ist - mit allen Konsequenzen (Naturkatastrophen), die dies nach sich zieht. Es geht daher darum, eine weitere Erwärmung in kürzestmöglicher Zeit zu unterbinden. Die bereits eingetretenen Klimaschäden sind irreversibel und werden das Leben der Menschen in Zukunft massiv beeinträchtigen: In Österreich werden wir uns tatsächlich auf milde Winter und sehr heiße Sommer einstellen können. Die Ski-FreundInnen werden sich langfristig mit Skandinavien vertraut machen müssen. Der Neusiedler See dürfte uns noch eine Weile erhalten bleiben, von den Gletschern sollte man aber langsam erste Erinnerungsfotos schießen. Die Jahrhunderte werden extrem kurz, weil die nach ihnen benannten Hochwasser immer regelmäßiger auftreten werden. Der österreichische Rotwein wird exzellent schmecken, der Weißwein für viele etwas zu süß. Die heuer gestarteten ersten Versuche zum Reisanbau im Marchfeld könnten bald das Landschaftsbild prägen. In den Städten werden wir uns dafür mit allerlei Ungeziefer vertraut machen müssen, das wir sonst nur aus dem Urlaub im Süden kennen. Diese Veränderungen sind freilich noch gar nichts gegen das, was die Menschen in anderen Regionen erwartet (ungerechterweise sind die wirtschaftlich benachteiligten Länder um den Äquator auch geographisch im Nachteil und werden dem Klimawandel überhaupt nichts Positives abgewinnen können). Um nicht selbst

den zuvor kritisierten KatastrophenpredigerInnen zugerechnet zu werden, unterlassen wir jedoch eine ausführlichere Schilderung der weltweiten Konsequenzen dieser offenbar unabwendbaren Temperaturerhöhungen.

Was uns diese Schilderungen aber sehr wohl zeigen können, ist, dass nicht die abstrakte „Natur“ (ein ohnehin idealistisches, also abzulehnendes Denkkonstrukt), um die die UmweltschützerInnen immer so besorgt sind, in Gefahr ist. Das Klima wird sich ändern - mit ihm die Vegetation. Manche Tierarten werden aussterben, andere werden dafür neue Nischen finden.

Wer tatsächlich in Schwierigkeiten steckt, ist die Gattung *Homo sapiens*. Für den Menschen, zumindest für seine historisch etablierten Lebensweisen, könnte es in vielen Gegenden bald ziemlich ungemütlich werden. Das ist ein erster qualitativer Unterschied zu den vorher genannten „normalen“ Umweltproblemen.

Der zweite besteht darin, dass die Auslöser des Klimawandels nicht mehr lokalen Ursprungs sind und somit auch nicht mehr lokal bereinigt werden können. Selbst wenn die Lügenkampagne rund um Gusenbauer und Prölls Klimastrategie tatsächlich korrekt wäre, ja selbst wenn in Österreich überhaupt kein Kohlendioxid mehr ausgestoßen würde, selbst dann würde der Klimawandel mit der annähernd gleichen Intensität eintreten wie ohne unter diesen Umständen. Das trifft nicht nur auf einen Mini-Imperialismus wie auf Österreich, sondern sogar auf die ganze EU zu. Das Problem des Klimawandels wird nämlich global verursacht und ist daher nur global lösbar, was wegen der Rivalität der einzelnen Imperialismen untereinander annähernd undenkbar ist.

### **Zusammenhang Kapitalismus und Klimawandel**

■ Es widerspricht der Funktionsweise des Kapitalismus, Probleme zu bekämpfen, die die unmittelbare Produktion und den mittelfristigen Profit nicht gefährden. Das Modewort „Nachhaltigkeit“ steht also per se im Widerspruch zur Destruktivkraft der Gesetze des freien Marktes.

■ Durch anders gelagerte Profitinteressen, fehlende Planung und tendenziell irrationales Marktverhalten werden

überlegene Technologien häufig verspätet, selten oder auch gar nicht eingesetzt (Wasserstoffmotor als eines von unzähligen Beispielen).

■ Ein Kapitalist investiert lieber in kurzfristig rentablere Bereiche als in komplexe Forschung, oder gibt sie überhaupt für objektiv sinnlose Werbung aus.

■ Der bürgerliche Staat hat „Pflichten“ wie Rüstung, Repressionsapparat, etc., die das Budget für Forschung stark beschneiden (laut UNO wären ungefähr 80% der weltweiten Rüstungsausgaben notwendig, um das Problem des Klimawandels zu beseitigen).

■ Forschung ist im Kapitalismus generell dem Profit untergeordnet. Durch fehlende Planung gibt es zudem viele Doppelgleisigkeiten.

■ Maßnahmen gegen den Klimawandel würden die Existenz starker bürgerlicher Staaten und internationaler Apparate bedingen, die die kapitalistischen Gesamtinteressen gegen die kursichtigen unmittelbaren Profitinteressen durchsetzen. Im Zeitalter des Neoliberalismus zeichnet sich eine Ausweitung der staatlichen Markteingriffe oder etwa der UNO beim besten Willen nicht ab.

■ Der Klimawandel ist ein internationales Problem, dessen Lösung im kapitalistischen Wettstreit der Staaten um Standortvorteile kaum lösbar ist (siehe: zahnloses Kyoto-Protokoll). Sollte es dem Kapitalismus einmal tatsächlich ernst sein mit Maßnahmen - etwa über die WTO - gegen den Klimawandel, so wären Kraftanstrengungen wie heute gegen die „Schurkenstaaten“ nötig. Nur: selbst jetzt hat man die wenigen „Schurkenstaaten“ nicht im Griff - in Fall Klimawandel wäre die Anzahl der GegnerInnen noch ungleich größer. Außerdem wären die Imperialismen, die solche Maßnahmen anstreben, mit ihrem nationalen Kapital, das ja im Fall hoher Umweltstandards liebend gerne bei den „UmweltsünderInnen“ produzieren lassen würde, noch stärker mit den Öko-Schurkenstaaten verbunden als das heute der Fall ist. Es ist zwar richtig, dass mit dem Atomwaffensperrvertrag einmal bei einem ähnlichen Thema ein solcher Kraftakt gelungen ist, das war aber der historischen Einmaligkeit des kalten Krieges geschuldet. Und selbst dieser beginnt heutzutage bekanntlich immer mehr zu zerfransen.

■ Der Kapitalismus ist krisenanfällig: in Krisenphasen wird er also andere Sorgen haben als sich dem Klimawandel zu verschreiben.

## Konsequenzen

Klimawandel ist nur einer von vielen vom Kapitalismus verursachten Missständen, deren dauerhafte Aufhebung in Summe nur durch eine Beseitigung des Systems möglich ist. Mit jedem weiteren Jahr kapitalistischer Ausbeutung (der ArbeiterInnen genauso wie der natürlichen Ressourcen) werden die „Eintrittsbedingungen“ in die sozialistische Gesellschaft erschwert. Die Dringlichkeit und Wichtigkeit für die ArbeiterInnenbewegung, dieses Thema zu einem ihrer zentralen Agitationsmittel für eine sozialistische Gesellschaft zu machen, liegt im zeitlichen Faktor. Irgendwann (vielleicht noch in diesem Jahrhundert) könnte ein Punkt erreicht werden, in dem der Eintritt in den Sozialismus wegen massiver, irreversibler Umwelterstörung kaum mehr durchführbar ist, weil menschliches Leben auf hoher zivilisatorischer Ebene nicht mehr möglich ist. „Sozialismus oder Barbarei“ bekommt somit eine zusätzliche Bedeutung.

Der Zeithorizont ist also beschränkt. Außerdem werden zukünftig immer mehr ArbeiterInnen (besonders in den Halbkolonien) den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Umwelterstörung realisieren, weil sie die Folgen des Klimawandels am eigenen Leib zu spüren bekommen werden. Für die organisierte Linke ergibt sich daher die Verpflichtung, dieses Thema weit oben auf die Agenda ihrer Agitation zu setzen. Alles andere würde bedeuten, sich sektiererhaft von einem weltweit relevanten Thema zu absentieren. Auf Grund der ökonomischen Relevanz des Themas, müssen die Folgen des Klimawandels auch in einer realistischen Einschätzung der Weltlage berücksichtigt werden.

Die radikale Linke teilt sich - zumindest soweit wir das überblicken können - in zwei Extreme: Ein Part bietet sich im Bestreben jugendliche AktivistInnen zu rekrutieren (oft durchaus unkritisch) an die Umweltbewegung an, ein anderer Part zeigt historisch bedingte starke Reflexe gegen die mehrheitlich kleinbürgerlich geprägten Öko-AktivistInnen (arbeiter-, fortschrittsfeindlich,

...) und ignoriert das Thema oder lässt sich zu zynischen Kommentaren gegen UmweltschützerInnen hinreißen. Wir wollen uns keinem dieser beiden Extreme anschließen, sondern dem Klimawandel jenen zentralen Stellenwert einräumen, den er verdient, gleichzeitig aber darauf achten, nur die einzig richtige - nämlich klassenkämpferische - Herangehensweise anzuwenden.

In der Propaganda könnten sich im Vergleich zu „klassischen“ linken Themen v.a. in den imperialistischen Staaten einige Schwierigkeiten ergeben: Zunächst einmal ist Ökologie kein Thema, das historisch eng mit der Geschichte der ArbeiterInnenklasse verbunden ist. Es gibt auch eine gewisse Abneigung, weil die ProtagonistInnen und VorreiterInnen der Umweltbewegung meist Intellektuelle und/oder KleinbürgerInnen waren. Das Proletariat stellt damit allerdings sein Licht unter den Scheffel, wenn man bedenkt, dass organisierte ArbeiterInnen in der Geschichte schon mehrmals erfolgreich gegen Umweltschäden gekämpft haben. Außerdem sind es ja die ArbeiterInnen, die die Hauptkosten der Folgen der Umwelterstörung und der Maßnahmen dagegen (siehe unten) tragen. Trotzdem wird das Thema noch immer häufig als Spielwiese intellektueller „Spinner“ wahrgenommen.

Anders als etwa bei der Ausbeutung der ArbeiterInnen durch niedrige Löhne, haben es die KapitalistInnen und ihre Propagandaorgane beim Klimaschutz außerdem viel leichter, ein scheinbares „Wir“-Gefühl zu erzeugen, da die ökologische Ausbeutung viel indirekter ist. Motto: „Wir sind alle betroffen, wir müssen alle gemeinsam etwas für den Umweltschutz tun“. Soziale Fragen vermitteln den ArbeiterInnen unmittelbarer das Gefühl der Ausbeutung, aber letztlich ist Umweltpolitik genauso eine Klassenfrage, wie es Löhne sind. Die KapitalistInnen sind bestenfalls an einer heilen Umwelt für sich und eventuell ihre Nachkommen interessiert, für gute Profite nehmen sie aber Verschlechterungen in den Gebieten, in denen die Massen leben, gerne in Kauf (schon heute sind die Halbkolonien stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen); nur die ArbeiterInnenklasse hat deshalb die historische Möglichkeit, sich aus der kapitalistischen Konkurrenz und ihren Konsequenzen zu befreien

und somit auch für die Zukunft zu planen.

## 2. Strategien der bürgerlichen Umweltpolitik

### a) Ökosteuer

Ökosteuern geben vor, das Steuerrecht zu nutzen, um Anliegen der Umweltpolitik mit steuerlichen Maßnahmen zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang wird auch von einer Ökologisierung des Steuerrechts gesprochen. Damit ist gemeint, dass neue Steuern beschlossen oder einzelne Vorschriften von bestehenden Steuergesetzen so umgestaltet werden, dass sie Lenkungswirkung im Sinne des Umweltschutzes entfalten. Favorisiert wird dieses Modell europaweit von den Grünen, die das in Deutschland (in beschränkter Form) auch schon eingeführt haben. In den letzten Jahren haben aber auch konservative und reformistische Parteien die Idee aufgegriffen, weil sich damit den ArbeiterInnen beträchtliche Steuermittel „für einen guten Zweck“ abknöpfen lassen.

Folgendes Konzept steckt dahinter: Aus einer auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit orientierten Sicht wäre beispielsweise heutiges Mineralöl zu billig, zukünftiges Mineralöl zu teuer. Die Mineralölsteuer soll diesen Anstieg des Mineralölpreises vorwegnehmen, um ihn einerseits zu glätten und andererseits den Markt frühzeitig an eine solche Situation zu gewöhnen. Daraus entsteht ein „Lenkungseffekt“: Die Menschen sollen zunehmend zu nicht so hoch besteuerten nachwachsenden Energieträgern (Holz, Biomasse,...) oder zu alternativen Energieträgern (Sonne, Gezeiten, Wind,...) greifen, anstatt die hoch besteuerten fossilen Treibstoffe zu verwenden, wobei die „Entscheidungsfreiheit“ beim Einzelnen liegt.

Beispiel Ökosteuer Deutschland:

- Die kontinuierliche Anhebung der Mineralölsteuer erfolgte in drei Schritten. Kraftwerke (!) sind davon teilweise befreit, ebenso die gesamte Luftfahrt.
- Eine Stromsteuer wurde eingeführt: Strom, der aus alternativen Quellen kommt, ist befreit. Großunternehmen

in der Produktion wurden aus „Wettbewerbsgründen“ zu vierzig Prozent befreit.

- Eine LKW-Maut (keine Steuer im eigentlichen Sinn) gibt es jetzt auch in Deutschland.

- Geplant ist die Besteuerung von PKWs und LKWs nach ihrem Verbrauch (ähnlich der NOVA in Österreich) und nach ihrer Feinstaubemission.

Die Einnahmen fließen in die Pensionskassen.

- Folgende Auswirkungen lassen sich bislang feststellen: Es ist zu einem geringen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen gekommen, ebenso zu einer Zunahme von PKWs mit geringem Verbrauch; die Anhebung der Mineralölsteuer führte zu starkem Tanktourismus (u.a. nach Österreich)

#### **Kritik:**

Was haben wir gegen das Konzept? Nun, Ökosteuern sind sozial einfach mehr als ungerecht. Sie bewirken eine enorme Belastung niedriger Einkommen. Als indirekte Steuern werden sie einerseits faktisch stetig durch die Inflation angehoben; andererseits wirken sie regressiv (treffen Personen mit kleinen Einkommen stärker als Personen mit hohen Einkommen). Ferner werden energieintensive, schlecht renovierte Gebäude meist von ärmeren Menschen bewohnt. Dass große CO<sub>2</sub>-Emittoren, wie Schwerindustrie und Luftfahrt, befreit sind, ist der Gipfel der Frechheit für die ArbeiterInnen, für die alles teurer geworden ist.

Die Kritik vieler „Grüner“, dass die deutsche Ökosteuer in das Pensionssystem und nicht in Umwelt- oder Forschungsprojekte fließt, teilen wir jedoch nicht. Innovationen und Forschung im Klimabereich sollen ausschließlich von den Konzernen finanziert werden, die ja die Umweltprobleme verursachen. Das würde auch dem viel gepriesenen Prinzip der Kostenwahrheit entsprechen. Außerdem sind wir grundsätzlich für die Rücknahme der Ökosteuern - wohin diese fließen, ist uns daher ziemlich gleich.

Wir lehnen das Konzept also generell ab, aber davon abgesehen ist die Wirkung der Ökosteuern auf die Umwelt sowieso minimal. Das geben mittlerweile selbst bürgerliche PolitikerInnen zu. Ehrlichere unter ihnen sagen sogar, dass Ökosteuern vor allem eine Geldbe-

schaffungsmethode sind. Davon abgesehen sind sie ein Versuch, nicht nur die Kosten, sondern auch die Verantwortung für Umweltschäden auf die ArbeiterInnen abzuwälzen.

#### **b) Kyoto-Prozess**

Das Kyoto-Protokoll ist ein 1997 beschlossener Zusatz zur UNO-Klimaschutzkonvention. Es beinhaltet verbindliche Werte für den Ausstoß von Treibhausgasen (CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O, FCKWs,...). Ziel ist es, den Treibhausgas-Ausstoß (umgerechnet in Tonnen CO<sub>2</sub>) bis zum Jahr 2012 unter das Niveau von 1990 zu bringen. TeilnehmerInnen sind die EU, Japan, Kanada, Russland (nach langem Zögern), sowie fast alle Halbkolonien. Prominente Abwesende sind die USA (die Kyoto unter Clinton zwar unterzeichnet, den Vertrag aber nie ratifiziert haben), China und Indien.

Mechanismen:

- Zentraler Mechanismus ist der Emissionsrechtshandel: Ein Staat gibt an seine Unternehmen Verschmutzungszertifikate aus (also Tonnen CO<sub>2</sub>, die sie ausstoßen dürfen). Das ist aber stets weniger als die Unternehmen ohne Modernisierung benötigen würden, zumindest war es so vorgesehen. Für die Firmen ist der Zukauf von Zertifikaten möglich. Deren Preise unterliegen Angebot und Nachfrage, wobei von einem fortwährenden Anstieg wegen Verknappung der Zertifikate ausgegangen wurde. Nach zehn Jahren zeigt der Emissionsrechtshandel allerdings kaum einen Effekt auf den Treibhausgasausstoß; die Preise sind nämlich extrem niedrig geblieben, weil einerseits zu viele Zertifikate ausgegeben wurden und es andererseits sehr viele Schlupflöcher gibt.

- Clean development mechanism: Ein Industrieland führt Klimamaßnahmen in einem Entwicklungsland durch, wofür es dessen Zertifikate erhält. Davon wird selten Gebrauch gemacht. Österreich plant jetzt einige diesbezügliche Projekte in Osteuropa.

- Der Handel mit Verschmutzungszertifikaten ist auch zwischen einzelnen Staaten möglich. Das wird gerne angenommen, kann man doch damit als westliches Land die Klimabilanz (ohne irgendeine Aktion gesetzt zu haben)

schönen, wobei man nicht allzu viel Geld für die Zertifikate ausgeben muss. Diese werden vorwiegend Entwicklungsländern abgekauft, die sich über diese geringen Einnahmen trotzdem freuen.

- Die EU tritt als gemeinsamer Block auf, was bedeutet, dass der Ausstoß aller Mitgliedsstaaten in den Referenzjahren 1990 und 2012 addiert herangezogen wird. Hintergrund ist, dass Osteuropa wie auch Russland weit unter den erlaubten Ausstößen liegen, was mit dem Zusammenbruch der Industrie nach der kapitalistischen Restauration (Referenzjahr ist ja 1990) zusammenhängt. Ferner hat sich die EU zusätzliche freiwillige Klimaziele gesetzt: Bis 2020 sollen eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Ausstöße um zwanzig Prozent, Energieeinsparungen von ebenfalls zwanzig Prozent und eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien um die magischen zwanzig Prozent erreicht werden.

- Der Stand im Jahr 2007 sieht eher trist aus: Kaum ein Industrieland wird das Kyoto-Ziel erreichen. Das „grüne“ Österreich weist unter den Teilnehmerstaaten hinter der Türkei, Spanien und Kanada den höchsten Zuwachs an CO<sub>2</sub>-Emissionen auf.

#### **Kritik:**

Die völlige Wirkungslosigkeit des Kyoto-Protokolls unterstreicht die an Unmöglichkeit grenzende Schwierigkeit der internationalen Kooperation in Klimafragen im Zeitalter des Imperialismus: Wer keine Lust hat, macht einfach nicht mit; wer mitmacht, nimmt die Regeln nicht ernst.

Absurd an Kyoto ist, dass ja das Profitinteresse, der freie Markt, die damit verbundene Anarchie in der Wirtschaft und der Mangel an einer langfristigen Planung dafür verantwortlich sind, dass Umweltschäden entstehen. Genau mit diesen marktwirtschaftlichen Mechanismen soll das Problem dann gelöst werden. Wenn Kyoto aber in dem einen oder anderen Fall einmal tatsächlich finanzielle Verschlechterungen für Unternehmen bewirkt, so werden diese durch staatliche Stützungen zur Erhaltung des „Standorts“ wettgemacht, das wieder zu höheren Steuern oder Verbraucherpreisen für die ArbeiterInnen führt. Zynisch ist, dass sich die EU verbal ständig als Vorreiterin in Sachen Klimaschutz aufspielt, was sich in pom-

pösen Konferenzen entlädt, wobei sie es jedoch nur den neuen Mitgliedsländern zu verdanken hat, dass sie besser als die anderen imperialistischen Blöcke dasteht. Teilweise gibt es nämlich sogar in den USA und in China engagiertere Projekte zum Klimaschutz, als das in Europa der Fall ist.

### 3. Schlussfolgerungen

Ökosteuern, Kyoto und ähnliche Maßnahmen dienen nur der Umverteilung von unten nach oben und erschweren es den Unternehmen und den bürgerlichen Staaten nicht, unsere Umwelt weiter nachhaltig und irreversibel zu zerstören. Im Geist des Neoliberalismus wird die Verantwortung auf den „Einzelnen“ abgeschoben. Nur: ein Niedrigenergiehaus, -auto, ... ist teuer, was sich einE ArbeiterIn kaum leisten kann. Die UnternehmerInnen wiederum treffen die höheren Steuern (von denen sie ohnehin größtenteils befreit sind) kaum. Konsequenz: Beide verwenden weiter die alten energiereichen Technologien, nur die ProletarierInnen müssen noch mehr zahlen!

Der Fehler liegt im Ansatz, die Lösung der Umweltprobleme dem „freien“ Markt zu überlassen, der aber bei einer kleinbürgerlichen Bewegung wie den Grünen nicht überrascht, was aber absolut nicht bedeuten soll, dass der Kapitalismus nicht zu punktuellen Innovationen im Klimaschutz (etwa bedingt durch Erdölknappheit) in der Lage ist. In seiner Geschichte hat der Kapitalismus ja immer wieder bewiesen, dass er auf einzelne Umweltprobleme reagieren kann (man denke nur an das oben zitierte Waldsterben oder an Maßnahmen zur Lebensmittel- oder Grundwassersicherheit). Voraussetzung war dafür allerdings immer massiver Druck der Massen oder akute Gefährdung seiner eigenen Profite. Beides wäre beim Klimawandel gegeben, oder ist zumindest absehbar. Nur: der Kapitalismus kann durch sein ganzes Wesen auf derartige Probleme immer nur reagieren, nicht aber vorausseilend handeln, wozu er vom Standpunkt der unmittelbaren Profitorientierung gar keine Veranlassung hat. Das reicht aber beim Klimaschutz nicht, die Komplexität und Internationalität des Themas wurde ja angesprochen. Es werden engagiertere Projekte als Kyoto

kommen, wenn die Folgen des Klimawandels noch deutlicher werden. Das Defizit einer globalen und langfristigen ökonomischen Planung wird es dem Kapitalismus aber höchstwahrscheinlich verunmöglichen, das Problem in den Griff zu bekommen.

Eine sinnvolle Planwirtschaft kann es nämlich nur dann geben, wenn sie den Menschheitsinteressen dient und von den Massen kontrolliert wird. Das auf egoistische Einzelinteressen aufbauende kapitalistische System ist dazu ungeeignet. Nur eine Gesellschaft, die nicht in Klassen mit unterschiedlichen Interessen gespalten ist, kann diese Menschheitsinteressen umsetzen. Ein Schritt in diese Richtung ist, die Kontrolle von Produktion und Umweltpolitik der kleinen Schicht von GroßkapitalistInnen zu entziehen und sie unter die Kontrolle der großen Mehrheit der ausgebeuteten Massen, die ein gemeinsames Grundinteresse haben (marxistisch ausgedrückt: unter ArbeiterInnenkontrolle) zu stellen.

### 4. Unsere Forderungen

- Streichung aller Ökosteuern und sonstigen regressiven Steuern und Abgaben auf Kosten der Massen (Maut, etc.); stattdessen eine stark progressive Unternehmensbesteuerung!
- Verbot der Emission von Treibhausgasen, wenn es dazu eine schadstoffärmere oder gar -freie Alternative gibt!
- Ausbau, Verstaatlichung und kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs als Alternative zum Umwelt belastenden Individualverkehr!
- Keine Subventionen für umweltschädliche Transportmittel wie LKW oder Flugzeuge; im Gegenzug Förderung sinnvollerer Technologien wie Bahn und Schiff! Für eine gleitende Lohnskala unter Kontrolle der ArbeiterInnen, um mögliche Preisschwankungen auszugleichen!
- Anhebung der Löhne auf weltweit gleiche Standards (Niedriglöhne in Halbkolonien bewirken oft sinnlose Produktion von „billigeren“ Gütern an teilweise sogar ungeeigneteren Standorten, als sie in imperialistischen Staaten vorhanden sind)!
- Kostenlose Renovierung von Häusern und Wohnungen auf Niedrigenergie- und Passivstandards!

■ Keine Subvention für agrarische Großbetriebe (deren rückständige Technologie heute gefördert wird und die zu den Hauptverantwortlichen für Methan ausstoß zählen); attraktive Angebote für KleinbäuerInnen, sich zu modernisieren (modernes Gerät, angemessene Preise) als Anreiz für eine spätere Kollektivierung der Landwirtschaft!

■ Kampf gegen Umweltbelastungen heißt nicht Technologieverzicht unter dem Motto „Zurück zur Natur“, sondern ganz im Gegenteil Innovation und Fortschritt. Dem Arbeiter darf nicht der Flug in den Urlaub gestrichen werden, sondern dem Unternehmer seine Profite!

■ Raschest möglicher Ausstieg aus der Verwendung von fossilen Brennstoffen; statt eines Kriegs ums Öl fordern wir Einsatz - je nach Region sinnvoller - alternativer Energieträger!

■ AKWs sind im Kapitalismus keine sichere Alternative zur Energiegewinnung, was historisch belegt ist. Ihre momentane Renaissance ist Ausdruck der Ideen- und Perspektivlosigkeit des Kapitalismus!

■ Bewertung von Betrieben auf Schadhaftigkeit durch ArbeiterInnenkomitees bestehend aus Beschäftigten, beraten durch - von den ArbeiterInnen ausgewählten - ExpertInnen; auf Basis dieser Empfehlungen werden einzelne Betriebe dann modernisiert, die Produktion in sinnvollere Bereiche verlagert oder notfalls auch geschlossen. Gegen etwaige Entlassungen fordern wir die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände, ergänzt durch einen Plan von öffentlich notwendigen Arbeiten auf Kosten der Profite!

■ Veröffentlichung aller bislang erzielten Forschungsergebnisse zum Klimawandel und zu alternativen Energien, weltweite Koordination der Forschung!

■ Verstaatlichung der Forschung unter ArbeiterInnenkontrolle (objektive Forschung ist eine vom Kapitalismus genährte Illusion, Forschung dient immer einem Interesse - und das soll jenes der ArbeiterInnen sein)!

■ Marktwirtschaft und wirkungsvoller Klimaschutz sind unvereinbar - Planwirtschaft ist die einzige Alternative zu rücksichtsloser Ressourcenzerstörung im Kapitalismus!!

Bio-Diesel:

# Wirklich die Lösung?

Die Verwendung von Bio-Diesel, Bio-Ethanol oder ganz einfach Biokraftstoffen wird uns derzeit von bürgerlicher Presse und Politik als der große Wurf im Kampf gegen den Klimawandel präsentiert. Bio-Sprit gilt als die Alternative zu fossilen Brennstoffen, wovon man sich eine Verbesserung der CO<sub>2</sub>-Bilanz und Unabhängigkeit von den ÖlproduzentInnen erhofft.

Tatsächlich weisen diese Kraftstoffe einige positive Effekte auf, was ihren Einsatz in bestimmten Regionen und unter bestimmten Bedingungen durchaus empfehlenswert erscheinen lässt, denn es wird bei der Verbrennung von Mais, Soja, etc. nicht mehr Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) verbrannt, als vorher von den Pflanzen im Laufe ihres Wachstums gebunden wurde.

Das - und damit wären wir bei den zahlreichen Haken - stimmt aber eigentlich nur für Bio-Ölausgangsprodukte. Dünger und Pflanzenschutzmittel, die für die Produktion benötigt werden, sowie die Energie für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge sind da nicht mit berücksichtigt. Zentrales Problem für die EU, die aktuell den Bio-Diesel besonders forciert, ist, dass in Europa gar nicht ausreichend Anbauflächen für diese Kulturen vorhanden sind. Österreich etwa könnte höchstens 20% des derzeitigen Bedarfs selbst herstellen. In Indonesien und Brasilien finden daher großflächige Rodungen für die Kultur von Mais und Soja statt, obwohl dort weder Böden noch Klima ideal für diese Pflanzen sind. Die derzeit extrem hohen Marktpreise „überzeugen“ die ProduzentInnen allerdings, Biokraftstoffe anzubauen, auch wenn sie wissen, dass die Standorte in einigen Jahren unbrauchbar sein werden und dass der

Bodenerosion massiv Vorschub geleistet wird. Es kommt noch besser: um Land für den Anbau von Ölpalmen (auch so eine Energiepflanze) zu gewinnen, werden in Indonesien jährlich 1,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> durch Waldbrände freigesetzt. Das entspricht dem Fünffachen (!) der Menge an Treibhausgasen, die die Industriestaaten laut Kyoto-Protokoll bis 2012 (vorgeblich) reduzieren wollen. Da ein Viertel der Anbaufläche auf Torfböden liegt, wird von dort zusätzlich massenhaft CO<sub>2</sub> emittiert.

Nach Berechnungen der internationalen Energieagentur (IEA) wird sich der Anteil der Bio- an den Gesamttreibstoffen bis 2030 verzehnfachen. Das hätte aus den zuvor genannten Gründen zumindest 10,3 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß MEHR zur Folge. Der Grund dafür, dass die EU diese Pflanzen neuerdings extrem hoch subventioniert, kann also nur der sein, der fehlentwickelten europäischen Landwirtschaft (und damit der Brüssel sehr nahe stehenden Großbauern-Lobby) eine neue Perspektive zu geben. Die Umwelt hat sicher wenig davon.

Kommen wir zu den sozialen Folgen: in einigen Regionen Mexikos sind die Preise für Mais im letzten Jahr enorm gestiegen. Man spricht von der Tortilla-Krise, weil der Kukuruz jetzt teurer zur Treibstoffgewinnung verkauft werden kann. Wegen der starken Expansion der Energiepflanzen (neuester Trend: Zuckerrohr), verkleinern sich die Anbauflächen für Lebensmittel zusehends, was in Mexiko und Brasilien schon zu massiven Versorgungsengpässen bei Getreide, Mais und Hülsenfrüchten geführt hat. In Hinkunft wird auch der Kampf um das Wasser brutal werden: Wozu Bohnen bewässern, wenn man für Soja das Dop-

pelte erhält? Natürlich brauchen die Bio-Energie-Grundstoffe auch mehr Platz als andere Kulturen; sie sind ja wegen Standortunangepasstheit wesentlich ertragsschwächer. Diese räumliche Expansion schadet nicht nur dem für das Weltklima fundamental wichtigen Regenwald Amazoniens, sondern insbesondere auch den dort lebenden indigenen Völkern.

Ein weiteres Problem zeigt sich heuer in Indonesien, das Palmöl für die EU und China liefert. Nachdem der Markt kurzfristig stagnierte, war vielen Bauern plötzlich die Existenzgrundlage entzogen, weil sie Ölpalmen als Monokultur anbauen. Dass Monokulturen wiederum desaströse ökologische Folgen haben, könnten einige schon gehört haben.

Abschließend bleibt festzustellen, dass von den vielen Argumenten pro pflanzliche Energieträger nur jenes der Unabhängigkeit von ProduzentInnen fossiler Rohstoffe wirklich nachvollziehbar ist - gerade dieses interessiert uns als Linke aber überhaupt nicht. Es sollte aber schon erwähnt werden, um nicht missverstanden zu werden, dass Bio-Diesel natürlich nicht schlechter ist als Erdöl, dessen negative Konsequenzen wir ja besser kennen, weswegen seine Produktion mancherorts durchaus Sinn macht. Außerdem gibt es natürlich noch zahlreiche andere alternative Energieträger (Wind, Sonne, Gezeiten), die überhaupt einen Ausstieg aus dem Energieverbrennungskonzept bedeuten. Auch die mögen ihre Nachteile haben, was nur unterstreicht, dass das EnergietHEMA eben nicht so einfach zu lösen sein wird, wie uns das die bürgerlichen PolitikerInnen gerade weismachen wollen.

# Mexiko 2007

## 1. Wer Oaxaca sagt muss auch Mexiko und dessen Ökonomie sagen

Jede seriöse Analyse der Klassenkämpfe Oaxacas muss bei der Analyse der Ökonomie und der Situation Mexikos beginnen, will sie nicht bloß eine Momentaufnahme der Ereignisse wiedergeben, sondern Erklärungen und Handlungsanweisungen geben. Denn Klassenkämpfe entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind der Höhepunkt des Ausdrucks des Antagonismus der Klassen. Nur wenn wir den gesamten – für die Klassenkämpfe grundlegenden - Rahmen betrachten, können wir die Vorgänge Oaxacas nachvollziehbar beschreiben. Das unterscheidet uns von den radikalen AnarchistInnen, die in Scharen letzten November nach Oaxaca strömten, um in einen Konflikt zu geraten, den sie weder verstanden, noch konstruktiv beeinflussen konnten. Denn was sowohl in Oaxaca als auch in ganz Mexiko nötig ist, ist eine Antwort auf die realen Probleme und keine leeren Phrasen die nirgends ansetzen.

Betrachten wir also die Realität der mexikanischen Bevölkerung. Mexiko ist seit einiger Zeit durch einen aggressiven ökonomischen Wandel geprägt. Die Bourgeoisie Mexikos greift wie in den anderen Teilen der Welt die ArbeiterInnenklasse in verstärktem Ausmaße an. Das was unter den Namen Globalisierung und Neoliberalismus bekannt geworden ist, sind keine neuen Entwicklungen, sondern sind bloß die momentanen Ausprägungen dessen, was wir seit

Lenin als Zeitalter des Imperialismus kennen. Globalisierung ist keine Entwicklung der letzten Jahre, sondern eine durch technische Möglichkeiten enorm forcierte Entwicklung, die wir seit dem Ende der vorwiegend nationalisierten Wirtschaften des 19. Jahrhundert kennen. Auch Neoliberalismus ist nichts anders als der Klassenkampf von oben, der seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion überall in aggressiver Weise hervortritt.

Mexiko hatte in der Vergangenheit eine starke verstaatlichte Industrie auf die sich nun das Großkapital stürzt und gnadenlos dem privaten Kapital zugänglich macht. Dabei steht vor allem der US-Imperialismus, der über zahlreiche Anteile, Einflüsse durch Mutterkonzerne, Kauf- und Verkaufsmonopole verfügt, direkt hinter der Grenze. Aber auch der europäische Imperialismus versucht in Mexiko Fuß zu fassen. Beispiele dafür sind der Banken- oder der lukrative Wassersektor.

Doch die Privatisierungen sind für das mexikanische Bürgertum ein zweischneidiges Schwert. Weder riefen sie massive Proteste in der ArbeiterInnenklasse hervor, noch wagt es die mexikanische Regierungspartei PAN unter Präsident Calderon nicht, einfach gegen die in der Verfassung stehenden – die Privatisierungen im öffentlichen Sektor ausschließenden – Gesetze direkt zu verstoßen, was sie zu einigen unliebsamen Kompromissen zwingt. Die, wie wir im Folgenden sehen werden, einerseits zu einer Zerstückelung der in der Vergangenheit schnell wachsenden Industrie führt und als eine Konsequenz

diese Industrie andererseits der Unfähigkeit des konkurrierenden Marktes ausliefert, langfristige Investitionen für gesamte Sektoren zu tätigen, was Auswirkungen auf das aktuelle aber im großen Maße auf das zukünftige Wirtschaftswachstum hat.

Mexikos Wirtschaft ist mit einem BIP von 850 Mrd. USD die stärkste Ökonomie Lateinamerikas (vor Brasilien mit 650 Mrd. USD, Argentinien mit 180 Mrd. USD und Chile mit 104 Mrd. USD<sup>1</sup>). Zwei Drittel des BIP werden im Dienstleistungs-, Handel- und Finanzsektor erwirtschaftet. Der Tourismus macht lediglich zehn Prozent aus. Daneben hat die Leicht- und Schwerindustrie einen Anteil von zwanzig Prozent<sup>2</sup>. Achtzig Prozent der Exporte entfallen auf Industrieerzeugnisse, 15 Prozent auf Petroleum und lediglich drei Prozent auf Agrarprodukte.

In Mexiko sind mehrere große Konzerne und Trusts ansässig. Als erstes ist der staatliche Erdölmonopolist Petroleos Mexicanos (Pemex), der die Exporte des sechst größten Erdöllieferanten der Welt kontrolliert, zu nennen. Daneben hat die ebenfalls staatliche Comision federal de electricidad (CFE) das Strommonopol und Gas. Im privaten Sektor ist Banamex als größte Privatbank, Grupo Bimbo im Lebensmittelsektor,

---

1. Quelle: Weltbank

2. Quelle: INEGI (Instituto Nacional de Estadística Geografía e Informática - Mexikanisches Statistisches Amt) <http://www.inegi.gob.mx/est/default.aspx?c=119>

Industrias Peñoles im Bergbau, Grupo Maseca im Agrarbereich und Grupo Mexico im Bergbau über die mexikanischen Grenzen hinaus - vor allem in Lateinamerika - von Bedeutung.

Die zwei staatlichen Betriebe Pemex und CFE besitzen ihr Monopol aus historischen Gründen und betreiben für ihre Größe keine wesentliche übernationale, imperiale Politik. Die privaten Großkonzerne hingegen sind meist Tochterkonzerne oder zumindest im Teilbesitz von ausländischem Kapital (Banamex gehört etwa zur Citygroup, Grupo Maseca ist Tochter eines US Konzerns). Mexiko ist trotz einzelner – durch diese Konzerne - über die Grenzen hinausgehende wirtschaftliche Bedeutung eindeutig ein imperialisiertes Land und von den USA, aber auch in geringerem Maße von Europa, dominiert.

Mexiko war seit jeher für verschiedene historische imperialistische Länder zur gleichen Zeit von großer Bedeutung. In der kapitalistischen Entwicklung Mexikos bis 1910 spielte neben den USA die ein Drittel der damaligen ausländischen Investitionen stellten, vor allem Frankreich mit fünfzig Prozent der Investitionen den wesentlichen Faktor und Mexiko wurde zeitweise zu Recht eine inoffizielle „kleine Kolonie“ Frankreichs genannt. In dieser Zeit wuchs die mexikanische Wirtschaft mit durchschnittlich vier Prozent pro Jahr an.

Mit der „langen mexikanischen Revolution“ ab 1910, in der über eine Million Menschen starben, geriet die Wirtschaft bis in die 20er Jahre hinein ins Stocken - und schon bald darauf in die große Depression der Zwischenkriegszeit. In dieser Zeit wurden viele Betriebe verstaatlicht und das Ziel der Politik der mexikanischen Bourgeoisie war es, weitestgehend unabhängig von der imperialistischen Einflussnahme zu werden. Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich Mexikos Wirtschaft rasant mit durchschnittlich 6,5 Prozent jährlich.

Diese Phase ging bis in die 80er Jahre, als 1982 die Wirtschaft dann völlig zusammen brach, da Mexiko seine Schulden vor allem bei US Handelsbanken nicht mehr begleichen konnte. Im Zeitalter des Imperialismus, wo die Wirtschaft einen internationalen Charakter annimmt, ist eine nationale Abschottung nicht möglich. Auch wenn wir

die Sozialstandards, die damals höher waren als seit dem Ausverkauf, verteidigen, so kann man nicht einfach zwischen gutem altem mexikanischen Kapitalismus in Mexiko und dem bösem internationalen Kapital sprechen. Das grundlegende Problem ist die kapitalistische Wirtschaftsform als Ganzes. Es faulte nicht nur von außen, sondern auch von innen. Selbst zu den „besten“ Zeiten konnte Mexikos Kapitalismus keine Gerechtigkeit für die ArbeiterInnen oder etwa die indigene Bevölkerung schaffen.

Der IWF schrieb auf den Zusammenbruch hin, mit versteckter Freude der mexikanischen Großbourgeoisie, der Regierung einen harten neoliberalen Sparkurs auf Kosten der ArbeiterInnenklasse vor. In Wirklichkeit konnte das US- aber auch das EU-Großkapital ganz nach dem Monopolyprinzip Mexiko ausbluten lassen (wer einmal Monopoly gespielt hat, weiß, dass wer in die Schuldenfalle geraten ist, nie wieder raus kommt). Der Weltbank zufolge hat Mexiko (und in der Folge: die mexikanische ArbeiterInnenklasse) von 1982 bis 2000 das Achtfache des ursprünglichen Schuldenberges zahlen müssen. Durch Kapitalflucht und den gewährten neuen Krediten, die in Wahrheit niemals dort in Mexiko ankamen, wo sie gebraucht worden wären, verschuldete sich Mexiko rasant weiter, was zu immer weiter reichenden Maßnahmen gegen die ArbeiterInnenklasse führte. Wie wir weiter unten sehen werden, entwickelt sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren besonders rasant. Seit dem Zusammenbruch gab es weitere Wirtschaftskrisen (Finanzkrise 1994/95 und 2001). Die Schuldenfalle droht also weiterhin.

1994 öffnete die mexikanische Bourgeoisie die Wirtschaft durch den NAFTA-Eintritt dem direkten Zugriff der USA. Parallel zur Osterweiterung der EU versuchen die USA ihren Einfluss in Lateinamerika auszubauen und auf lange Sicht zu zementieren. Mexikos Warenexporte steigen seither zwar und Mexiko ist der drittgrößte Handelspartner der USA, aber die Exporte entwickeln sich ungleichmäßig – primär reduziert auf die wenigen monopolistischen Sektoren. Die Exportzahlen sagen wenig über die reale Entwicklung aus und haben nur auf dem Papier eine Bedeutung. Die Maquila Industrie im

Norden – die für einen Großteil der Exporte verantwortlich ist - produziert nicht in herkömmlicher Weise Waren, die dann exportiert werden. Der Wert, der den Waren innerhalb Mexikos zugefügt wird, ist relativ gering. Die Profite und Löhne, die dabei in Mexiko bleiben, sind im Verhältnis zum transferierten Warenwert verschwindend.

Auch der angebliche Beweis für Mexikos Wirtschaftsstärke - die angegebenen Auslandsinvestitionen - müssen angezweifelt werden. Der Kapitalimport dient lediglich zum Kauf der mexikanischen Industrie und weniger einer realen Investition.

Zeitraum	Jährliches BIP Wachstum
1921–1930	0.13%
1930–1940	3.11%
1940–1950	5.95%
1950–1960	6.10%
1960–1970	6.45%
1970–1980	6.68%
1980–1990	1.81%
1990–1995	1.95%
1996–2000	5,1%
2001–2003	0,6%
2004–2007	3,5%

Daten zusammengestellt aus INEGI

2001 schlitterte Mexiko in eine weitere Rezession, ausgelöst durch die Abhängigkeit von den USA, deren Wirtschaftswachstum parallel, aber weniger stark zurückging. Als das US Wirtschaftswachstum auf 1,7 Prozent sank, fiel das Mexikanische Wachstum auf – 0,4 Prozent. Innerhalb eines Jahres gingen dadurch 500.000 permanente Jobs verloren. Seither entwickelt sich das BIP mit durchschnittlich drei bis vier Prozent, was für das Großkapital äußerst unzufriedenstellend ist, da ein weit größeres Potential vorhanden wäre. Auf die Gründe werden wir noch im Einzelnen eingehen.

Um dem oben vorgestellten Zahlenmaterial gerecht werden zu können, müssen wir die Entwicklung der mexikanischen Wirtschaft nicht nur in nationalen Dimensionen, sondern auch in den einzelnen Sektoren ansehen. Da die mexikanische Wirtschaft seit jeher in kleinster Weise ausbalanciert war, ist es sehr interessant für die aktuelle Ent-

wicklung, wie sich die Wirtschaftsmotoren der Ökonomie verändern.

Immer schon entwickelt sich der Agrarsektor äußerst langsam. Der Anteil am BIP liegt bereits unter fünf Prozent. Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Bauindustrie, der Energie-, Öl-, und Wassersektor überdurchschnittlich schnell. Am Höhepunkt der Phase bis 1982 mit bis zu elf Prozent jährlich. Manufaktur, Bergbau und Tourismus bewegten sich meist im Mittelfeld. Eine Tendenz, die seit der Liberalisierung und der damit hergehenden ökonomischen Veränderung erkennbar ist, ist, dass die großen Industrien ihre Vorreiterrolle im Wachstum immer mehr verlieren und dass die Landwirtschaft sich kaum entwickelt.

Neben der Betrachtung einzelner Sektoren ist die geographische Aufteilung ausschlaggebend. Weithin bekannt wird das soziale und wirtschaftliche Nord-Süd Gefälle sein, das historisch existiert. Eine eventuell unbekannte Tatsache ist jedoch, dass es noch eine weit größere geographische Differenz gibt: die Differenz von wenigen kapitalstarken Ballungszentren und dem Rest des Landes. Diese Differenz erstreckt sich über das ganze Land. Denn über ein Drittel des BIP wird alleine in Zentralmexiko entweder in Mexico City oder dessen nahem Umfeld erwirtschaftet. Die zwei Städte Mexico City und Monterrey produzieren 45 Prozent des BIP bei 25 Prozent der Einwohner. Daneben gibt es ein paar wenige Zentren im Norden (Baja California, Chihuahua und Nueva Leon) und Vera Cruz (Öl) im Süden. Der große Rest des Landes spielt im nationalen BIP kaum eine Rolle.

Mexiko besitzt also eine sehr widersprüchliche Wirtschaft, mit wenigen mächtigen Zentren. Sehen wir uns die wesentlichen Sektoren und deren Bewegungen in letzter Zeit genauer an.

Vorreiter der mexikanischen Industrie ist die Petroindustrie (Förderung und Verarbeitung). Sie ist eine der wesentlichen Motoren des mexikanischen Kapitalismus. Mexiko ist immerhin das sechst mächtigste Ölförderland (und der siebend größte Ölexporteur) der Welt. Pemex geht aus der Verstaatlichung von mehreren ausländischen Ölfirmen von 1938 hervor. Von da an wurde stark in die Förderung der Raffinerien und der Erschließung neuer Ölfelder investiert. In den 70er Jahren

erzielte Pemex drei Viertel der mexikanischen Deviseneinnahmen.

Seit der neoliberalen Phase wird offen über eine Privatisierung nachgedacht. Zurzeit sieht es aber mehr nach einer Teilprivatisierung aus. Präsident Calderon, dessen Partei das Großkapital Mexikos vertritt, malt mit geschickter Rhetorik den Teufel an die Wand und sieht bereits das Aus von Pemex, da der Betrieb durch die hohe Steuerlast und die Sozialstandards nicht mehr wirtschaftlich sei. Einig sind sich die Parteien im Parlament, dass der Auslöser der Probleme die hohe Steuerlast wäre. Wir zweifeln jedoch daran, dass Pemex auf Grund der Steuerlast nicht investiert. Vielmehr ist der staatliche Betrieb im kapitalistischen Gefüge keine Ausnahme und benützt seine Gewinne um seine Aktionäre zu bedienen. Die Regierung sieht natürlich in der Privatisierung die Lösung. Calderons unverblümete Pläne sind die totale Privatisierung aller Ölfelder, und die weitere Steuerensenkung beziehungsweise Abschiebung der Staatskosten auf die ArbeiterInnenklasse. Dies konnte er jedoch bis heute noch nicht umsetzen und in Zukunft sind massive Proteste zu erwarten. Was die mexikanische Regierung also macht, ist die Petroindustrie zu zerschlagen und so die Gesetzeslage zu umgehen und die ArbeiterInnenklasse zu täuschen.

Neben der Petroindustrie spielen die Entwicklungen in der Lebensmittelindustrie eine große Rolle. Bekannt unter dem Namen „Tortilla Krise“, die ihren Höhepunkt im Februar 2007 hatte, kam es zu einer Preissteigerung der Grundnahrungsmittel Mais und Weizen, aber auch von Milch, Eiern, etc. Innerhalb weniger Monate verdreifachte sich der Preis für Weizen für einige Zeit. Grund war die verstärkte Nachfrage aus den USA, wo der Ökotreibstoffmarkt ein starkes und erfolgreiches Lobbying betreibt, und die damit verbundene Preisspekulation.

Die Tortilla Krise kann mit einem Namen verbunden werden: Grupo Maseca (GRUMO Konzern) – der Monopolist aus Mexiko, der die Tortillamehlerzeugung automatisiert hat und dessen Einfluss sich über ganz Lateinamerika erstreckt. GRUMO ist eng verbunden mit den zwei mächtigen US Agrarkonzernen Cargill und Archer-Daniels-Midland, wobei der eine Kon-

zern der Mutterkonzern von GRUMO ist, und der andere Anteile besitzt. Über diese Kanäle verläuft direkt der Weizenexport, was in Mexiko selbst einen Mangel und damit Verteuerungen zurücklässt.

Ein weiterer wichtiger Industriezweig ist die bereits erwähnte so genannte Maquila-Industrie. Das sind riesige Gebiete mit Montagebetrieben im Norden des Landes direkt an der Grenze zu den USA. Hier werden halbfertige, meist aus den USA selbst importierte Waren zusammengestellt und in die USA zurückgeliefert. Schätzungsweise zwei bis drei Millionen ArbeiterInnen sind in der Maquila beschäftigt. Produziert wird hauptsächlich für die Auto- und die Elektroindustrie. Vertreten sind etwa General Motors, Siemens oder Phillips. Mexiko ist der weltgrößte Produzent für Autoteile.

Die Tätigkeiten in der Maquila sind grundsätzlich trivial und benötigen weder Fachkenntnis noch aufwendige technische Hilfsmittel. Die Vorteile für die imperialistischen Großkonzerne aus dem Ausland liegen ganz klar auf der Hand. Es gibt keine Gewerkschaften (nach einem totalen Verbot, gibt es nun gelbe Gewerkschaften – also Pseudovertretungen, die direkt mit den Bossen paktieren), die gegen die miesen Arbeitsbedingungen und die niedrigsten Löhne der ArbeiterInnen vorgehen könnten. Der Durchschnittslohn liegt bei vier USD am Tag und nicht wie in den USA bei fünf USD Mindestlohn pro Stunde. Gerade durch die niedrigen Standards und Produktionsvoraussetzungen können Produktionshallen nach Bedarf geschlossen und woanders wieder aufgebaut werden, falls es Proteste der Belegschaft gibt. Die Nachfrage an ArbeiterInnen aus dem Landesinneren ist dem Kapital sicher. Im Gegensatz zu den USA, die in letzter Zeit scheinheilig große Töne bezüglich Umweltschutz spucken, gibt es hier keinerlei Standards die die Produktion verteuern würde. Und letztlich ist dieser Wirtschaftsraum für die USA zollfrei verfügbar.

Grupo Mexico ist ein Betrieb mit imperialistischem Charakter. Der 1978 gegründete Konzern profitierte in den 80ern durch Übernahmen von staatlichen Betrieben und ist heute das größte Bergbauunternehmen Mexikos, das das absolute Monopol im Kupfer-

abbau (neunzig Prozent der Produktion) Mexikos hat und drittgrößter Kupferproduzent weltweit ist. Sie besitzt zusätzlich das größte mexikanische Eisenbahnnetz und mehrere Kohlebergwerke. Grupo Mexico ist multinational vertreten und vor allem in Peru und den USA (ASARCO Unternehmen) tätig.

Die bereits erwähnten Privatisierungsbestrebungen machen natürlich nicht bei der lukrativen Petroindustrie halt. Neben der Energieerzeugung ist u.a. die Wasserwirtschaft davon betroffen. Wer durch Mexiko fährt, von Nord nach Süd, von Ost nach West, wundert sich, dass die kapitalistische Propaganda von einem solch massiven Wasserproblem spricht. Zwar ist ein Großteil des Landes trocken und die Regenzeit - die hauptsächlich im Süden des Landes ist - dauert nur wenige Monate, dennoch kommen durchschnittlich 150 Liter Wasser pro Tag jedem Mexikaner zu. Neunzig Prozent der MexikanerInnen besitzen Fließwasser wobei in den ärmsten Bundesstaaten bloß siebzig Prozent der Menschen direkten Zugang zu Wasser haben. Damit besitzt Mexiko keinen Überfluss, aber das Wasserproblem wäre grundsätzlich leicht unter Kontrolle zu bekommen.

Die Realität des Problems ist, dass durch die Verschmutzung und durch die nicht nachhaltige Verwendung die Wasserqualität und der Grundwasserspiegel sinken, was zu einem Teufelskreis führt, da immer qualitativ schlechteres Wasser gefördert wird, das in zunehmenden Maße sogar mit Schwermetallen verseucht ist. Die Wasserleitungen sind zudem veraltet und gehören längst generalsaniert. Im Norden des Landes gibt es außerdem Grenzstreitigkeiten mit den USA, deren Wasserprobleme tatsächlich massiv sind. Die Wasserqualität der Vorräte in den Süd-USA ist teilweise durch die Landwirtschaft mit ihren Pflanzenschutzgiften und durch die heruntergekommene texanische Atomlagerstätte Pentex, die sie mancherorts radioaktiv verseucht, so niedrig, dass es ungenießbar ist. Dies veranlasste die US Regierung, durch große bauliche Tätigkeiten die zahlreichen über- und unterirdischen Grenzquellen zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Statt die genannten Probleme in den Griff zu bekommen, werden die Wasservorräte und die Leitungen privatisiert, was das Problem weiter verschärft. Im

Hintergrund der privaten Wasserfirmen stehen zwei französische multinationale Konzerne: Suez und Vivendi Universal. Was sich durch die Privatisierung geändert hat, ist, dass Wasser immer stärker in Form von Flaschen aus dem Supermarkt zur Verfügung steht, was in keiner Weise das reale Problem löst. Das abgefüllte Wasser kommt nämlich in Wahrheit aus denselben Leitungen, die vor der Privatisierung der Bevölkerung zur Verfügung standen. Mexiko besitzt bereits einen der höchsten Flaschenverbrauch pro Kopf weltweit. Um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen wird zusätzlich ein virtueller Mangel erzeugt. Als der Autor noch als Untermieter im Reichenviertel der Stadt wohnte gab es Wasser im Überfluss, hier in Coyoacan wird regelmäßig das Wasser „knapp“ was zum Kauf von Flaschen aus dem Supermarkt oder gleich zur bequemen Hauslieferung animiert.

Neben diesen aktuellen Privatisierung sind bereits wesentliche Bereiche abgeschlossen. Die Eisenbahn, der See- und Flugverkehr sind bereits privatisiert. 1997 wurde die Telekommunikation für den privaten Markt geöffnet.

Neben der Entwicklung der Betriebe ist für uns die Aufteilung der Klassen und im Besonderen der ArbeiterInnenklasse von großem Interesse. Knapp vierzig Millionen sind staatlich anerkannte ArbeiterInnen und drei Millionen Tagelöhner. Der informelle Sektor ist statistisch nicht erfasst. Im Gegensatz dazu gibt es sieben Millionen KleinkapitalistInnen und eine drei Viertel Million KapitalistInnen. Von den vierzig Millionen ArbeiterInnen sind sieben Millionen in der Manufaktur, sechs Millionen im Handel, neun Millionen in Dienstleistungen und zwei Millionen im Transport tätig.

Die Industriezentren und somit auch die ArbeiterInnenzentren sind im Norden und den großen Metropolen in Zentralmexiko. Die Betriebsstruktur, in der der größte ArbeiterInnenanteil tätig ist, liegt in Betrieben mit fünfzig oder mehr ArbeiterInnen.

Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da sie wesentliche aussagekräftige Faktoren, wie den großen Anteil an Teilzeitbeschäftigter unberücksichtigt lässt.

## 2. Die vielen Angriffe auf die Arbeiterklasse

Während die offizielle Arbeitslosigkeit leicht zurückgeht und angeblich konstant unter 4% liegt, wächst die Beschäftigung jährlich um eine Million neue Arbeitsplätze. Erfolge über Erfolge, will man nur der „staatlichen Propaganda“ (im Spanischen spricht man von „propaganda nacional“) glauben schenken. Arbeitsplätze werden geschaffen? Wer im Supermarkt einkauft, muss die Waren nicht selbst einpacken. Ein neuer Arbeitsplatz? Ja, wenn man davon absieht, dass der Arbeiter keinen Lohn bekommt, nicht versichert ist und nur vom Trinkgeld lebt. Lebende Zeitanwender, die für 15 USD am Tag alle drei Minuten den nächsten Autobus loschicken - einfalllos sind die mexikanischen KapitalistInnen tatsächlich nicht. Und bei über fünfzig Prozent der ArbeiterInnen im informellen Sektor und keinem Zugang zur Sozialversicherung (also auch Arbeitslosenversicherung) wundern offizielle vier Prozent Arbeitslosenquote nicht.

Heute sind über fünfzig Prozent der MexikanerInnen arm und zwanzig Prozent sind unterernährt. Für die Hälfte der MexikanerInnen heißt es mit weniger als siebzig Pesos (fünf USD) am Tag auszukommen. Der Durchschnittsverdienst liegt bei 200 Pesos. Armut bedeutet in Mexiko, dass man weniger zur Verfügung hat, als für das bloße Überleben nötig ist. Wie bereits erwähnt, ist die Aufteilung in Mexiko äußerst heterogen, was auch die Armut betrifft. Besonders der Süden und das Land sind betroffen. Diese Entwicklung nimmt rasant zu, in den letzten sechs Jahren ist der in Armut lebende Bevölkerungsanteil um mehrere Millionen gestiegen.

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt fünfzig Pesos am Tag. Was zum Leben zu wenig ist. Als MarxistInnen wissen wir, dass die untere Grenze des Arbeitslohnes die Reproduktion des Arbeiters/der Arbeiterin ist (i.e., die Lebensmittel, die der Arbeiter/die Arbeiterin benötigt: Wohnung, Nahrung, Kleidung etc. und jene sozialen Errungenschaften der geistigen Reproduktion: Kino, Disco, etc).

Wie ist es also möglich, dass Menschen zu diesen Löhnen arbeiten können? Ein Fehler in der Analyse Marxs? Nein, denn die Grenze darf nicht nur für einzelne ArbeiterInnen betrachtet

werden, sondern im familiären Kontext. Die Familie als kleinste gesellschaftliche Einheit im Kapitalismus muss für einander sorgen. Alle Familienmitglieder, egal welchen Alters, sind für den Erhalt mitverantwortlich und so ist durch die Arbeit der Kinder, der Großeltern, der Aushilfe von Verwandten aus der Landwirtschaft, die Familie als Ganzes überlebensfähig. Das Kapital kann dies Tatsache also kaltblütig ausnützen. Daher ist auch der Anteil von Haushalten mit Einzelverdienern von sechzig Prozent von vor zwanzig Jahren auf 45 Prozent von heute gesunken.

Durch die rasanten Privatisierungen geht es der ArbeiterInnenklasse immer schlechter: Besonders im Frühjahr, als die Preise für Tortilla von fünf Pesos auf bis zu 17 Pesos pro Kilo in die Höhe schossen, und in Folge auch andere Grundnahrungsmittel. Tortillas sind für viele das einzige leistbare Lebensmittel (MexikanerInnen nehmen fünfzig Prozent ihrer Kalorien über Tortillas auf). Der zusätzliche Preisanstieg von Wasser und Wohnung treibt die reale Inflation noch weiter in die Höhe.

Da die Inflation (in Mexikos offiziellen Statistiken nicht bemerkenswert hoch) je nach Verdienst und Bedürfnis verschieden stark ausfällt (nicht alle Waren verändern ihre Preise mit gleicher Dimension), hängt die Aussagekraft einer Inflationsberechnung stark vom gewählten Warenkorb ab. Einen Mexikaner der/eine Mexikanerin die sich jedes Jahr einen Neuwagen kaufen kann, wird die Preiserhöhung der Tortillas nicht sonderlich schockieren. Nur, für wie viele MexikanerInnen ist der staatliche Warenkorb tatsächlich repräsentativ?

Daher bleiben für viele (und vor allem junge) MexikanerInnen grundsätzlich drei Möglichkeiten offen. Mit viel Glück einen regulären Job zu bekommen. Andererseits im informellen Sektor legal (d.h. geduldet) oder illegal/kriminell zu arbeiten. Die dritte Variante ist die Migration.

Zum einen gibt es eine Binnenmigration. Mexico City, aber auch die Industriezentren, wachsen überproportional an, was zu einer Verslumung der Außenbezirke in den großen Metropolen führt. Viel schwerwiegender noch ist allerdings das Problem der Migration in die USA. Bereits jeder dritte Mexikaner lebt illegal in den USA. Wer einmal

über die Grenze gekommen ist, kehrt nie wieder zurück. Weil gerade viele MexikanerInnen aus der hoffnungslosen Situation des Südens fliehen, entwickelt sich dort ein Teufelskreis. Die rückständigen Gebiete werden immer mehr von den Jungen entvölkert was natürlich die miserable Situation weiter verschärft.

Der US-Kapitalismus baut eine Mauer entlang seiner Grenze und erlaubt paramilitärischen Einheiten (die so genannten Minutemen), mit scharfen Waffen auf der US Seite der Grenze repressiv gegen EinwanderInnen vorzugehen. Der US Imperialismus, der verschiedene Ziele verfolgt, profitiert also einerseits von den illegalisierten ArbeiterInnen, die es sich zwei mal überlegen werden gegen Missstände zu protestieren, wenn sie wissen, dass sie jederzeit abgeschoben werden. Andererseits, bedient der Imperialismus – wohl wissend, dass eine stärker kontrollierte und befestigte Grenze nur das Leid der MigrantInnen und die Profite der Schlepper erhöht, nicht aber das Problem löst – den im Kapitalismus immer latent vorhandenen Nationalismus.

Der Zusammenhalt der ArbeiterInnen, die in die USA flüchteten und deren in Mexiko gebliebenen Familien und Bekannten ist sehr groß. Die regelmäßigen Überweisungen der in den USA lebenden MexikanerInnen stellen die drittgrößte Devisenquelle des Landes dar.

### **Das ISSSTE Gesetz**

Für diejenigen ArbeiterInnen, die einen regulären Job fanden und bisher noch einen Minimalsozialstandard in Anspruch nehmen konnten und so der Armut entkamen, gibt es nun folgenschwere Änderungen.

Wer in Mexiko das Privileg „genießt“ einen ordentlichen Arbeitsvertrag zu besitzen, hatte bisher das Recht auf eine minimale Sozialversicherung, auf eine Weihnachtsgratifikation, auf einen meist neun Stunden Arbeitstag bei Sechstageswoche (offiziell 48 bis fünfzig Stunden pro Woche) und ab dem zweiten Jahr Anspruch auf sechs Tage Urlaub im Jahr hat (weitet sich auf bis zehn Tage nach fünf Jahren aus). Der Urlaub ist jedoch in der Regel nicht frei wählbar, sondern wird den ArbeiterInnen vom Betrieb zugeteilt.

Diese Rechte werden jetzt im öffentlichen Dienst abgebaut. Davon sind 2,5 Millionen ArbeiterInnen betroffen. Wie bereits erwähnt gibt es bei der staatlichen Kreditnahme riesige Schmiergeld- und Korruptionsfälle. Einen nicht zu verachtenden Anteil haben die Pensionsfonds (geschätzte vier Milliarden Euro), die nicht transparent an der Bank von Mexiko angelegt sind und wahrscheinlich teilweise im Ausland liegen. Diese Summe soll nun zweckentfremdet werden, indem sie einfach der ArbeiterInnenklasse verweigert wird.

Bekannt unter dem ISSSTE Gesetz (Sozialministerium) wurde nun die notwendige Arbeitszeit für einen Pensionsanspruch einerseits um fünf bis 15 Jahre verlängert, die Beiträge erhöht und andererseits die Durchschnittspension von 7366 Pesos auf 3034 Pesos halbiert. Ursache dafür ist nicht, wie es heißt um den Sozialstandard auch für die Zukunft zu gewähren, sondern um Steuern für Betriebe und Löhne zu senken und damit Profite zu erhöhen.

Das ISSSTE Gesetz ist eines von unzähligen Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse. Andere wären etwa die einseitige Steuerreform. Oder die Reformen im Gesundheitswesen. Wir haben dieses Gesetz erwähnt, weil es eben gegen dieses Gesetz großen Widerstand gibt.

### **Die Frauenmorde von Ciudad Juarez**

Neben parlamentarischen Angriffen gibt es auch verstecktere Angriffe. Vor allem gegen die AnführerInnen der ArbeiterInnenklasse. Wie Entführungen, Repressionen etc. Das Kapital produziert jedoch auch auf ganz andere Weise Terror, wie wir im Folgenden sehen werden.

Ciudad Juarez, in den 60er Jahren eine beschauliche Stadt mit 250.000 Einwohner, entwickelte sich in wenigen Jahrzehnten zu einer Metropole der Maquila und zog Arbeitssuchende aus dem ganzen Land an. Heute hat Ciudad Juarez 1,2 Millionen Einwohner. Die Rechtlosigkeit und Schutzlosigkeit der ArbeiterInnenklasse zeigt sich hier in besonderer Weise und wurde zu einem grausamen Sinnbild an jenen, die im Kapitalismus doppelt ausgebeutet werden: den Frauen. Seit ein paar Jahren werden hier junge Frauen, die aus der

Maquila von der Arbeit nach Hause kehren, regelrecht hingerichtet. Über 500 verstümmelte, verbrannte und gefolterte Frauenleichen wurden in den letzten 15 Jahren im Umfeld oder direkt neben Fabriken gefunden. Bis zu 1.000 weitere Frauen werden vermisst. Die Täter sind bisher auf freiem Fuß. Wenn der Autor von Augenzeugen hört, hört er immer wieder das Selbe: die Polizei hat nicht einmal das Interesse daran, eine Vermisstenanzeige aufzunehmen (erst dann gilt eine Person als rechtlich vermisst in Mexiko), geschweige denn, etwas gegen die Morde zu unternehmen. Recht auf Sicherheit ist im Kapitalismus ein soziales Privileg. Wer in den Reichenviertel Mexikos unterwegs ist, sieht an jeder Straßenecke ein Polizeihäuschen. Die reiche Dame, deren Handtäschchen gestohlen wurde, hat hier gute Chancen, dass der Täter gefasst und bestraft wird, die Mutter deren Kind im Armenviertel massakriert wurde, wird niemals erfahren warum und von wem. Und wenn sie gegen diese Missstände auftritt, wird ihr eigenes Leben noch bedroht.

Warum sind die Frauenmorde ein kapitalistisches Phänomen? Ciudad Juarez besitzt zwei Besonderheiten. Erstens ist es die Maquila Stadt schlechthin und zieht ArbeiterInnen aus ganz Mexiko an. Vor allem Frauen sind es, die vor der Unterdrückung und Rechtlosigkeit aus dem Süden des Landes fliehen. Vor allem jüngere Frauen werden bevorzugt eingestellt, weil es für die Bosse leichter ist, sie zu unterdrücken (der Großteil der Frauen ist unter zwanzig und auch wenn die offizielle Altersgrenze 14 ist, sind jüngere Mädchen angestellt). Die Arbeiterinnen besitzen keine Rechte und werden ständig gedemütigt. Verpflichtende unbezahlte Überstunden, manchmal mehrere Tage lang. Toiletten, die nur in der Arbeitspause geöffnet sind und Körperuntersuchungen auf Schwangerschaft hin sind an der Tagesordnung.

Zweitens ist Ciudad Juarez äußerst nahe der US Grenze gelegen. Heerscharen von arbeitssuchenden MexikanerInnen versuchen immer wieder solange bis sie es schaffen, die Grenze zu überqueren. Bis dahin halten sie sich in den Städten wie Ciudad Juarez auf. Verbrechen, Drogenhandel und mafiose Organisationen blühen. Kein Wunder dass ein Menschenleben hier nichts wert

ist. Ciudad Juarez ist eine der größten Umschlagsplätze für Drogen in Lateinamerika geworden.

Es gilt als erwiesen, dass es ein Dreigespann von Drogenmafia, Polizei und Politik gibt. Es gibt auch mehrere Indizien dafür, dass „Snuff-Videos“ (eine Form des Sadismus, bei der das Opfer getötet wird) oder organisierter Organhandel im Spiel sind. Wer die Mörder sind, was die tatsächlichen Gründe sind, wissen wir nicht, aber eines wissen wir genau, es ist eine Folge der Klassenpolitik und ausschließlich der Klassenpolitik des Kapitalismus.

### **Informeller Sektor**

Für viele MexikanerInnen ist es die einzige Möglichkeit Geld zu verdienen. Mindestens 55 Prozent der ArbeiterInnen sind im informellen Sektor tätig. Sie besitzen keinerlei soziale Absicherung und werden im besten Fall von der Regierung geduldet. Der informelle Sektor ist in marxistischer Terminologie in überwiegendem Maße nicht produktiv und scheint auch weder im BIP noch im Steuerhaushalt auf. Das Kapital steht dem Sektor feindlich gegenüber, denn er ist eine illegale Konkurrenz, der den Profit einschränkt. Da die extreme Arbeitslosigkeit jedoch nicht in den Griff zu bekommen ist, bevorzugt es, diesen Markt zu dulden und die Reservearmee sich selbst zu überlassen. Drei von vier Jobs, die von der Regierung in den letzten Jahren „geschaffen“ wurden, sind hier anzusiedeln.

### **Der Drogenkrieg, der keiner ist**

Neben dem legalen informellen Sektor boomt die Kriminalität. Drogenhandel, Frauenhandel und mafiose Verbindungen haben Hochkonjunktur. Die kriminellen Vereinigungen gehen dabei nicht zimperlich vor, was die Regierung nötigt zu handeln. Zumindest mit Worten!

Präsident Calderon hat sich mit seinem harten Durchgreifen gegenüber der Drogenmafia gleich zu seinem Arbeitsantritt zum Liebling der US PolitikerInnen gemacht, und somit zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen. Er ist angeblich konsequent gegen die Drogenmafia vorgegangen (was ihm in Wahrheit völlig am Arsch vorbeiging, denn der Drogenhandel ist in Mexiko

mit den verschiedenen lokalen Polizeieinheiten verbunden, die untereinander einen brutalen Konkurrenzkampf führen. Im Jänner musste die gesamte Lokalpolizei von Tijuana von den Sondereinheiten entwaffnet werden, weil sie von Mexiko City aus nicht mehr kontrolliert werden konnten. Im Juni wurden 200 Befehlshaber der Bundespolizei abgesetzt. Bürgerliche Politik und Mafia sind keine Feinde, sondern bestenfalls Konkurrenten) und hat so seine nördlichen Freunde in den USA beeindruckt (deren Interesse an einer Zerschlagung des mexikanischen Drogenringes ebenfalls zu bezweifeln ist) und er hat damit zweitens ein ganz anderes Ziel verfolgt: die Einschüchterung und Drohung gegenüber allen klassenbewussten und aufmüpfigen Teilen Mexikos. 1.000e Militärs und PFP (Spezialeinheit) wurden vor allem nach Michoacán und Guerrero geschickt. Insgesamt sind es 20.000 Soldaten. Bereits über 3.000 Menschen sind in diesem „Drogenkrieg“ seit dem letzten Jahr getötet worden. Insgesamt sind es 9.000 Opfer seit dem Jahr 2000.

Calderon greift radikal durch und präsentiert sich seitdem gern als starker Mann. In Militäruniform auftretend (erstmal für einen Präsidenten seit dem 2. Weltkrieg) meint er „wir werden niemanden tolerieren, der sich der Autorität des Staates widersetzt [...], dies wird Menschenleben kosten“<sup>3</sup>.

### **Kinderarbeit/Gefängnisarbeit**

In Mexiko ist die Arbeit für 14 bis 15 jährige offiziell an Bedingungen geknüpft. Die Arbeit darf nur zu bestimmten Tageszeiten stattfinden, Nachtarbeit ist verboten, es bedarf einer Zustimmung der Eltern und des Arbeitsministeriums.

Kinderarbeit ist meist in der Landwirtschaft, im informellen Sektor und den Maquilas anzutreffen. 17 Prozent aller zwölf bis 14 jährigen (eine Million) geht einer regelmäßigen Arbeit nach. Die Regierung sieht jedoch keinen Handlungsbedarf. Kein Wunder, geriet doch der letzte Präsident Fox selbst in

---

3. aus der mexikanischen Tageszeitung Jornada

Bedrängnis, als öffentlich wurde, dass auf seiner eigenen Farm Elfjährige für einen Hungerlohn arbeiten.

Laut ILO/CEACR<sup>4</sup> arbeiten zwei Millionen Unter-Zwölf-Jährige. Als Konsequenz bekommen zwei Millionen Kinder im Schulalter keine Ausbildung. Ein weiteres Phänomen, das stark die Jugend betrifft, ist das rigorose Einsperren von in die Kriminalität Getriebenen.

In rund 500 Gefängnissen sind circa 200.000 Menschen inhaftiert. Für politische Häftlinge, die oft in Hochsicherheitsgefängnissen kommen, ist die Situation besonders prekär. Folter und Morde an unliebsamen Oppositionellen stehen an der Tagesordnung. Das Gefängnisssystem ist eindeutig ein Mittel der Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse. Fünfzig Prozent der Häftlinge sind jünger als dreißig Jahre und nahezu jeder Häftling gehört dem ärmsten Teil der Bevölkerung an. Die Delikte sind meist lächerlich. Die wahren Verbrecher laufen frei herum.

Die Gefängnisse sind heillos überfüllt (dreißig Prozent über den offiziellen Kapazitäten) und die Verpflegung ist dementsprechend miserabel. Wie in den USA werden Gefängnisse und deren Umfeld (Arbeitsstellen, Kantinen etc) in letzter Zeit privatisiert. Dies hat zwei Konsequenzen: erstens wird die Lebenserhaltung für Gefangene teurer. Preise für Zigaretten, Seife etc. vervielfachen sich und entsprechen immer mehr den normalen Preisen. Zweitens öffnet die Privatisierung dem Kapital die Ausbeutung der Arbeiter: War früher die Arbeit in den Gefängnissen in minimaler Form sozial und integrativ ausgerichtet, so sind jetzt Maquilas in vielen Gefängnissen tätig.

### Indios

Von den 12 Millionen Indios leben alleine in Chiapas rund 1,25 Millionen (ein Drittel der Bevölkerung). Die indigene Bevölkerung besitzt mindestens sechzig unterschiedliche Kulturen, über achtzig Sprachen, verschiedene Religionen und Bräuche.

Wie in den USA die Schwarzen sind in Mexiko die Indios besonders von Armut betroffen. Der soziale Standard ist entsprechend niedrig, der Anteil der Indios, die keinen direkten Wasserzugang besitzen und/oder kein Stromnetz haben, ist dreimal so hoch als im Rest des Landes.

Zwar sind einige Indiosprachen teilweise anerkannt, dennoch ist die Ausbildung in den Schulen fast ausschließlich in Spanisch, wodurch vielen die Möglichkeit auf eine Grundausbildung erschwert wird.

## 3. Klassenkampf als Reaktion

Bei der oben gezeigten extrem widersprüchlichen Ökonomie und den prekären Folgen, die der großen Masse der ArbeiterInnenklasse keine Vorteile geben kann, sondern direkt repressiv in ihrer Existenz angreift, wundert es nicht, wenn es an allen Ecken der Gesellschaft Mexikos brennt. Auch wenn die einzelnen Kämpfe auf den ersten Blick (und leider auch viel zu häufig für die Kämpfenden selbst) einem losen und heterogenen Sammelsurium gleichen, ist die Ursache, wie wir in den Schlussfolgerungen sehen werden, jeweils die selbe.

### Klassenkämpfe im Norden

In die Maquila Industrie kommt Bewegung. Denn die Investitionen sind direkt vom Wirtschaftswachstum der USA abhängig und in letzter Zeit wandern einige Maquila Betriebe in noch billigere Länder ab. So verlagert etwa IBM seine Festplattenproduktion vollständig auf die Philippinen. Hunderte Betriebe werden nach Indien oder China ausgelagert. Dadurch entstehen schlagartig riesige zusätzliche Reservearmeen.

Gewerkschaftliche Arbeit ist sehr schwierig. Anfangs waren Gewerkschaften überhaupt verboten. Heute existieren offiziell nur gelbe Gewerkschaften. Es gibt aber Kämpfe für demokratische Gewerkschaften. Da diese Gewerkschaften nicht anerkannt werden, ist ihre Tätigkeit illegal. Über Gewerkschaftsmitglieder gibt es schwarze Listen. Ihnen wird die Anstellung verwehrt, sie werden bedroht. Immer wieder werden Gewerkschafterinnen festge-

nommen (meist lautet die Anklage auf Korruption) oder Opfer von staatlicher Gewalt. Trotz der Repressionen gibt es seit den letzten Jahren immer wieder Streiks für mehr Rechte. So trat jetzt die Belegschaft des Konzerns Sohnen, der Mikrowellen herstellt, in einen Streik, da der totale Ausverkauf droht. Um diesen und andere Streiks zu vereinen und darüber zu berichten, hat sich auch ein Solidaritätsnetzwerk gebildet.

Die Frauen der großen Maquila Ciudad Juarez wehren sich. Sie haben eigene Organisationen gegründet, die die Frauenmorde aufklären und Solidarität und Hilfe anbieten. Auch die mexikanische Linke hat das Thema aufgegriffen. Da der Staat kein Interesse an einer Aufklärung besitzt, werden die Mitglieder bedroht und diskriminiert, was auch zu einer Politisierung des Konfliktes führte.

Neben den Maquila ArbeiterInnen sind die Kumpel der mexikanischen Bergwerke aktiv im Kampf für soziale Verbesserungen. Vor 1½ Jahren gab es ein Minenunglück in der zur Grupo Mexico gehörenden Kohlemine „Pasta de Conchos“, bei der 65 Kumpel starben. Die Geschichte des mexikanischen Bergbaus strotzt geradezu von Unglücken. Schuld ist das kurzsichtige Profitdenken, in dem Sicherheitsmaßnahmen für die ArbeiterInnen keine Rolle spielen.

Doch diesmal blieben die Kumpel nicht still. Sie wehrten sich, denn erst wenige Monate vor dem Unglück war darauf hingewiesen worden, dass ohne Sanierung und Einhaltung der Vorschriften genau das passieren würde. Es war nicht eine Frage, ob es passieren würde oder nicht, sondern lediglich eine Zeitfrage. Das kalte Kalkül des Kapitals: selbst bei einem Unglück mit einer gewissen Entschädigungssumme bleibt man profitabler, als bei Investitionen in die Sicherheit. Die Arbeitskraft ist im Kapitalismus eine Ware und hat einen Preis, und dieser Preis ist in Mexiko nicht besonders hoch. Und das haben die Kumpel gespürt, vor allem als sie nach dem Unglück weiterhin nicht ernst genommen und die Opfer diskriminiert wurden.

Die Kumpel haben sich gewehrt und einen Streik begonnen. Unterstützt wurden sie von der Gewerkschaft der BergarbeiterInnen unter ihrem Generalsekretär Gomez, die im Gegensatz zu

---

4. Quelle: ILO/CEACR  
(International Labour Organization)  
<http://www.ilo.org>

den meisten anderen Gewerkschaften einen Frontalkurs gegen die Regierung einging. In den letzten Jahren hatte sie schon zwei Dutzend – ausschließlich erfolgreiche – Streiks angeführt. Dazu kam, dass sie über den nationalen Teller rand blickte und mit den GenossInnen in den USA und Peru zusammen arbeitete. Gomez wurde daraufhin wegen angeblicher Korruption angeklagt und musste außer Landes fliehen.

Statt Gomez wurde der neue Generalsekretär Morales den Kumpeln aufgezungen, der von ihnen aber abgelehnt wurde. Über 250.000 streikten zwei Tage lang. Auch in den USA gingen ArbeiterInnen in Solidarität mit ihren mexikanischen GenossInnen (denn auch in den USA gibt es Niederlassungen) auf die Straßen. In Folge kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu Streiks bei denen zwei Streikende getötet wurden.

Parallel dazu streikten die StahlarbeiterInnen im Herbst 2005 in einem zweimonatigen Streik bei Grupo Villacero und Sicartsa in Michoacan und erreichten zehn Prozent Lohnerhöhung und einmalige Zahlungen. Im Frühjahr 2006 gab es erneute Streiks. 600 StreikführerInnen und 800 Gewerkschaftsmitglieder von Mittal Steel wurden gekündigt. Die ArbeiterInnen solidarisierten sich mit den Entlassenen und schafften es dadurch Mittal zu zwingen, die Entlassenen wieder einzustellen und allen ArbeiterInnen während des Streiks die Löhne fortzuzahlen. Durch diese Erfolge sind die Bergwerk und StahlarbeiterInnen ermutigt, ihre Rechte einzufordern und auszuweiten. Im Sommer 2006 streikten vier Millionen ArbeiterInnen in einem „kleinen“ Generalstreik.

Für ein paar Monate schien sich die Situation zu beruhigen. Doch Ende Juli 2007 traten wieder ArbeiterInnen von mehreren Minen in den Streik. Die Gewerkschaften stehen zurzeit stark unter Spannung, da sich die ArbeiterInnen von den bürokratischen gelben Teilen lösen wollen und nach links gehen.

### **In Zentralmexiko ...**

Gegen die Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel demonstrierten auf Aufforderung von Gewerkschaften 100.000 Menschen im Frühjahr dieses Jahres. Die wichtigsten Forderungen

waren eine Preis – Lohn Anpassung und der totale Stopp der bereits fortgeschrittenen Privatisierungen im staatlichen Sektor. Aufgerufen wurden die Demonstrationen von Gewerkschaften und der bürgerlichen Opposition. Die einen zu inkonsequent, die anderen an einer wahren Lösung nicht interessiert, wurde in Folge von Calderon bloß eine Preisobergrenze empfohlen. Der Unmut in der Bevölkerung bleibt also.

Dafür gibt es eine positive Entwicklung für die Rechte der Frauen. Frauen wird im Kapitalismus das Recht auf Selbstbestimmung ihres Körpers streitig gemacht. So war in Mexiko Abtreibung nur unter bestimmten Auflagen möglich. Doch auch die mexikanische Gesellschaft ist im Wandel. Frauen, die im Klassenkampf eine stärkere Rolle spielen, fordern ihre Rechte ein. So wurde jetzt die Legalisierung der Abtreibung – unter starken Protesten der PRI und der katholischen Kirche, die zu Gegendemonstrationen aufrief – beschlossen.

Die „Reformen“ der Regierung treffen alle Teile der ArbeiterInnenklasse. Das Kapital ist an einer umfassenden Ausbildung der ArbeiterInnen nicht interessiert und greift daher immer wieder das Bildungswesen an. Waren es in der Vergangenheit meist die großen Universitäten, sind es nun die polytechnischen Schulen die das zu spüren bekommen. An den IPN (instituto politécnico nacional) gibt es seit einigen Monaten Proteste gegen die jüngsten staatlich organisierten Verschlechterungen. So wird das Studieren teurer und die Selektion für Eliten rigider. Wie bereits in der Vergangenheit werden die „porros“ wieder aktiv. „Porros“ sind von der Partei PRI organisierte Schlägertrupps, die mit Fäusten und Molotowcocktails gegen linke StudentInnen vorgehen. Sie waren in allen früheren StudentInnenprotesten aktiv. Die sich auf den Trotzismus berufenden StudentInnen an der UNAM (größte Universität von Mexico City) haben es in der Vergangenheit vorgezeigt, wie man gegen „porros“ vorgehen muss. Mit Selbstverteidigungsgruppen, die sich mit den ArbeiterInnen an den Universitäten zusammenschlossen, konnten die Schläger dauerhaft vertrieben werden.

Die meisten sozialen Brennpunkte Zentralmexikos sind in Mexico City. Aber auch in anderen Städten ist der

Klassenfrieden gebrochen. Seit Jahren brodelt es in den VW Werken der drittgrößten Stadt Mexikos (Puebla). Gab es vor ein paar Jahren bereits militante Streiks, und auch letztes Jahr wurden erfolgreich Lohnerhöhungen mittels Streiks erreicht, so steht das Werk mit 11.000 Gewerkschaftsmitgliedern im September kurz davor. Die Belegschaft fordert wegen der hohen realen Inflation acht Prozent höhere Löhne.

Ein Angriff der bürgerlichen Politik, die die ArbeiterInnen des ganzen Landes betreffen, ist das bereits beschriebene neue Gesetz der ISSSTE (Instituto de Seguridad y Servicios Sociales de los Trabajadores del Estado). Mexikowweit gibt es dagegen Proteste. Diese sind an fast jeder Ecke Mexico Citys sichtbar. Gewerkschaften haben Generalstreiks und Dauerproteste im Zentrum der Stadt organisiert. In einer der größten Straßen, direkt gegenüber dem Sozialministerium haben ArbeiterInnen zwei Straßen besetzt und Zeltlager aufgebaut. Inzwischen wurden aus den Zelten regelrecht Holzhütten. Die Gewerkschaften organisieren zahlreiche Schulungen in Mathematik, Landwirtschaft, Sprachen und Kultur für die Streikenden. Die Organisation der Proteste ist erfüllt von Elan und Ideenreichtum. Doch das Wesentliche – jegliche Militanz und auch nur der Versuch nach außen hin zu mobilisieren und Solidarität zu gewinnen – fehlen.

Diese Militanz gibt es jedoch woanders. Die Vorreiterrolle spielen die UNAM ArbeiterInnen (Bedienstete an der Universität), die ihren fünften ganztägigen Streik hinter sich haben. Die ArbeiterInnen haben bereits Komitees gegründet. Sie legen einen gewissen Wert auf Klassentrennung, und versuchen sich demokratisch zu organisieren. Die ArbeiterInnen sind bereit, ihre Rechte auch auf der Straße einzufordern und sie werden in Zukunft noch mehr von sich hören machen.

Auch auf der Straße, aber weniger militant sind die EinwohnerInnen des Ortes Atenco, nahe Mexico Citys. Seit 2001 wehrt sich der Ort gegen den Bau eines neuen internationalen Flughafens. Schien die Bevölkerung vorerst gegen die nahezu entschädigungslose Enteignung ihres Bodens erfolgreich zu sein, spitzte sich der Kampf 2006 wieder zu. Die EinwohnerInnen protestierten gegen den Bau und verbarrikadierten

sich. Sie hatten sich bereits früher der Zapatistischen Bewegung angeschlossen und begangen eine gewaltlosen Kampf gegen die Staatsmacht. Soldaten und Polizisten rückten darauf hin im Ort ein und verbreiteten ähnlich wie in Oaxaca Angst und Terror. Mehrere Männer und vor allem Frauen, die bis heute noch im Gefängnis sitzen, wurden geschlagen, gefoltert und vergewaltigt.

Wir unterstützen den Kampf der Bevölkerung bedingungslos, kritisieren jedoch die Form. Anstelle des isolierten und pazifistischen Kampfes hätte eine solidarische Beihilfe (die von den ZapatistInnen nicht zu erwarten ist, wie wir bereits in Oaxaca sahen, wohl aber von der ArbeiterInnenbewegung Mexiko Citys) und eine Bewaffnung stattfinden müssen. Nicht durch Pazifismus lässt sich ein Polizist abschrecken, sondern durch die angemessene Verteidigung, bei der auch Polizisten verletzt oder getötet werden können. Nicht vor der Torte, sondern vor der Kerze schreckt sich das Kind!

Kleinbürgerliche Gruppen, wie die ZapatistInnen mit reformistischer Politik haben einen großen Einfluss auf die ArbeiterInnenklasse. Während die ZapatistInnen jedoch überwiegend im Süden aktiv und eine Bremse für den Klassenkampf sind, ist es die politische Partei PRD, die große Teile der ArbeiterInnenklasse an sich zieht und bei allen Auseinandersetzungen mit dem Kapital (zumindest rhetorisch) an vorderster Front steht. Es ist unmöglich die PRD in Mexiko zu übersehen. Ist die PRD jedoch eine reale Alternative zur regierenden PAN?

Parallel zu den Entwicklungen in Oaxaca, entwickelte sich von Mexiko City aus eine Bewegung über das ganze Land. Auslöser waren die letzten Wahlen, bei denen die regierende Partei PAN eine Wahlschlappe hinnehmen musste. Wie schon bei früheren Wahlausgängen, manipulierte die PAN die Wahlergebnisse (mancherorts so offensichtlich, dass es keine Zweifel über den realen Ausgang geben kann). Der Verlierer A. Manuel Lopez Obrador (AMLO) der PRD focht die Ergebnisse an und begann in Folge mit linker Rhetorik die Massen um sich zu sammeln. Im Frühjahr demonstrierten auf seine Aufforderung hin 200.000 Menschen und auch im Juli kamen 100.000 zum Zócalo (Haupt-

platz Mexiko Citys). AMLO konnte die Massen beeinflussen und aktivieren.

Seine Partei ist jedoch eine bürgerliche Partei, die ausschließlich eine organische Verbindung zum Kleinkapital und nicht zur ArbeiterInnenklasse hat. Die primäre Aufgabe der PRD ist es, die ArbeiterInnenklasse zu verwirren und von den Klassenkämpfen abzuhalten oder totlaufen zu lassen. In vielen Bundesstaaten, wo die PRD eine reale Macht in den Lokalregierungen besitzt und auch mit der PRI und der PAN zusammenarbeitet, können die ArbeiterInnen die wahre Politik der PRD erkennen. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der PRD ab.

Die PRD ist ein Feind der ArbeiterInnenklasse, da sie als eine Vertreterin des Bürgertums die wirklichen Lösungen ablehnen muss, und viel mehr auf die nationale Karte setzt. In Ländern wie Mexiko ist der Nationalismus immer von besonderer Gefahr. Das Kleinkapital, das die ArbeiterInnenklasse ausbeutet, versucht eine angebliche klassenübergreifende Verbrüderung gegen den angeblich einzigen Feind, dem US Imperialismus zu forcieren.

Die Massen dürfen jedoch nicht der PRD überlassen werden. RevolutionärInnen müssen versuchen, die ArbeiterInnenklasse von der PRD wegbrechen, und die Unvereinbarkeit der Interessen aufzeigen.

### Und im Süden ...

Der Süden Mexikos ist vorwiegend ländlich. Der Hauptanteil der Bevölkerung macht die Bauernschaft aus. Diese übt ihren Klassenkampf in Mexiko traditionell mit Terrorismus und Guerillastrategie aus. Besonders zwei Gruppen sind für uns erwähnenswert.

Die EPR (Revolutionäre Volksarmee) ist nach langer Zeit des Untertauchens wieder zurückgekehrt und verübte im Juli mehrere Terroranschläge mit hohem Sachschaden gegen Pemex. Im September gab es Sprengstoffanschläge auf vier Gasleitungen im Bundesstaat Veracruz. In beiden Fällen hat es keine Opfer gegeben, jedoch hohen Sachschaden. Ihre Forderung ist die Freilassung von entführten Aktivisten (Edmundo Amaya und Gabriel Sanchez), über deren Verbleib nach der Entführung durch die Polizei nichts bekannt ist. Im August sprengte die EPR kurz

vor den Regionalwahlen den Eingang des Sears Warenhauses. Auch wenn wir diese Form des Kampfes ablehnen, sind die Forderungen nach sofortiger Freilassung zu unterstützen.

Mit dem NAFTA Beitritt Mexikos trat die Guerilla EZLN (Ejercito Zapatista de Liberación Nacional) in Erscheinung. Sie besetzte mehrere Städte in Chiapas und ging gleich darauf einen Waffenstillstand mit der kapitalistischen Regierung ein. In mehreren Kämpfen verloren die Zapatistas 150 Menschenleben und zogen sich auf einzelne „befreite“ Gebiete zurück. Wo sie bis jetzt geduldet werden. Mit linker anti-globaler Rhetorik und dem populären Frontmann Subkommandante Marcos wurde die Bewegung gleichermaßen in Mexiko und dem Rest der Welt populär. Benannt nach dem Revolutionsführer Zapata von 1910, wiederholen sie die alten anarchistischen Fehler der Konzeptlosigkeit und Programmlosigkeit. Dadurch sind sie auch leicht angreifbar für den bürgerlichen Staat.

Immer wieder geht die Bundespolizei – die durch den „Drogenkrieg“ mehr Personal und Sonderrechte besitzt – mit Terror gegen EZLN Mitglieder und SympathisantInnen vor. So wurde im August eine mit den Zapatistas sympathisierende Gemeinde in Chiapas von der Polizei geräumt und vollständig zerstört.

Als MarxistInnen stehen wir der Guerillastrategie und dem Anarchismus kritisch gegenüber. Beide Mittel sind unzureichend und falsch für den Klassenkampf. Dennoch unterstützen RevolutionärInnen die EZLN gegen die Angriffe der kapitalistischen Staatsmacht, versuchen die Bewegung aus ihrer Isolierung zu befreien und wo möglich (z.B. in Atenco) von den kleinbürgerlichen Führern weg zu brechen.

### Oaxaca

Viel spannender als EPR und EZLN sind jedoch die Entwicklungen in Oaxaca. In vielen Bundesstaaten – wie in Oaxaca – hat die bürgerliche PRI ihre absolute Macht halten können, die sie über viele Jahrzehnte in einem de facto Ein-Parteien-Staat innehatte. Als Repräsentantin des Bürgertums und der Kirche, sowie ihre Kompromisslosigkeit und Brutalität gegenüber der indigenen Bevölkerung und der ArbeiterIn-

nenklasse, ist sie besonders in Oaxaca bekannt geworden.

Immer wieder gab es Proteste und Widerstand. Bauern am Land entwickelten eigene Sozialsysteme um die Missstände zu lindern. Guerilla und Terrorismus blühten. Aber erst durch die ArbeiterInnenklasse entwickelte sich zuletzt ein ernstzunehmender und von Kapital und PRI gefürchteter Widerstand. Entstanden vor über einem Jahr nach Streiks der LehrerInnen gegen die katastrophale Bezahlung und die Zustände in den Schulen, solidarisierten sich weite Teile der ArbeiterInnenklasse, als die Polizei die Bewegung zu zerschlagen versuchte. Die Hauptforderung der Bewegung war die Absetzung des Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz (URO) von der PRI, dessen Familie (vom Großvater aufwärts) den Staat mit eiserner Faust regierte. Die Proteste richteten sich anfangs ausschließlich gegen die politischen RepräsentantInnen des Kapitals und nicht gegen das Kapital selbst. Diese Ausrichtung wurde auch von den in der APPO vertretenen Organisationen und Gewerkschaften übernommen. Wenn politischer und ökonomischer Kampf jedoch getrennt werden, ist eine Weiterentwicklung des Klassenkampfes nicht möglich.

Viele Linke in Mexiko behaupteten in letzter Zeit stattdessen das Gegenteil und sahen bereits die Commune in Oaxaca. Während aber in der Pariser Commune eine ArbeiterInnenregierung entstand – eine erste Form der Diktatur des Proletariats – und somit die ArbeiterInnen die Macht an sich rissen, hat die APPO dieses Ziel weder jemals angestrebt oder formuliert und schon gar nicht erreicht.

Wer heute durch Oaxaca fährt und sich die APPO ansieht, fragt sich automatisch: das sollen die viel zitierten Räte sein? Das soll die Kommune von Oaxaca sein, wie uns in D.F. versichert wurde. Alles, was wir sehen sind eine handvoll Parteien (MorenistInnen, StalinistInnen), Gewerkschaften und Organisationen (Indios, KatholikInnen, Frauenbewegungen), durch und durch bürokratisch. Ist die APPO tot oder hat sie gar nie gelebt?

Kann man aber zumindest davon ArbeiterrätInnen sprechen, dass es in Oaxaca gegeben hat? Die APPO entstand durch die Proteste radikalierter LehrerInnen, blieb dabei auch nicht

stehen, sondern fand viel mehr neue MitstreiterInnen bei den TelegraphInnen, den ArbeiterInnen im Gesundheitswesen und im öffentlichen Dienst. Auch wenn die Militanten den Fehler begingen, keine Selbstverteidigungsgruppen aufzubauen, sondern sich bloß mit defensiven Waffen, wie Molotowcocktails und selbstgebaute Waffen schlugen, bleibt der militärische Kampf bis heute im Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse als ein Erfolg gegen die Staatsmacht. Nicht bloß eine isolierte Minderheit war hier am Werk, sondern militante ArbeiterInnen mit den Massen im Hintergrund. Die Verteidigung der Bewegung war heroisch, die Besetzung der Radiostationen erfolgreich. Die ArbeiterInnenklasse hat im letzten Jahr viel gelernt. Sie ist aktiv geworden, hat zumindest für kurze Zeit ihre Passivität begonnen zu überwinden.

Man kann also durch die anfängliche Radikalisierung von unten sehr wohl von einer Entwicklung der APPO zu embryonalen Räten sprechen. Auch wenn eine klare Klassentrennlinie nie gegeben war, so ist der Charakter am Anfang nicht etwa als Volksfront zu bezeichnen. So wie die Sowjets in Russland anfangs reformistische Organe waren und von den Bolschewiki kritisch beäugt wurden, war die APPO bei ihrem Entstehen keine fertige, sich ihrer Aufgaben bewussten Organisation, denn keine Einheitsfront wird revolutionär geboren.

Wesentlich ist die Entwicklung, die durchgemacht wird. Die APPO war nie ein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das fähig hätte sein können, die ArbeiterInnen zu einen und die Machtfrage zu stellen. Fehler die gemacht worden sind, bedeuteten nicht jedes Mal augenblicklich das Aus. Was aber nötig gewesen wäre, um aus Fehlern auch lernen zu können, und um die Entwicklung zu ermöglichen, wäre eine revolutionäre Partei, die mit den Massen geht, ihr Vertrauen besitzt und die richtigen Entscheidungen trifft und als Teil der APPO die Machtfrage anspricht und zum richtigen Zeitpunkt fordert.

So aber konnten die ReformistInnen, die weder an einer klassengetrennten, noch an einer revolutionären Politik interessiert waren, diese Entwicklung stoppen (sie besitzen über die klassenübergreifenden Einflüsse ganz andere Ziele, die sie maximal mit dem Druck

der Straße aus einer besseren Position heraus umsetzen wollen). Seit jeher sahen die ReformistInnen – dem Intellektualismus und Kleinbürgertum näher stehend – in der ArbeiterInnenklasse etwas Fremdes, das nicht in demokratischen Formen entscheiden soll, sondern dem Willen ihrer FührerInnen blindlings folgen darf. So hatten viele FührerInnen der APPO, als die Proteste am höchsten waren, und zentrale Teile der Stadt (die Universität, die Radiostationen, etc) besetzt wurden, immer wieder gebremst. Denn eine ArbeiterInnenklasse auf der Straße ist schwierig zu kontrollieren. Überschaubar und dennoch nicht zu übersehen platzierten sie ihre Kräfte hauptsächlich am Zócalo (Hauptplatz) von Oaxaca, wo kämpferische ArbeiterInnen von der Polizei bewacht nicht wirklich etwas ausrichten konnten. Statt einen Erfolg versprechenden Widerstand zu organisieren verstrich so wertvolle Zeit. Dies ermöglichte es den KapitalistInnen und ihrer Regierung, mit massiver staatlicher Repression die Bewegung niederzuschlagen.

Im August fand das erste konkrete Krätemessen der ReformistInnen statt. Nicht auf der Straße, sondern an der Wahlurne, bei den Bundeswahlen von Oaxaca. Nach Monaten des Hinhaltens, glaubten die reformistischen FührerInnen, die Massen wieder für ihre Zwecke mobilisieren zu können. Wie einen Schalter, den man nur umzulegen braucht. Gemeinsam mit der bürgerlichen PRD traten sie zu den Wahlen an. Die ArbeiterInnenklasse ist jedoch nun mal kein williges Mündel, und präsentierte der APPO ihre verdiente Rechnung: geringste Wahlbeteiligung und eine Wahlschlappe für die APPO, bei weniger als dreißig Prozent Wahlbeteiligung. Auch für uns wäre keine Partei wählbar gewesen, wir hätten zum Weisswählen aufgerufen.

Dass die Masse nicht vollständig resigniert und sich zurückgezogen hat, zeigt die eindrucksvolle Demonstration circa einen Monat vor den Wahlen, als am 14. Juni 200.000 Menschen auf die Straße gingen und erneut ihre Forderungen stellten und den Kämpfen und deren Opfern gedachten.

Was wäre nun in Oaxaca zu tun? Die APPO ist als direkte Interessensvertretung der Massen tot, aber die ArbeiterInnenklasse in Oaxaca lebt. Die APPO selbst ist heute nur mehr ein Volks-

frontprojekt, in der bürgerliche Organisationen aktiv sind (spätestens seit dem Wahlbündnis mit der PRD kann dies niemand mehr leugnen). ArbeiterInnen sind nur über Gewerkschaften und Organisationen indirekt vertreten und nicht über Räte, die jederzeit wählbar und abwählbar sind. Dies wäre notwendig gewesen, und hätte das Abtriften stoppen können.

Die ArbeiterInnenklasse in Oaxaca ist quantitativ kein wesentlicher Faktor, wie in anderen Teilen Mexikos. Oaxaca ist ländlich dominiert. Die Kleinbauern sind für die revolutionäre Entwicklung wichtig, aber nicht in der Lage die Führung zu übernehmen. Nötig wäre auch gewesen, das was die Militanten bereits am Anfang intuitiv richtig erkannten, fortzuführen: Die Berichterstattung durch die besetzten Radiostationen, die Herausgabe und der Vertrieb eigener Zeitungen und Flugblätter. Das ist gerade in einem ländlich dominierten Bundesstaat, wo es vielerorts nicht einmal Wasser oder Strom und schon gar nicht die Möglichkeit unabhängiger Berichterstattung gibt, eine Überlebensfrage. Viele KleinbäuerInnen sahen in der APPO eine städtische Clique, weil sie keine Informationen über sie und ihren Kampf besaßen, was die Auseinandersetzungen nie wirklich über die Stadtgrenzen hinaus wachsen ließ. Alle Versuche, die breiten ländlichen Massen zu informieren wurden jedoch letztlich von der staatlichen Repression zerschlagen.

Zentral wäre es nötig gewesen, den Kampf möglichst national auszuweiten und die Solidarität und Mithilfe der ArbeiterInnenklasse im Rest des Landes zu bekommen. Dazu fehlte den ArbeiterInnen eine konsequente politische Führung. Obwohl es eine mächtige Leh-

rerInnengewerkschaft in Mexico City gibt, gab es von ihr nie einen nennenswerten Solidaritätsbeitrag. Alleine auf sich gestellt, konnte die ArbeiterInnenklasse Oaxacas ihre Aufgabe nicht lösen.

Die Klasse fragt sich, warum sie mit ihren Zielen gescheitert ist. Diese Frage kann die APPO nicht beantworten. Eine wesentliche Aufgabe ist es, die Fehler der APPO aufzuzeigen. Die Lehren aus der Niederlage müsste eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnenklasse ziehen und in die Klasse hineinragen. Nur so könnten die Massen ihre persönlichen Erfahrungen in Klassenbewusstsein umsetzen. So eine Partei fehlt jedoch und zurzeit sind kaum Ansätze in diese Richtung zu sehen.

## Schlussfolgerung

Die ReformistInnen sind in der ArbeiterInnenklasse in Oaxaca großteils diskreditiert. In anderen Teilen Mexikos regen sich aber immer wieder militante Kämpfe. Was jetzt zu tun ist, ist einerseits in den Gewerkschaften und in den Betrieben den Widerstand neu zu organisieren. Um erfolgreich die Interessen der Werktätigen gegen die massiven Angriffe vertreten zu können, benötigen die ArbeiterInnen ihre eigene Klassenpartei. Deren Aufgabe ist es, die Lehren der heroischen Kämpfe der jüngsten Vergangenheit zu ziehen, zukünftige regionale Kämpfe landesweit zu verknüpfen und damit ihre Isolierung zu überwinden. Dieser Artikel und die Diskussionen, die wir mit mexikanischen RevolutionärInnen führen sollen mithelfen, den Klärungsprozess voranzutreiben.

# Wer wir sind Was wir wollen

Die Anfang 2007 aus der Fusion der *Gruppe für revolutionäre ArbeiterInnenpolitik* und der Gruppe *Der Neue Kurs* hervorgegangene **GRA - Gruppe für revolutionär-marxistische ArbeiterInnenpolitik** ist eine marxistische Organisation. Sie steht in der Tradition der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale Lenins und Trotzki's, des Kampfs der Linken Opposition gegen die stalinistische Entartung des ersten ArbeiterInnenstaates, und damit in der Tradition der 1938 gegründeten IV. Internationale. Diese revolutionäre Kontinuität ist aber später durch die Krisen der sich auf den Trotzkiismus berufenden Bewegungen gerissen.

Der Trotzkiismus ist heute die einzige revolutionäre Fortführung des Marxismus. Mit der Kapitulation der Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten imperialistischen Weltkriegs sah der russische Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin die Notwendigkeit für den Aufbau einer neuen, dritten Internationale. Dieses Ereignis und die damit einhergehende theoretische Aufarbeitung der Geschichte und Politik der Sozialdemokratie war die Geburtsstunde des Leninismus. Ohne dieser Kapitulation der historischen Parteien der ArbeiterInnenklasse wäre Lenin wohl in die Geschichte als der großartigste und wichtigste Führer des russischen Marxismus eingegangen, aber nicht als der Begründer des Leninismus. Von nun an war der Leninismus die revolutionäre Fortführung des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus. Mit der Ausformulierung der *Theorie der Permanenten Revolution* 1928/29 trat die Lehre Leo Trotzki's, der Trotzkiismus, an die Stelle des Leninismus. Aus diesem Grund ist der Trotzkiismus heute die einzige revolutionäre Fortführung des Marxismus und des Leninismus.

Bereits die Erste Internationale hatte 1864 erklärt: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein“. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion

und der privaten Aneignung der Arbeitsprodukte durch die KapitalistInnen ist heute wie damals die Quelle von Wirtschaftskrisen und Kriegen. Die nationalen Grenzen sind für den Imperialismus, die höchste Stufe des Kapitalismus, zu eng geworden. Kriege, nationale und soziale Unterdrückung, Rassismus und die Verelendung immer größerer Massen sowie die Zerstörung der Umwelt sind die Folge des kapitalistischen Profitstrebens.

Die Geschichte lehrt uns, dass eine herrschende Klasse, wenn sie ausgedient hat, nicht freiwillig abtritt – sie wird mit Zähnen und Klauen ihre Macht verteidigen. Die Interessen der breiten werktätigen Massen lassen sich jedoch im Rahmen des Kapitalismus nicht verwirklichen. Den einzigen Ausweg bietet die sozialistische Revolution, der eine Phase der Diktatur des Proletariats folgen wird. Das heißt: Die in jederzeit wählbaren und abwählbaren Räten demokratisch organisierten ArbeiterInnen und KleinbäuerInnen werden die politische und wirtschaftliche Macht ausüben und gleichzeitig entschlossen alle Versuche der gestürzten Ausbeuterklasse unterdrücken, ihre Herrschaft neu aufzurichten. Das ist letztlich aber nur im internationalen Maßstab verwirklichtbar – der von Stalin propagierte „Sozialismus in einem Land“ ist nicht möglich, wie der Zerfall der UdSSR und die folgende kapitalistische Restauration bewiesen haben. Der Internationalismus, die Solidarität mit ArbeiterInnenkämpfen weltweit, der Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen und Jugendlichen und gegen den Rassismus sowie die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts unterdrückter Nationen und Nationalitäten, ist für uns eine selbstverständliche Pflicht.

Wir lehnen jede Klassenzusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften ab und propagieren den Aufbau einer Revolutionären ArbeiterInnenpartei und einer Revolutionären ArbeiterInneninternationalen. Politisch bekämpfen wir die Sozialdemokratie und die stalinistischen Parteien, da sie im unterschiedlichen Maße zu Gehilfen des kapitalistischen Systems geworden sind und die ArbeiterInnen vom Weg der Revolution abbringen wollen. Der Kapitalismus lässt sich nicht weg reformieren, er muss auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Wir wenden uns mit

Übergangslosungen an die fortgeschrittensten ArbeiterInnen und verbinden damit den Kampf für unmittelbare Forderungen mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus. Wir treten für demokratische, klassenkämpferische Gewerkschaften ein. Gleichzeitig unterstützen wir alle Ansätze zu einer Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse, unabhängig und gegen den Willen der ArbeiterbürokratInnen.

Die Revolutionäre ArbeiterInnenpartei und die Revolutionäre ArbeiterInneninternationalen werden nicht linear aus einer der bestehenden Organisationen hervorgehen. Sie werden das Produkt von Siegen und Niederlagen der ArbeiterInnenklasse, von Umgruppierungen, Spaltungen und Zusammenschlüssen im nationalen wie im internationalen Maßstab sein. Wir wollen uns auf der Grundlage unserer programmatischen Positionen an der inhaltlichen Diskussion und am Umgruppierungsprozess beteiligen und damit die Herausbildung einer revolutionären Führung unterstützen.

Dies ist umso wichtiger in einer Zeit wie dieser. Heute, am Anfang des 21. Jahrhunderts, erleben wir erhöhte Klassenkämpfe Lateinamerika, aber auch in den imperialistischen Metropolen, vor allem Frankreich und Italien. Die US-amerikanische Demokratie ist eine Krise geschlittert. Die Situation im Irak ist verfahren, um ihre Weltmachtstellung unangefochten halten zu können, müssen die imperialistischen Invasionen ausgeweitet werden. Iran, Venezuela, Kuba, Weißrussland oder Nordkorea, alle diese Länder können in der einen oder anderen Form die nächsten Ziele des US-Imperialismus werden, sie unter direkte Kontrolle zu bekommen. Auf der anderen Seite versucht die EU ihre Weltmachtstellung auszubauen. Voraussetzung dafür sind die fortschreitende Militarisierung und die Einschränkung der demokratischen Rechte der BürgerInnen, allen voran der ArbeiterInnenklasse. Gleichzeitig wächst die ökonomische Macht Chinas und Indiens. Russland versucht in diesem „Kampf der Mächte“ sich klar zu positionieren. Das bedeutet, dass die eigene Peripherie, sowohl innerrussisch (Nordkaukasus), als auch vor allem die Staaten der GUS, wieder näher an sicher herangezogen werden müssen.

Die innerimperialistischen Widersprüche, vor allem der Kampf um die Rohstoffe, wird sich so in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschärfen. Doch alle diese Konflikte, ob der Krieg im Irak oder Afghanistan, die zionistische Besetzung Palästinas, die Drohungen gegen Syrien, Venezuela oder undemokratische Einflussnahmen auf Länder wie Weißrussland, Georgien oder den Libanon, haben eines gemeinsam: sie spiegeln die Krise der bürgerlichen Demokratie im Zeitalter des Impe-

rialismus wider. Genauso wie im ersten imperialistischen Weltkrieg sind diese Konflikte Klassenwidersprüche, für die nur die einzige fortschrittliche Klasse, das Proletariat, eine für die Menschheit positive Lösung erkämpfen kann. Doch für den Sieg der ArbeiterInnenklasse ist die Organisation der Avantgarde der Klasse in einer nationalen revolutionär-marxistischen Partei leninistischen Typs eine unabdingbar Voraussetzung. Im Zeitalter des Imperialismus ist der

Sieg des Proletariats und aller unterdrückten Schichten aber nur auf Weltmaßstab möglich, daher muss das Fundament all dieser nationalen Parteien ein internationalistischer, revolutionärer Zusammenschluss in Tradition der ersten vier Internationalen sein. Dafür kämpft die GRA, denn nur dies schafft die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf für Sozialismus und Freiheit – ein notwendiger Sieg für das langfristige Überleben der Menschheit.

*18. Februar 2007*